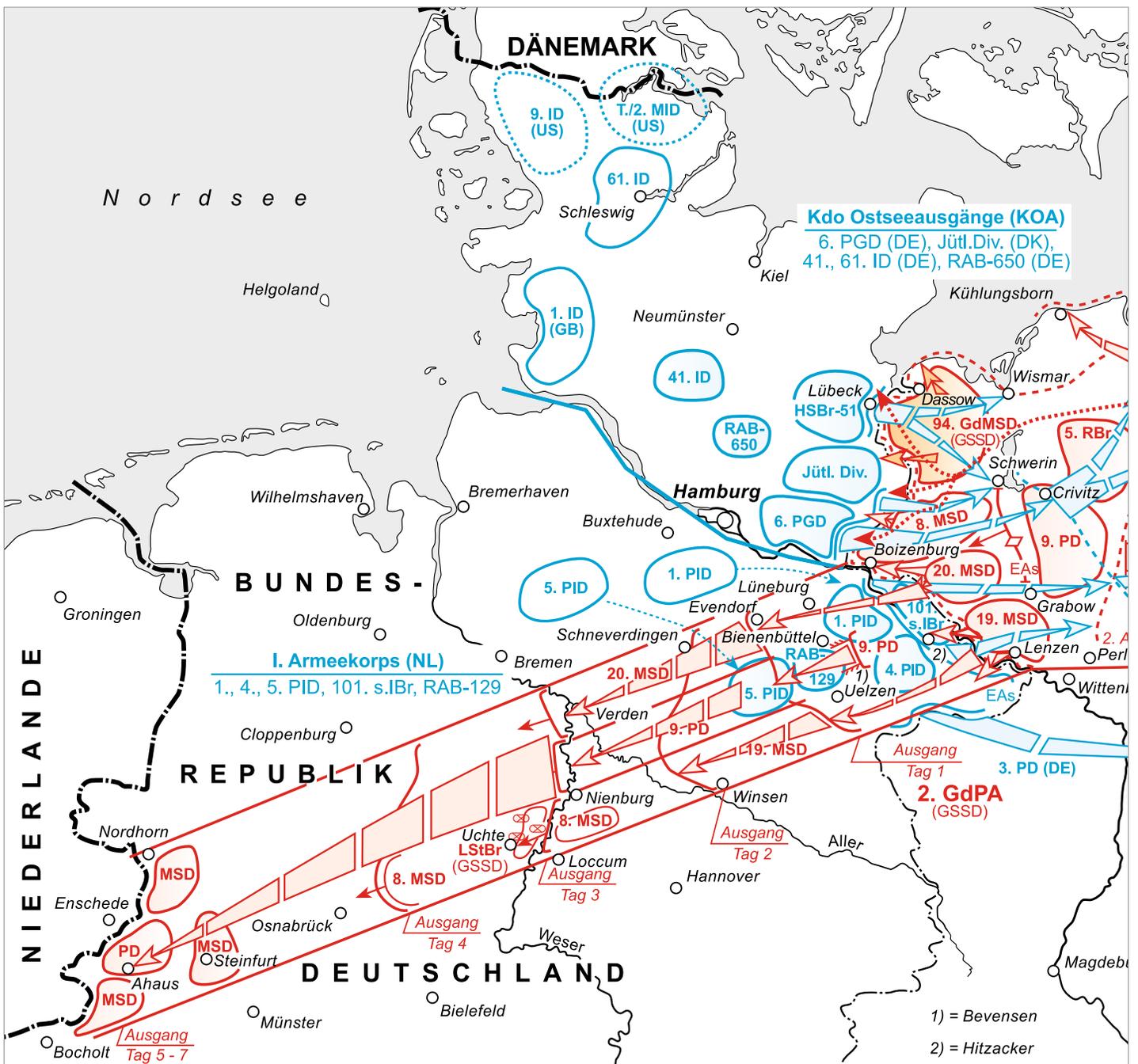


# Military Power Revue

der Schweizer Armee  
de l'Armée Suisse



Der Chef der Armee ist Herausgeber der MILITARY POWER REVUE.

Die MILITARY POWER REVUE erscheint zweimal jährlich (Ende Mai und Ende November).

Die hier dargelegten Analysen, Meinungen, Schlussfolgerungen und Empfehlungen sind ausschliesslich die Ansichten der Autoren. Sie stellen nicht notwendigerweise den Standpunkt des Eidgenössischen Departementes für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) oder einer anderen Organisation dar.

Die Artikel der MILITARY POWER REVUE können unter Angabe der Quelle frei kopiert und wiedergegeben werden. Ausnahmen gelten dort, wo explizit etwas anderes gesagt wird.

Die MILITARY POWER REVUE ist Beiheft der Allgemeinen Militärzeitschrift ASMZ und der Revue Militaire Suisse (RMS).  
Verlag: ASMZ, Brunnenstrasse 7, 8604 Volketswil.

Herstellung:  
Zentrum elektronische Medien ZEM,  
Stauffacherstrasse 65/14  
3003 Bern  
031 325 55 90

Druck:  
dfmedia  
Burgauerstrasse 50,  
9230 Flawil  
Tel. 058 344 96 96

Chefredaktion Military Power Revue:  
Oberst i Gst Jürg Kürsener  
Sonnenbergstrasse 14  
4573 Lohn-Ammannsegg  
Tel. 032 677 18 63.  
E-Mail: jkuersener@bluewin.ch

Chefredaktion ASMZ:  
Oberst i Gst Roland Beck  
Verlag ASMZ  
Brunnenstr. 7  
8604 Volketswil

Redaktionskommission:  
Oberst i Gst Jürg Kürsener  
Chefredaktor MILITARY POWER REVUE

Colonel EMG Claude Meier  
Leiter Doktrinforschung & Entwicklung  
(Armeestab)

Oberst i Gst Christoph Müller  
Chef Heeresdoktrin und Redaktor Bereich Heer

Oberst i Gst Wolfgang Hoz, Chef Doktrin  
Luftwaffe und Redaktor Bereich Luftwaffe

Colonel EMG Yvon Lange  
Chef Planung und Projekte Heer

## **Gastkommentar**

Bruno Frick, Ständerat (CVP, SZ), Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates, Oberst i Gst (aD)

1

## **Vorwort**

Korpskommandant André Blattmann, Chef der Armee

2

## **Editorial**

Jürg Kürsener

3

## **Le renseignement à l'épreuve d'un environnement stratégique en constante évolution**

Brigadier Jean-Philippe Gaudin

4

## **Risikoansätze, Simulation und Irreguläre Kräfte – Eine kritische Betrachtung aus der Sicht der Theorie des Carl von Clausewitz**

Dr. Dirk Freudenberg

11

## **Zur Planung realer Angriffs- und Verteidigungsoperation im Warschauer Pakt im Kalten Krieg – am Beispiel der NVA**

Oberst Siegfried Lautsch

20

## **Süddeutschland als Eckpfeiler der Verteidigung Europas – Zu den NATO-Operationsplanungen während des Kalten Krieges**

OiG Dr. Helmut Hammerich

34

## **Trust Cannot be Surged – Challenges to Naval Forward Presence**

Dr. Larissa Forster

46

Buchbesprechungen

59

# Gastkommentar

## *Die Bundesversammlung nimmt die Verteidigung wieder ernst*

Die Perspektive hat gewechselt, was Verteidigung bedeutet. Vor allem mit Bezug auf die Armee. Als der konventionelle Angriff nach dem Fall der Berliner Mauer in den Hintergrund rückte, glaubte auch die Schweiz, die Armee auf ein Rumpfgelände – den so genannten Aufwuchskern – reduzieren zu können. Nun ist uns spätestens seit dem neuen sicherheitspolitischen Bericht bewusst, dass die Globalisierung und die hochtechnologische Infrastruktur auch die Schweiz verletzlich machen. Die neuen Ernstfälle umfassen natürliche und zivilisatorische Katastrophen, Unterbrüche in der Versorgung mit Energie, Rohstoffen und Nahrungsmitteln, Epidemien, Massenmigration, Bedrohung der inneren Sicherheit durch Extremismus und Terrorismus mit Gefährdung unserer hochtechnologischen Infrastruktur der Verkehrswege, der Energieversorgung und der Informationstechnologie. Dabei können wir auf keine lange Vorwarnzeit vertrauen, denn viele Gefährdungen können rasch akut werden.

Diese Gefahrenlage erfordert eine neue Konzeption. Die Schweiz verteidigen heisst nicht mehr in erster Linie, sich inmitten eines friedlichen Europas auf einen mechanisierten Angriff vorzubereiten. Unser Land verteidigen heisst heute in erster Linie bereit zu sein, unsere Bevölkerung und unsere verletzbare Infrastruktur zu schützen. Prioritär ist also die Unterstützung ziviler Behörden. In zweiter Linie heisst verteidigen heute, die Kompetenz für die Verteidigung gegen einen militärischen Angriff zu erhalten und bereit sein, sie auszubauen. Seit Mitte der neunziger Jahre reduzierte die Schweiz ihren Aufwand für die Armee. Diese befriedigt wohl auf dem Papier mit rund 140 000 Angehörigen und einer Reserve von weiteren 50 000. In der Realität aber ist sie ungenügend ausgerüstet. Soldaten und Offiziere, die nach den Kursen zuhause und am Arbeitsplatz von ungenügendem Material, von nicht einsatzfähigen Waffen und Fahrzeugen berichten, entlarven massive Mängel. Sie sind schlechte Botschafter unserer Armee und ihrer Einsatzbereitschaft. Die Reduktion der Verteidigungsbudgets auf rund 4 Milliarden Franken oder 0,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) hinterliess ihre Spuren. Ein Budget, das tiefer liegt als in den meisten europäischen Staaten, obwohl ein neutraler Staat zu höheren Anstrengungen verpflichtet ist, weil er bis zum Ausbruch eines Konfliktes auf sich selbst gestellt bleibt.

Der Bundesrat plante mit dem Armeebereich 2010, auf dem ausgetretenen Pfad weiter zu marschieren. 80 000 Armeemitglieder und ein Jahresbudget von 4,4 Milliarden Franken sollten genügen, alle Aufgaben zu erfüllen. Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates nahm das Zepher in die Hand und liess rechnen. Sie erkannte rasch, dass eine 80 000er Milizarmee nicht genügend durchhaltefähig ist. Unsere Wirtschaft und Gesellschaft verlangen, dass sie in Ablösungen eingesetzt wird. Und auch sie arbeitet in täglich drei Schichten, womit – abzüglich der Infrastruktur – jeweils nur



etwa ein Achtel für die Unterstützung ziviler Behörden konkret im Einsatz steht. Wünschbar wären 120 000, politisch realistisch sind angesichts der Kosten 100 000. Auch diese Armee wird gegen 5 Milliarden Franken jährlich kosten, wenn sie vollständig ausgerüstet und rasch einsatzfähig sein soll. In diesem Betrag eingeschlossen ist die Beschaffung von zweiundzwanzig neuen Kampfflugzeugen als Ersatz für fünfzig Tiger, die nur bei Tag und gutem Wetter einsatzfähig sind, sowie die Beseitigung der angestauten Rüstungslücken. Das ist rund ein Prozent des BIP, im europäischen Vergleich ein Wert im unteren Mittelfeld. Der Ständerat und anschliessend der Nationalrat liessen sich überzeugen. Sie haben den Bundesrat beauftragt, die neue Armee in den kommenden zwei Jahren entsprechend zu planen.

Die Bundesversammlung hat damit die Voraussetzungen geschaffen, damit die Schweiz wieder über eine glaubwürdige, gut gerüstete Armee verfügen wird. Sie wird fähig sein, auf die heutigen vielfältigen und asymmetrischen Bedrohungen rasch zu reagieren und die Schweiz entsprechend ihren heutigen Bedürfnissen zu verteidigen. Der Bundesrat seinerseits ist verpflichtet, den Parlamentsentscheid loyal umzusetzen. Ich bin überzeugt, dass das Schweizer Volk diese kohärente Politik honoriert und im Falle einer Volksabstimmung unterstützen wird!

Bruno Frick, Ständerat (CVP, SZ),  
Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission  
des Ständerates, Oberst i GSt (aD)

# Vorwort

## *Sehr geehrte Leserinnen und Leser der Military Power Revue*

In der Herbstsession haben National- und Ständerat einen eminent wichtigen Entscheid zugunsten unserer Milizarmee gefällt: Sie haben die Eckwerte für die Planung der Weiterentwicklung der Armee auf 100 000 Angehörige der Armee und einen Ausgabenplafond von 5 Milliarden Franken festgelegt, inklusive Mängelbehebung und Beschaffung des TTE. Damit haben wir endlich die von uns lang erwartete Gewissheit. Dieser Entscheid ist ein Grund zur Freude. Es handelt sich dabei um ein deutliches Zeichen für die Sicherheit unseres Landes und einen deutlichen Vertrauensbeweis für unsere Milizarmee. Eine Milizarmee, die das richtige System für die Schweiz ist. Eine Milizarmee, zu der es keine echte Alternative gibt.

Ich freue mich also und bin vorsichtig optimistisch, aber ich warne gleichzeitig vor Euphorie. Der Plafond von 5 Milliarden Franken bedeutet nämlich, dass wir gegenüber unseren bisherigen Überlegungen pro Jahr um die 300 Millionen Franken sparen müssen. Zudem steht uns diese Summe nicht sofort zur Verfügung, sondern erst ab 2014. Es ist also klar, dass wir sparen müssen. Mehr noch: Die Sparvorgaben sind dermassen herausfordernd, dass sie sowohl schmerzliche Einschnitte als auch entsprechend schmerzhaft Veränderungen mit sich bringen werden.

Mit anderen Worten: Wir werden im Gesamtsystem Armee Prioritäten setzen müssen. Vergessen wir nicht: Gesamtsystem bedeutet, dass wir die Armee als Ganzes betrachten müssen. Denken in einzelnen Systemen ist nicht zielführend. Schädliches Silodenken, wie es heute teilweise noch vorhanden ist, werden wir uns schlicht nicht mehr leisten können. Unsere Ressourcen sind zugunsten der gemeinsamen Interessen zu bündeln. Dies ist aber kein Grund zum Jammern! Im Gegenteil: Die gute Nachricht ist doch, dass wir mit 100 000 Soldaten mehr für die Sicherheit von Land und Leuten tun können als mit 80 000 Soldaten. Und es bedeutet auch, dass der Wert der Sicherheit vom Parlament erkannt und entsprechend gewürdigt worden ist; wir haben vom Parlament eine faire Chance bekommen, Aufgaben und Mittel in Übereinstimmung zu bringen.

Das feine Zeichen des Parlamentes heisst aber auch: Wir alle sind in der Pflicht. Wir müssen beweisen, dass wir dieses deutliche Zeichen schätzen, und wir müssen dem damit verbundenen Vertrauen gerecht werden. Ich bin mir sehr bewusst: Es gibt Schweizerinnen und Schweizer, die der Armee bedeutend weniger finanzielle Mittel zugestehen, als es eine Mehrheit des Parlamentes getan hat. Auch deswegen ist es zentral, dass wir die uns anvertrauten Steuerfranken mit grosser Umsicht einsetzen. Unsere Arbeit hat unverändert das Ziel, Leistungen, Ressourcen und Aufträge unserer Milizarmee ins Gleichgewicht zu bringen. Und hier muss ich in aller Deutlichkeit festhalten: 100 000 Soldaten bedeuten gegenüber dem



heute gültigen Bestand faktisch immer noch eine massive Reduktion. Selbstverständlich folgen wir dem Primat der Politik. Es ist aber unsere Pflicht, immer wieder darauf aufmerksam zu machen, dass die Armee kein Selbstzweck ist: Unsere Aufgabe ist der Schutz von Land und Leuten – wir erbringen einen «Service public». Und lassen Sie mich diesbezüglich unmissverständlich festhalten: Die Sicherheit von Land und Leuten ist kein Luxus!

Wer in Anbetracht der geführten Diskussion und der gefällten Entscheide trotzdem von «Luxusarmee» spricht oder schreibt, entlarvt sich selber und stellt die Erfolgsgeschichte Schweiz zur Disposition. Und zwar, weil es ohne Sicherheit (in Freiheit!) keine positive Entwicklung gibt. Weder in der Wirtschaft, der Kultur, der Forschung noch in der Gesellschaft. Der Anschauungsunterricht hierzu wird uns durch die Medien täglich frei Haus geliefert. Es ist eine unserer wichtigen und dringenden Aufgaben, all dies auch unserer Bevölkerung zu erklären. Die Schweizerinnen und Schweizer haben ein Anrecht darauf zu wissen, warum, wofür und wo welche Mittel nötig sind. Ich möchte mit Nachdruck festhalten: Die Armee ist kein Selbstzweck. Es geht um Sicherheit – die Sicherheit der Familie, der Freunde, der Mitarbeitenden, der Mitschüler, der Gemeinde, ja unseres ganzen Landes.

Es war höchste Zeit, dass der Wert der Sicherheit wieder sachlich und breit thematisiert wurde. Ich bin dem Parlament dafür dankbar. Allein schon der eingangs erwähnte Entscheid von National- und Ständerat zeigt den Wert des Armeeberichtes 2010 auf. Diese Sachlichkeit muss aber auch in Zukunft gelebt werden: Wir brauchen den Tatbeweis in der Umsetzung der getroffenen Entscheide. Ich habe es gesagt: Wir haben vom Parlament eine faire Chance bekommen, Aufgaben und Mittel in Übereinstimmung zu bringen – auf diese Fairness sind wir alle, ist die Schweiz auch weiterhin angewiesen. Für Sicherheit und Freiheit.

CHEF DER ARMEE

Korpskommandant André Blattmann

# Editorial

—  
*Sehr geehrte Leserinnen und Leser  
 der Military Power Revue*

Das Parlament hat nach vielen Jahren der Zurückhaltung die Planung einer künftigen Armee von 100 000 AdA mit einem Jahresbudget von 5 Mia. Franken genehmigt. Es hat offenbar verstanden, dass die schon fast zur Normalität verkommene jährliche Schrumpfung des Budgets keine gute Voraussetzungen für die Bewältigung künftiger Krisen schafft. Und trotzdem muss man dem Stimmbürger und den Medien in Erinnerung rufen, dass dieser Entscheid in Bundesbern keine «Aufrüstung» bedeutet, als welche sie von einigen Mainstream Medien beharrlich bezeichnet wird. Denn der jetzt beschlossene Bestand von 100 000 AdA wird durch einen weiteren Abbau der heutigen Armee von 180 000 AdA erreicht. Das jetzt erhöhte Budget u.a. mit dem Ziel neue Kampfflugzeuge zu beschaffen, wird ferner nur einzuhalten sein, wenn gleichzeitig neue, schmerzhaft Reduktionen und Anpassungen bei der übrigen Armee realisiert werden.

Gemessen am Bruttoinlandprodukt hat die Schweiz für die Armee in früheren Jahren wesentlich mehr ausgegeben als die jetzt bewilligten 5 Mia. Fr. Im Gegensatz zu den permanenten Sparübungen der letzten Jahre im VBS haben andere Departemente in der gleichen Zeit massiv zugelegt, zum Teil mit erheblichen Überschreitungen der jeweils vom Parlament gebilligten Vorgaben bzw mit happigen Nachtragskrediten. Dies hat selten zu empörten Reaktionen in der Öffentlichkeit geführt. Die Armee hat die vielbemühnte «Friedensdividende» erbracht. Die Schmerzgrenze ist längst unterschritten. Das hat nun auch das Parlament erkannt und wendet beherzt das Ruder.

Es ist in Ordnung, dass die heutige Armee, die vor 16 Jahren noch 700 000 AdA, rund 800 Kampfpanzer, 31 Panzerartillerie Abteilungen mit über 540 Panzerhaubitzen, an die 1000 Schützenpanzer und über 300 Kampfflugzeuge zählte, den neuen Gegebenheiten und sicherheitspolitischen Bedürfnissen Rechnung trägt. Dazu gehören neue Aufgabenschwergewichte, entsprechende Anpassungen der Doktrin, der Organisation und der Bestände. Dieser Prozess ist im Gange.

Es bleibt jetzt zu hoffen, dass das neue Parlament den in beiden Kammern in der Sommersession 2011 vorgegebenen sicherheitspolitischen Kurs auch bei schwerer See und starken Winden beharrlich steuert. Abdrehen und Schlingern bergen immer Gefahren des Kenterns.

Diese *Military Power Revue* bietet wieder eine breite Palette von lesenswerten Artikeln. Brigadier J.P. Gaudin, Chef des MND, hat einen ersten Beitrag zu einer dreiteiligen Serie verfasst, die das sicherheitspolitische Umfeld beschreibt und analysiert, daraus Konsequenzen ableiten und schliesslich auch auf die strategische Funktion eines Nachrichtendienstes eingehen wird. Noch vor gut 20 Jahren hat sich unsere Armee an einem Bedrohungsbild des Kalten Krieges orientiert. Die



beiden Artikel der Autoren Oberst S. Lautsch (damals Offizier der NVA) und Dr. H. Hammerich (Offizier der Bundeswehr) schildern Planungen für den Ernstfall aus der Optik der damaligen Armeen. Sie werfen ein höchst aufschlussreiches Licht auf die seinerzeit sehr unterschiedlichen, teils auch befremdenden Annahmen in Ost und West. Sie bestärken uns aber auch darin, dass wir mit unserem damaligen Wissen weitgehend richtig lagen. Dr. D. Freudenberg untersucht aus der Sicht der Theorie von Clausewitz die Anwendung mathematischer Regeln auf das menschliche Verhalten am Beispiel des Phänomens der Irregulären Kräfte. Schliesslich erörtert Dr. L. Forster, eine in den USA tätige Schweizer Wissenschaftlerin, kompetent ein maritimes Thema, nämlich die Frage nach der Bedeutung von vornedislozierten Seestreitkräften – angesichts des zunehmenden Wettbewerbs auf den Weltmeeren ein wichtiger Beitrag zu einer aktuellen Diskussion.

Ich freue mich, mit der heutigen Ausgabe Ihnen, sehr geehrte Leserinnen und Leser, erstmals eine **farbige** *Military Power Revue* vorlegen zu dürfen. Ich hoffe, dass Ihnen die neue Form gefällt und dass Sie auch den Inhalt der neuen Ausgabe als lesenswert und hilfreich betrachten. Ich wünsche Ihnen und Ihren Angehörigen jetzt schon recht Frohe Festtage und viel Glück im Neuen Jahr. Möge der Jahreswechsel Ihnen einige erholsame und geruhige Tage schenken.

Der Chefredaktor der *Military Power Revue*

Oberst i Gst Jürg Kürsener

# Le renseignement à l'épreuve d'un environnement stratégique en constante évolution

Vingt ans après l'ouverture du mur de Berlin qui, symboliquement, a marqué à la fois la fin de guerre froide et celle du XX<sup>ème</sup> siècle, le paysage mondial s'est considérablement dégradé. Les incertitudes et l'imprévisibilité caractérisent l'évolution de notre environnement international. Or, l'incertitude est ce qui est le plus redouté par les citoyens, par les acteurs économiques et les décideurs politiques. Notre époque est celle des surprises et des bouleversements propres aux périodes transitoires succédant à celles pendant lesquelles les grands équilibres géopolitiques ont été relativement stables. Nous assistons ces derniers mois à la confirmation de l'arc de crise, de l'Atlantique à l'Océan Indien. Une zone qui s'étend de la Mauritanie au Pakistan. Elle restera cruciale pour le monde à l'horizon des prochaines décennies. Avec un doublement de la population d'ici les années 2030, des ressources économiques limitées, des taux de chômage élevés, des régimes politiques contestés et un accès à l'éducation peu adapté.

**Cet article sera diffusé en trois volets :**

- 1. L'environnement stratégique de l'action militaire, MPR no 2/2011**
- 2. La transformation de l'action militaire, MPR no 1/2012**
- 3. Apparition d'une nouvelle fonction stratégique: Le Renseignement, MPR no 2/2012**

Jean-Philippe Gaudin

Brigadier, Chef du Renseignement militaire, Papiermühlestrasse 20,  
CH-3003 Bern.

E-mail : [jean-philippe.gaudin@vtg.admin.ch](mailto:jean-philippe.gaudin@vtg.admin.ch)

## **1. L'environnement stratégique de l'action militaire**

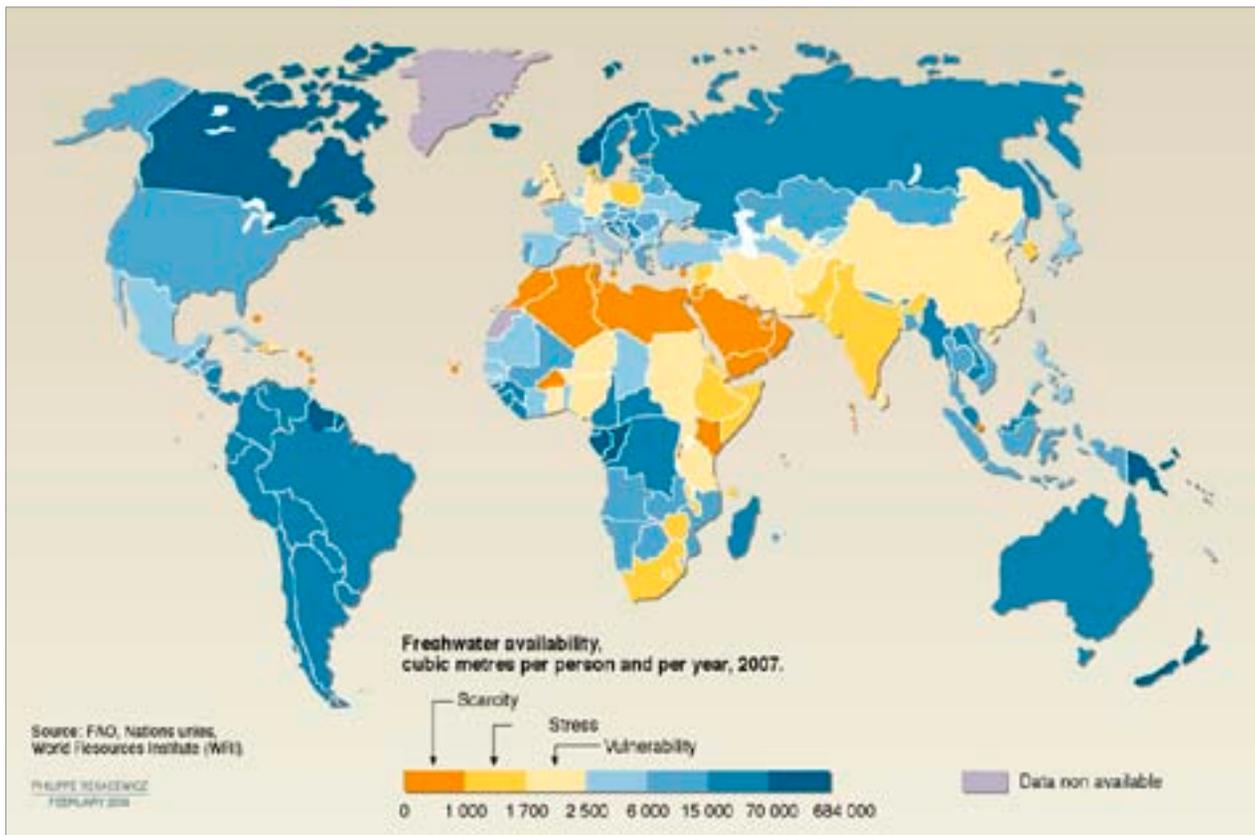
Notre nouvel environnement stratégique est marqué par l'incertitude et les surprises stratégiques. L'effondrement inattendu du mur de Berlin en 1989, suivi du traumatisme des attentats terroristes de New-York et Washington en 2001, puis de l'effondrement du système financier en 2008 et aujourd'hui les incroyables révolutions du monde arabe nous démontrent la fragilité de notre environnement. Les puissances américaine et européenne sont fragilisées par la crise financière des dettes souveraines. Elles sont concurrencées par les puissances émergentes qui sont notamment les BRIC (Brésil, Russie, Inde, Chine). Leurs puissances militaires restent inégalées, mais ces nations ont également compris que l'affirmation de leur puissance exigeait un appareil militaire complet et au niveau de celui du monde occidental<sup>[1]</sup>. La mondialisation a donné naissance à des risques nou-

veaux en engendrant des instabilités nouvelles. La question de la maîtrise de l'information et de la connaissance se pose aujourd'hui avec acuité, car les états et les institutions ont montré leur impuissance lors de crises importantes. L'évolution de la démographie, de l'économie, de l'énergie, de l'environnement ainsi que l'évolution des sciences et des technologies constitue les véritables défis des prochaines décennies.

**... la mondialisation nourrit des inégalités économiques et sociales flagrantes. Des régions entières demeurent à l'écart des bénéfices de la croissance mondiale.**

## **La mondialisation**

La mondialisation constitue l'un des changements les plus importants depuis la fin de la guerre froide. Elle a permis d'accroître le développement des échanges de biens et de services entre les individus. Elle présente également un ver-



[1]

sant négatif. L'accélération foudroyante de la circulation de l'information fragilise la capacité régulatrice des Etats et augmente la rapidité de diffusion de toutes les formes de crises, politiques, économiques et financières. Les stratégies de défense et de sécurité doivent prendre en compte l'explosion de flux non maîtrisés de personnes, de biens ou d'idées. Si la mondialisation a permis l'augmentation des échanges commerciaux, il faut constater qu'ils se concentrent majoritairement sur certaines régions. En conséquence, la mondialisation nourrit des inégalités économiques et sociales flagrantes. Des régions entières demeurent à l'écart des bénéfices de la croissance mondiale<sup>[2]</sup>.

La croissance économique va de pair avec la consommation d'énergie. Les répercussions sur le réchauffement climatique, ainsi que sur les approvisionnements stratégiques, pourraient relancer des tensions inconnues jusqu'à présent afin de satisfaire les besoins en énergie, en eau, en nourriture et en matières premières.

### Les ressources énergétiques stratégiques

La question énergétique est devenue, depuis plusieurs années, un enjeu majeur pour la plus grande partie des Etats de la planète. L'accès aux ressources énergétiques donne lieu à une concurrence politique et stratégique grandissante. Les pays en voie de développement, mais par la croissance démographique et économique, l'urbanisation et l'industrialisation, représenteront plus des deux tiers de hausse de la demande énergétique mondiale. Selon le scénario de référence de l'Agence internationale de l'énergie (AIE) pour 2006, il est prévu que la demande énergétique mondiale augmente de 53 % d'ici 2030<sup>[3]</sup>.

Les ressources énergétiques seront très probablement en mesure de répondre à la croissance de la demande, mais l'optimisation des exploitations reste entièrement tributaire des investissements. Une des premières conséquences sera la flambée généralisée des prix de l'énergie. Concernant la science, elle n'est aujourd'hui pas en mesure de proposer des matériaux alternatifs.

### Une des raisons qui motive la course aux armements que nous connaissons aujourd'hui est bien l'accès aux ressources naturelles.

L'accroissement prévu de la demande énergétique pèsera lourdement sur la sécurité et le système d'approvisionnement. Tous ces développements conduisent à la même conclusion : garantir l'approvisionnement énergétique. Développer des capacités à contribuer à la sécurité énergétique, par la protection des infrastructures, des zones et des voies de transit critiques. Une des raisons qui motive la course aux armements que nous connaissons aujourd'hui est bien l'accès aux ressources naturelles.

### L'environnement

L'impact négatif sur l'environnement du modèle de développement industriel actuel est largement reconnu<sup>[4]</sup>. Il est dé-

[1] Ressource stratégique – l'eau

sormais admis que les activités humaines ont favorisé le réchauffement climatique. L'utilisation des énergies fossiles et les activités de mise en valeur des terres (agriculture, défrichage des forêts, etc...), sans compter les émissions de gaz à effet de serre en sont tenues pour essentiellement responsables. A court et moyen terme, les causes les plus directes de la dégradation de l'environnement seront l'industrialisation et l'urbanisation<sup>[5]</sup>. Du fait du modèle de développement actuel, le réchauffement climatique demeure une tendance lourde qui pourra éventuellement être atténuée par des innovations technologiques, mais difficilement stoppée dans un avenir prévisible. L'effet du réchauffement climatique se répercutera avec une plus grande intensité dans certaines zones arides et semi-arides d'Afrique et d'Asie. Le risque de flux migratoires massifs et incontrôlés est à prendre en compte dans ces régions. Les conséquences directes du réchauffement climatique sur l'environnement sera, à court terme, la hausse des températures accentuant les sécheresses et le processus de désertification. Dans d'autres régions plus tempérées (Europe et une partie des USA), les précipitations pourraient accentuer les crues et les inondations. Les zones tropicales pourront essuyer des tempêtes, des typhons et des ouragans. Il faut également mentionner les autres risques naturels, tels que les secousses sismiques et tsunamis, qui pourraient provoquer des catastrophes technologiques et industrielles, telles que nous l'avons vécu au Japon cette année 2011. Les risques d'origine naturelle ou sanitaire sont devenus des facteurs de déstabilisation massive pour les populations et les pouvoirs publics<sup>[6]</sup>. Les bouleversements causés par le changement climatique devraient être pleinement intégrés à notre réflexion sur la sécurité et les stratégies de défense.

### L'eau

Du fait de la croissance démographique et de l'agriculture (extensive comme intensive), la consommation d'eau douce devrait croître dans des proportions considérables. Ce problème de l'eau doit véritablement retenir l'attention de nos gouvernants. Dans les années à venir, il y aura une multiplication des tensions et des conflits armés pour l'accès à l'or bleu.

## La gestion de ces réfugiés climatiques bousculerait indéniablement l'équilibre politique mondial.

L'eau a toujours été un enjeu stratégique, mais aujourd'hui, avec le réchauffement climatique, il est à craindre des dérèglements, un facteur qui accentuerait les inégalités face à l'eau. Les déserts et autres régions arides risquent de s'étendre. Des centaines de millions de personnes seraient contraintes à fuir. La gestion de ces réfugiés climatiques bousculerait indéniablement l'équilibre politique mondial. La situation est déjà très critique aujourd'hui, certaines régions (représentant un tiers de la population mondiale), mal approvisionnées du fait de la croissance de la population, font déjà face à des manques d'eau et à sa faible qualité. En conclusion, réfléchir aujourd'hui aux liens entre eau et stabilité dans le monde, c'est apporter une nouvelle vision stratégique<sup>[7]</sup>.

### Les produits alimentaires

Les prix mondiaux du blé, des céréales secondaires, du riz et des oléagineux ont pratiquement tous doublé entre 2005 et 2007, hausses qui se sont poursuivies au cours de l'année 2008. Aujourd'hui, selon le Président de la Banque mondiale, nous avons atteint la cote d'alerte. La hausse des prix alimentaires a fait tomber fin 2010 plus de 44 millions de personnes dans le monde sous le seuil de l'extrême pauvreté<sup>[8]</sup>. Les causes de cette flambée des prix sont complexes et s'expliquent par une combinaison de facteurs se renforçant mutuellement, entre autres les périodes de sécheresse qui ont frappé les grandes régions céréalières, la faiblesse des stocks de céréales et d'oléagineux, le développement de l'utilisation de matières premières agricoles pour la production de biocarburants, la rapide progression des prix du pétrole et, enfin, la dévaluation continue du dollar des États-Unis, monnaie dans laquelle sont généralement exprimés les prix indicatifs de ces différents produits de base.

## La hausse des prix alimentaires a fait tomber fin 2010 plus de 44 millions de personnes dans le monde sous le seuil de l'extrême pauvreté.

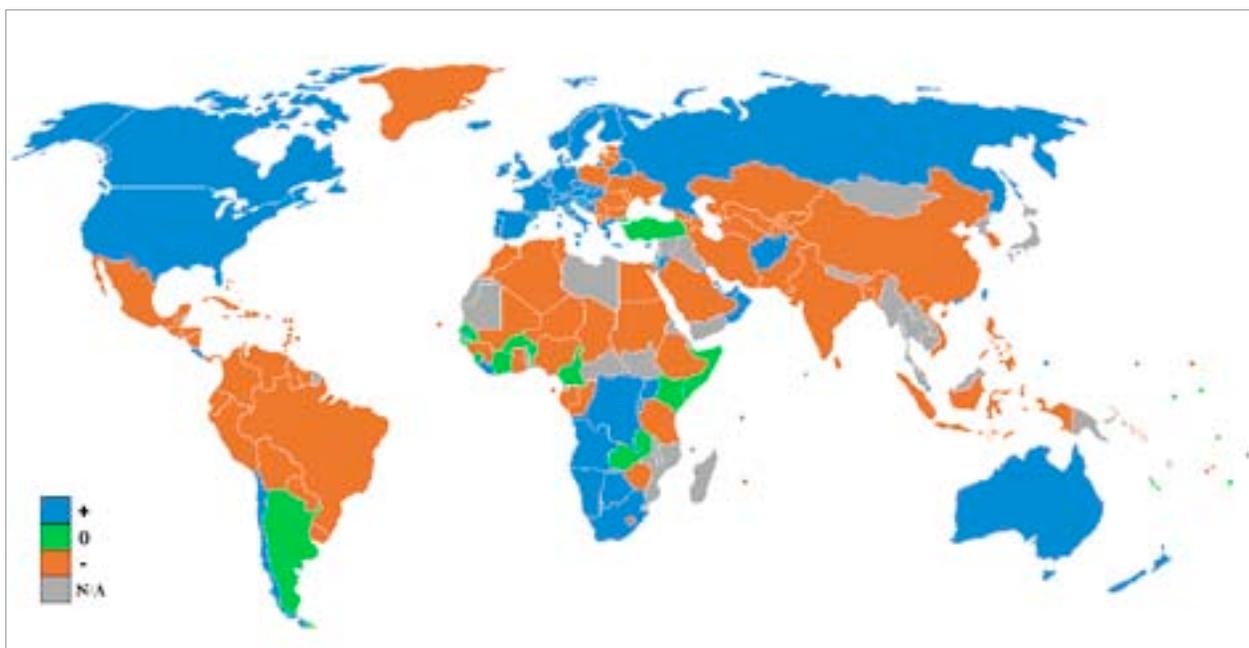
La hausse continue des prix des denrées alimentaires, nourrie par la flambée des cours des matières premières agricoles, est une des causes des bouleversements en cours dans les pays du Moyen-Orient et du Maghreb. Les principaux pays en développement, importateurs de produits alimentaires, subiront des impacts fortement négatifs, car ils devront consacrer à la nourriture une part encore plus élevée de leurs revenus limités. On ne peut pas exclure, dans un avenir proche, des émeutes de la faim qui pourraient déclencher à leur tour un mouvement migratoire incontrôlé.

### La démographie

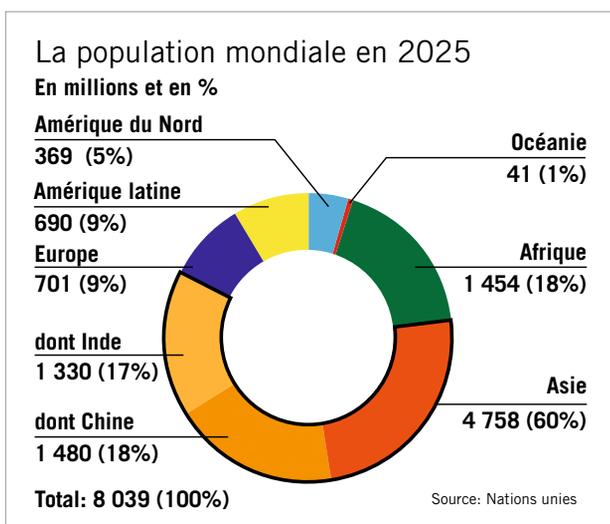
Ces dernières années, nous avons assisté à une transformation de la démographie qui a passé de taux de natalité et mortalité élevés et d'une espérance de vie relativement courte à des taux de natalité et de mortalité faibles, assortis d'une espérance de vie plus élevée. Si cette évolution en est déjà au stade avancé dans les pays industrialisés, la plupart des pays en développement ne sont qu'au début de cette phase de transition. La population mondiale s'accroît dans les pays pauvres et décline dans les pays riches.

La population de la planète devrait passer à 7,9 milliards en 2025 et 9 milliards en 2050, 80 % de la population habitera dans des villes. La population des bidonvilles est aujourd'hui d'1 milliard, elle sera vraisemblablement de 3 mia. en 2050. Aujourd'hui, 1 mia. de gens sur 7 n'ont pas ou presque pas à manger, sans parler de la pénurie de l'eau et de la disparition des nappes phréatiques. Pour que les 9 milliards soient correctement nourris en 2050, il faudra doubler la quantité d'aliments produite aujourd'hui.

La croissance démographique sera particulièrement marquée dans les pays en développement de l'Afrique subsaharienne



[2]



[3]



[4]

(+ 48 %), du Moyen Orient et de l'Afrique du Nord (+38 %), ainsi que de l'Amérique latine (+24 %) et de l'Asie (+21 %). La population de l'ensemble des pays développés ne connaîtra qu'une croissance marginale, soit les USA (+17 %), l'UE (+2 %), le Japon (-3 %) et la Russie (-11 %). L'ensemble des pays développés représenteront entre 12 et 15 % de la population mondiale<sup>[9]</sup>.

### Les flux migratoires

Une migration humaine est un déplacement du lieu de vie d'individus. C'est un phénomène probablement aussi ancien que l'humanité. Il peut être politique ou économique. Il s'agit en général de déplacements justifiés par des mobiles de contraintes. Les migrations sont dites politiques quand on quitte son pays, se sentant opprimé par des persécutions ethniques, religieuses, par des régimes politiques injustes ou des guerres civiles. Les migrations économiques sont les plus importantes. Les flux de travailleurs sont alimentés par les inégalités socioéconomiques : les écarts de salaires

entre grandes régions du monde, la volonté de fuir la misère et trouver un emploi. Il s'agit souvent de migrations permanentes, dans lesquelles les retours sont rares. La mondialisation a accentué les flux migratoires et la pauvreté demeure l'une des raisons principales. Les effets dus aux modifications climatiques et l'explosion démographique vont accentuer les flux migratoires incontrôlés. Dans certaines régions du monde, il ne sera plus possible de nourrir une population supplémentaire. En conséquence, les flux migratoires constituent aujourd'hui un enjeu politique majeur.

### La transformation des puissances mondiales et régionales

Le système international, au début du XX<sup>ème</sup> siècle, était celui de l'équilibre des puissances, avec un certain nombre d'états qui se neutralisaient mutuellement. A la fin de la

[2] Migration

[3] La population mondiale

[4] Pollution en Chine

seconde guerre mondiale, ce système a cédé la place à un système bipolaire, dominé par les Etats-Unis et l'Union Soviétique. L'effondrement de l'empire soviétique a entraîné la fin du système bipolaire qui a été remplacé par un système unipolaire dominé par les seuls Etats-Unis. Aujourd'hui, si la puissance américaine reste inégalée, elle est néanmoins fragilisée par la crise financière, dont une des conséquences sera la diminution du budget militaire. Une diminution des dépenses de 350 milliards de dollars sur les 10 ans à venir, soit en moyenne 35 milliards de dollars par an ou 6% du budget annuel de la défense<sup>[10]</sup>.

## L'Europe subit une crise d'impuissance. Concurrencée sur la scène mondiale, elle ne parvient pas à dépasser ses stratégies nationales ...

L'Europe subit une crise d'impuissance. Concurrencée sur la scène mondiale, elle ne parvient pas à dépasser ses stratégies nationales pour définir une vision européenne et développer une personnalité stratégique<sup>[11]</sup>. La crise financière oblige également les Etats européens à des coupes sans précédent dans les budgets de la défense. Les armées des différents pays se trouvent à court d'hommes et de moyens. Les dépenses militaires n'atteignent de loin pas les 2% du PIB, niveau ces Etats s'étaient fixés. Compte tenu des difficultés financières actuelles, il est difficile de croire à l'émergence d'une Europe forte et puissante dans les 15 prochaines années. La transformation des puissances émergentes, les BRIC (Brésil, Russie, Inde et Chine), est ô combien intéressante. Elles sont décomplexées, concurrentielles, offensives, combattives et provocatrices dans de nombreux domaines. Leurs équilibres sont en devenir, aussi bien politiques, économiques et militaires. A l'horizon 2025, le centre de gravité stratégique se sera déplacé vers l'Asie. L'Asie sera devenue l'un des pôles majeurs de la vie internationale. En conséquence, les puissances occidentales pourraient perdre leurs suprématies économique, industrielle et militaire à l'horizon des années 2025–2030<sup>[12]</sup>.

### Etats fragiles

A l'inverse des puissances émergentes, un nombre d'Etats ne disposent pas de structures étatiques, ainsi que de tous les attributs de la souveraineté, ou les perdent progressivement. Ils ne sont plus capables d'assurer leurs fonctions régaliennes sur le plan de la sécurité du territoire et de la population. Ces Etats sont très fragiles à des crises intérieures comme extérieures et sont souvent incapables de lutter contre le crime organisé, la corruption, le terrorisme ou les activités de groupes terroristes sur leur territoire. Certaines régions deviennent même des zones de non-droit. Ce phénomène s'est amplifié ces dernières années et pourrait, sur le moyen terme, poser des problèmes dans certaines régions du monde, surtout si elles sont stratégiques, comme par exemple le Golf d'Aden.

### Les crises financières

Dans les années 2007–2008, nous avons vécu une crise financière exceptionnelle, celle du capitalisme financier mon-

dialisé<sup>[13]</sup>. Aujourd'hui, nous vivons la crise de la dette souveraine de certains Etats en Europe. Cette crise va jusqu'à mettre en danger la monnaie européenne et aura une grande influence sur les dépenses publiques, y compris sur les dépenses militaires de très nombreux Etats. La crise de l'endettement va fragiliser les souverainetés nationales. En conséquence, une dette non maîtrisée peut mettre en danger l'indépendance d'une nation.

### Le terrorisme

Les actes terroristes semblent connaître leur âge d'or en ce début de XXIème siècle. Ce type d'actions meurtrières et médiatisées prend délibérément comme cible des innocents, afin de créer un climat de terreur. Le but étant d'influencer les décideurs et de leur imposer des objectifs politiques. Il y a plusieurs sortes de terrorisme comme le terrorisme islamiste, le terrorisme autonomiste ou encore le terrorisme politique. Il existe également dans le monde des Etats terroristes, ainsi que des guérillas terroristes.<sup>[14]</sup>

Les armes du terrorisme reposent essentiellement sur des moyens conventionnels. Mais l'utilisation d'armes non conventionnelles (NRBC : nucléaire, radiologique, biologique, chimique), même rudimentaires, pourrait avoir des conséquences dramatiques pour la communauté internationale. L'évolution des formes de violence a franchi un seuil historique le 11 septembre 2001. Le terrorisme est devenu capable de frapper au cœur de tous les pays, à une échelle de violence sans précédent, avec un degré de préparation internationale et d'intensité dans l'action jamais atteint auparavant par des groupes terroristes ou des individus.

## Le terrorisme est devenu capable de frapper au cœur de tous les pays ...

### La prolifération

La possession de l'arme nucléaire tend à une règle plutôt qu'à une exception : (Israël, Pakistan, Inde, Iran [?] Corée du Nord [?]). Aussi, le régime international de prolifération, mis en place à partir des années 1960, se trouve menacé. Le risque d'emploi de l'arme nucléaire ne cessera de croître durant les prochaines années ; ainsi, l'accroissement du nombre d'Etats nucléaires dans des situations stratégiques délicates multipliera les risques.

Malheureusement, la gestion de la menace nucléaire est rendue infiniment malaisée par l'acquisition par des acteurs non étatiques (terroristes) de moyens de destruction massive. Ce qui était un risque potentiel est devenu une menace réelle et une menace en croissance, puisque des organisations comme Al Qaida ou Aoum ont par ailleurs clairement manifesté leur volonté d'acquérir des armes de destruction de masse<sup>[15]</sup>.

### Le crime organisé

La mondialisation a considérablement favorisé le développement de la criminalité organisée, principalement à cause des moyens de l'information et de la communication, des révolutions dans le domaine des transports, de la technologie et de l'ouverture des frontières. Comme pour le terrorisme, il y



[5]



[6]

a plusieurs sortes de criminalité, comme le trafic de drogue, les crimes de sang, la cybercriminalité, la corruption, l'économie illégale, les enlèvements et les prises d'otages, la traite d'êtres humains, les mafias et cartels, la piraterie, les trafics d'armes. Les grandes organisations du crime organisé dégagent des profits colossaux, par exemple les cartels de la drogue disposent désormais de moyens financiers et logistiques comparables à ceux de certains Etats. Les grands réseaux du crime organisé sont susceptibles de porter une grave atteinte à la sécurité internationale. C'est une menace sourde qui tue plus que les dictatures dans le monde et qui atteint des profits de l'ordre de 1000 milliards d'Euros par année<sup>[6]</sup>.

## C'est une menace sourde qui tue plus que les dictatures dans le monde ...

### L'insécurité urbaine

Le monde se caractérise par l'accroissement continu des mégapoles, signe de l'urbanisation de la planète. En 2050, les deux tiers des individus vivront dans des villes immenses, pour partie constituées de bidonvilles et soumises à des groupes criminels. Aujourd'hui déjà, des quartiers de grandes villes sont des zones de non-droit où chaque incident dégénère en combat urbain.

### La guerre cybernétique et la guerre de l'information

La cyberguerre, dimension technique de la guerre de l'information, peut être définie comme le recours aux capacités cybernétiques pour mener des opérations agressives contre des cibles militaires, contre un Etat ou sa société (17). La réalisation s'appuie sur le champ informatique ou numérique. Le niveau quotidien actuel des agressions contre les systèmes d'information, qu'elles soient d'origine étatique ou non, laisse présager un potentiel très élevé de déstabilisation de la vie courante, de paralysie de réseaux critiques, comme les pouvoirs publics, les grands opérateurs d'énergie, de transports ou d'alimentation ou encore l'organisation de la défense. Notre société est devenue très vulnérable à toute attaque contre les réseaux informatiques. Nous sommes encore très mal préparés à une attaque de ce nouveau genre.

### La militarisation de l'espace

Le 11 janvier 2007, la Chine a procédé au test d'une arme antisatellite. Ce test a consisté en un missile de portée inter-



[7]

médiaire sans tête conventionnelle ou nucléaire lancé afin de percuter un satellite météorologique non-opérationnel à 800 km d'altitude. En marge de ce test spectaculaire, les Etats-Unis, première puissance spatiale et militaire au monde, développe depuis les années 70 un système antimissile destiné à détruire les missiles à longue portée pouvant atteindre son

[5] Terrorisme

[6] Crime organisé – Une structure de la Mafia

[7] Corée du Nord – Prolifération nucléaire

territoire. Certains éléments de ce système pourraient être déployés à long terme en orbite, afin de détruire depuis l'espace le missile assaillant. Ces exemples illustrent ce que l'on qualifie de « arsenalisation de l'espace ». L'arsenalisation de l'espace est un concept large qui ne connaît pas de définition officielle<sup>[18]</sup>. C'est une forme de militarisation de l'espace. La militarisation de l'espace peut être qualifiée de façon large par l'utilisation de moyens militaires dans l'espace. Cette militarisation ne respecte pas le concept d'usage pacifique tel qu'entendu par la Charte de l'ONU, lequel doit réguler les activités militaires spatiales. Les armes spatiales sont réparties en trois grandes catégories : celles utilisées dans le cadre de la défense antimissile (BMD), les space-to-earth-weapons (STEW) et les armes antisatellites (ASAT).

## L'arsenalisation de l'espace est un concept large qui ne connaît pas de définition officielle.

### L'augmentation des dépenses militaires

L'effort de défense mondial est remonté en 2007 au niveau des années de la fin de la guerre froide et aujourd'hui, en 2011, ce plafond est largement dépassé ! Si la mondialisation a transformé la forme de nos rapports, la puissance militaire est restée un des facteurs clés de la « Puissance ». Pour s'en convaincre, il suffit de constater la hausse extraordinaire des budgets de défense dans le monde. Les dépenses militaires des pays de l'ONU ont doublé en 10 ans pour atteindre 1650 milliards de dollars<sup>[19]</sup>. Le Brésil, la Russie, l'Inde, la Chine (BRIC), ainsi que certains pays du Golf et de l'Afrique, connaissent une évolution marquée.

### Conclusion

Nous sommes désormais sûrs que la guerre n'est pas morte à la chute du mur de Berlin. Au contraire, elle se répand, se renforce et le réarmement l'accompagne. Si elle n'a pas changé de nature, elle a changé de visage. La guerre est notre passé, elle est notre présent et sera notre futur<sup>[20]</sup>. Une des réponses à cet environnement, caractérisé par des grandes incertitudes, est la fonction « connaissance et anticipation », respectivement le renseignement.

## La guerre est notre passé, elle est notre présent et sera notre futur.

Le renseignement qui a pour raison d'être de s'adapter à l'évolution des menaces et des conflits qui mettent en péril la sécurité extérieure et intérieure et d'être la première ligne de défense d'un pays. Son rôle est d'informer, de permettre à la conduite militaire et politique de disposer d'une autonomie d'appréciation, de décision et d'action. Le renseignement éclaire la décision autant qu'il précède, appuie et suit l'action<sup>[21]</sup>.

- 
- [1] Allocution de l'amiral Edouard Guillaud, chef d'état-major des armées, aux stagiaires de la promotion du CID 2010-2011, Paris.
  - [2] Le Livre blanc ; Défense et sécurité nationale ; Paris : Odile Jacob, 2008
  - [3] Nicole Gnesotto & Giovanni Grevi ; Le Monde en 2025 ; Paris : Editions Robert Laffont, 2007
  - [4] Using the Market for Cost –Effective Environmental Policy ; Rapport AEE 2008 (Agence Européenne de l'environnement)
  - [5] Groupe d'experts intergouvernemental sur l'évolution du climat ; Bilan 2007 des changements climatiques
  - [6] Le Livre blanc ; Défense et sécurité nationale ; Paris : Odile Jacob, 2008
  - [7] Franck Galland ; L'Eau ; Géopolitique, enjeux, stratégies ; Paris : CNRS Editions
  - [8] LEMONDE.FR avec AFP ; 15 février 2011 ; Chiffres de la Banque Mondiale
  - [9] Nicole Gnesotto & Giovanni Grevi ; Le Monde en 2025 ; Paris : Editions Robert Laffont, 2007
  - [10] Conférence de Leon Panetta ; le secrétaire d'État à la Défense ; Washington ; 4 août 2011
  - [11] Allocution de l'amiral Edouard Guillaud, chef d'état-major des armées, aux stagiaires de la promotion du CID 2010-2011, Paris.
  - [12] Le Livre blanc ; Défense et sécurité nationale ; Paris : Odile Jacob, 2008
  - [13] Pierre Pascallon & Pascal Hortefeux ; Hier la crise, demain la guerre ; Paris : L'Harmattan 2010
  - [14] Eric Denécé & Frédérique Poulot ; Atlas des conflits et des menaces ; Paris : Edition Berlin 2010
  - [15] François Heisbourg ; Quelles menaces pour l'Europe ? ; François Heisbourg est président du Conseil d'administration de l'International Institute for Strategic Studies (IISS), basé à Londres. Il préside également le Centre de politique de sécurité de Genève.
  - [16] Discours du Premier Ministre François Fillion au séminaire d'ouverture de l'IHEDN et de L'INHESJ ; 8 octobre 2011, Paris.
  - [17] Daniel Ventre ; Cyberguerre et guerre de l'information ; stratégie, règles, enjeux ; HERMES Science Publications ; Lavoisier 2010
  - [18] Sabine Akbar ; Militarisation de l'espace ; Publication du comité AeroSpace – ANAJ/IHEDN, France.
  - [19] Allocution Le secrétaire général de l'Onu Ban Ki-moon ; New York, Nation Unie, 2010
  - [20] Desportes Vincent ; La Guerre Probable, Penser autrement ; Paris : Economica, Collection Stratégie & Doctrine, 2008
  - [21] Le Livre blanc ; Défense et sécurité nationale ; Paris : Odile Jacob, 2008

# Risikoanalyseansätze, Simulation und Irreguläre Kräfte

## Eine kritische Betrachtung aus der Sicht der Theorie des Carl von Clausewitz

In der Politik ist Sachgerechtigkeit ein unabdingbares Element. Auch in der Politik hat man immer wieder versucht, Probleme mathematisch-wissenschaftlich zu lösen. Für die Lösung der bei der Staatsverwaltung vorkommenden Rechnungsaufgaben wurde denn auch die politische Arithmetik entwickelt. Die Anwendung mathematischer Formeln und Regeln auf menschliche Erscheinungen und menschliches Verhalten erscheint bedenklich und soll daher in der nachstehenden Arbeit kritisch untersucht werden.

Dirk Freudenberg

Dr. rer. pol., M.A. (Politische Wissenschaften). Oberstleutnant (der Reserve) der Fallschirmtruppe. Promotion an der Universität der Bundeswehr in München. Seit 2006 Lehrbeauftragter an der Universität Bonn. Bachstrasse 72, D-53507 Dornau, Deutschland.  
E-Mail: drdirk.freudenberg@web.de

### Einleitung

Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen risiko- und krisenhaft belegte Erscheinungen; den Schwerpunkt der Kulmination soll auf dem Phänomen Irregulärer Kräfte liegen. Der Mensch hat seit jeher versucht, Krisen und Katastrophen zu beherrschen – spätestens seit der Entdeckung des Feuers und der Erkenntnis, dass die Unbill des Wetters unmittelbare und mittelbare Auswirkungen auf das Leben und Überleben hat. Insofern war er immer bemüht, krisenhafte Entwicklungen zu erkennen, um Notlagen vorherzusehen oder gar vorzusagen. Die Methoden hierzu waren in der Geschichte der Menschheit oftmals fragwürdig und allzu häufig zweifelhaft. Das gilt für Naturkatastrophen ebenso wie für schädigende Ereignisse, welche durch den Mensch oder Gruppen von Menschen fahrlässig oder auch vorsätzlich herbeigeführt werden. Dennoch: Jede seriöse Krisenvorsorge und das daraus entwickelte Krisen- und Sicherheitsmanagement verlangen heute danach, diejenigen Risiken festzustellen und einzuschätzen, welche eine Krise, ein mögliches schädigendes Ereignis auslösen können. Dies um nach Möglichkeit die Verwirklichung von Risiken abzuwenden, sich auf unabwendbare Ereignisse einzustellen und ihnen zu begegnen. Dies auch deshalb, um gegebenenfalls auf eingetretene Ereignisse reagieren und sie aktiv abwehren zu können, die Schäden zu minimieren oder eine Ausbreitung derselben zu verhindern. Die Krisenvorsorge bedingt die Nachbereitung von Ereignissen, die Beseitigung von Schäden und nach Möglichkeit Sorge dafür zu tragen, dass eine Wiederholung ausgeschlossen bleibt. Es liegt auf der Hand, dass der Mensch gerade

hinsichtlich ihm potentiell feindlich gesonnener Gruppierungen immer bemüht gewesen ist, diese richtig zu beurteilen und von diesen ausgehende Risiken richtig einzuschätzen. In heutiger Zeit trifft das speziell auf Irreguläre Kräfte in ihren asymmetrischen Erscheinungen und Vorgehensweisen zu.<sup>[1]</sup> Diese Feststellungen gelten für die Wirtschaft, für die Politik aber selbstverständlich in ganz besonderem Masse für Regierungen.

### Risikoanalyse

Für eine solche sichere Einschätzung bedarf es einer Analyse und Abschätzung des Risikos durch zuverlässige Risikoanalysen. Eine Risikoanalyse ist eine Prozedur oder Methode, die eine qualitative oder allenfalls quantitative Abschätzung des Risikos erlaubt. Unveränderbare Parameter des Risikobegriffs sind die Begriffe des Schadens, der Ungewissheit seines Auftretens sowie die Beeinflussbarkeit sowohl der Eintrittswahrscheinlichkeit als auch der Höhe des Schadens durch den Menschen. Das Risiko beschreibt als Mass die Grösse, den Grad oder das Ausmass

**Eine Risikoanalyse ist eine Prozedur oder Methode, die eine qualitative oder allenfalls quantitative Abschätzung des Risikos erlaubt.**

einer Gefährdung und stellt eine zweidimensionale Grösse bestehend aus der Wahrscheinlichkeit und dem Schweregrad des möglicherweise eintretenden Schadens dar. Dabei wird das Risiko als Produkt der Auftretenswahrscheinlichkeit des

[1] Zu Irregulären Kräften vergleiche ausführlich: Dirk Freudenberg. Theorie des Irregulären. Partisanen, Guerillas und Terroristen im modernen Kleinkrieg, Wiesbaden 2008

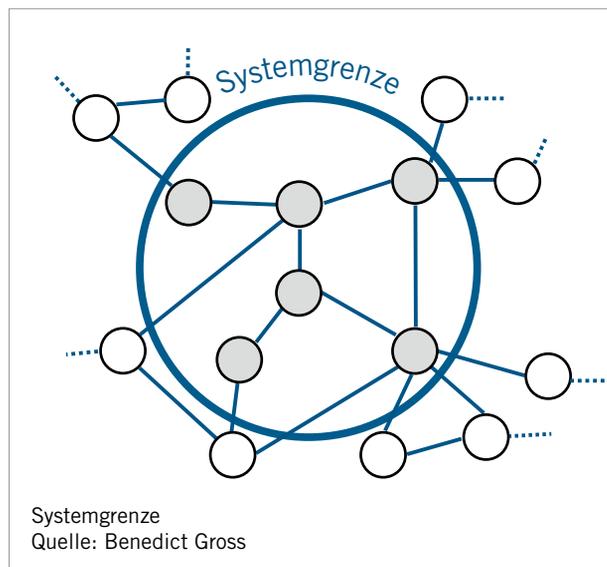
Ereignisses mit seinen möglichen Schäden interpretiert. In diesem Zusammenhang werden auch Risiko und Gefahr voneinander abgegrenzt: Die Unterscheidung zwischen diesen Begriffen ist nach Niklas Luhmann unter anderem eng mit der Unterscheidung in Bezug auf künftige Schäden verbunden.<sup>[2]</sup> Nach einer Auffassung in der Literatur spricht man von Risiko, wenn der mögliche Schaden als Folge einer Entscheidung angesehen wird.<sup>[3]</sup> Nach dieser Meinung werden Risiken als Gegenstand eines absichtlichen Unterfangens angesehen und so dem Entscheider zugeordnet, während der Betroffene eine Gefahr erleide und ihr meist unwissentlich ausgesetzt sei. Gefahren liegen demnach in natürlichen, technischen, gesellschaftlichen oder machtpolitischen Entwicklungen oder Ereignissen, ohne direkte feindliche Absichten, die für Staaten, Menschen oder deren Lebensgrundlagen Schäden bewirken können. Folglich bestehe der Unterschied zwischen Risiko und Gefahr darin, dass die Gefahr eine mögliche Ursache für einen Schaden darstelle, während das Risiko die Eintrittswahrscheinlichkeit mit einbeziehe.

### Clausewitz und das Wahrscheinlichkeitskalkül

Gerade der Begriff der Eintrittswahrscheinlichkeit impliziert, dass man es nicht mit absoluten Faktoren zu tun hat, sondern auch mit unbestimmbaren Grössen. Damit haftet dem Begriff der Eintrittswahrscheinlichkeit das Merkmal des Ungewissen, des Ungefährlichen an. Das Ungefährliche, welches der Wortbedeutung nach auf eine etwaige Ungenauigkeit, auf ungenaue, annähernd (richtige) Angaben hindeutet, kann – soweit man die Wissenslücken eben nicht mit konkreten Fakten füllen kann – nur mit Annahmen überwunden werden. Für Clausewitz geschieht das nach den «Wahrscheinlichkeitsgesetzen», die sich «...aus den Daten, welche die Erfahrungen der wirklichen Welt darbieten...»<sup>[4]</sup> ableiten. Doch für Clausewitz hängt das «Wahrscheinlichkeitskalkül» auch mit den Begriffen des «Zufalls» und des «Glücks» zusammen, mit dem «...das Ungefähr und mit ihm das Glück einen grossen Platz...[einnimmt].»<sup>[5]</sup> Eben diese Unwägbarkeiten belegt Clausewitz auch mit dem Begriff der «Friktion [als] dem einzigen Begriff, welcher dem entspricht, was dem wirklichen Krieg von dem auf dem Papier unterscheidet...Diese entsetzliche Friktion, die sich nicht wie in der Mechanik auf wenige Punkte konzentrieren lässt, ist deswegen überall im Kontakt mit dem Zufall und bringt dann Entscheidungen hervor, die sich gar nicht berechnen lassen, eben weil sie zum grossen Teil dem Zufall angehören.»<sup>[6]</sup>

### Der Theoriebegriff des Carl von Clausewitz

Clausewitz, der weitestgehend frei im Denken zu sein und wenig an die allgemeinen Theorien gebunden zu sein scheint, gibt selbst zu erkennen, mit einem Begriff der Theorie für seinen Untersuchungsgegenstand seine Schwierigkeiten zu haben: «Jede Theorie wird von dem Augenblick an unendlich viel schwieriger, wie sie das Gebiet geistiger Grössen berührt ... über mechanische und optische Konstruktionen ist kein (*gibt es keinen...*, *Anm des CR*) Streit. Sowie aber die geistigen Wirkungen ihrer Schöpfungen anfangen, sowie geistige Eindrücke oder Gefühle hervorgebracht werden sollen, verschwimmt die ganze Gesetzgebung in unbestimmte Ideen.»<sup>[7]</sup> Zunächst einmal ist denn hier danach zu fragen, welchem Theoriebegriff Clausewitz folgt; was er unter «Theorie» versteht. Theorie bedeutet von seinem ursprünglichen griechischen Bezeichnung *theōreîn* oder *theōria* zu



[1]

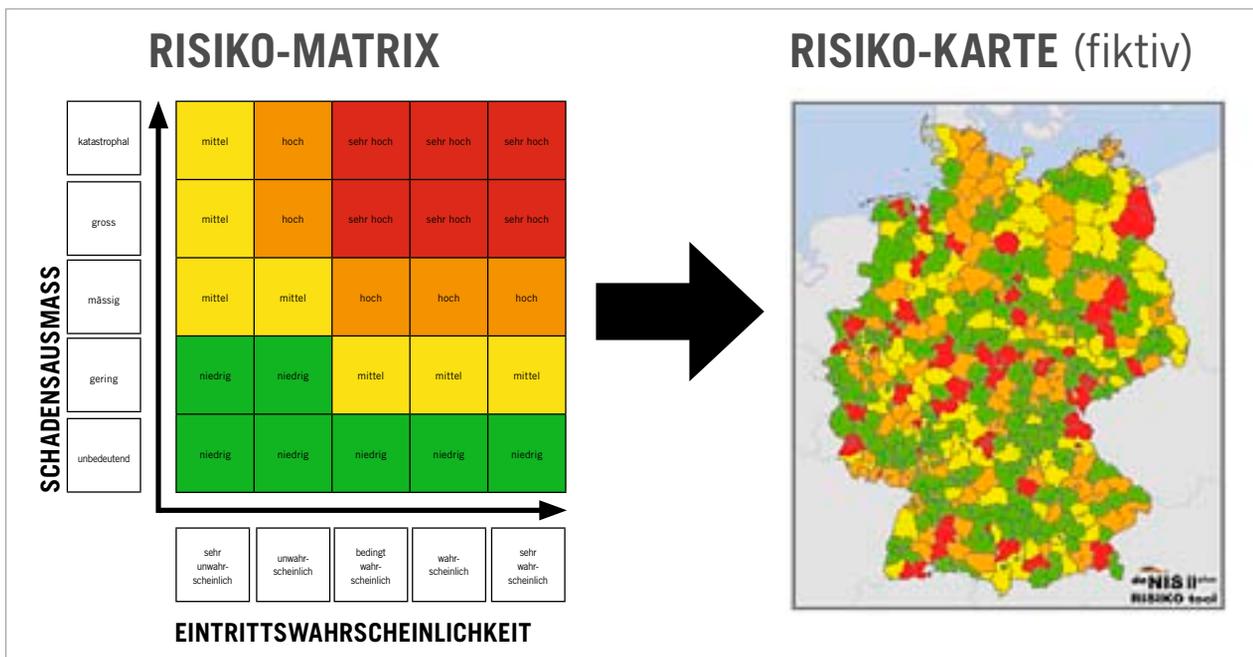
nächst einmal anschauen oder betrachten, Überlegung oder Erkenntnis. Der Theoriebegriff setzt somit nicht zwingend ein in sich abgeschlossenes Lehrgebäude voraus. Clausewitz definiert den Begriff folgendermassen (wenn auch zunächst in negativer Weise): «...dass [die Theorie] nicht notwendig eine positive Lehre, d. i. eine Anweisung zum Handeln sein braucht. Überall, wo eine Tätigkeit es grösstenteils immer wieder mit denselben Dingen zu tun hat, mit den selben Zwecken und Mitteln, wenn auch mit kleinen Veränderungen und einer noch so grossen Mannigfaltigkeit der Kombinationen, müssen diese Dinge ein Gegenstand vernünftiger Betrachtung sein. Eine solche Betrachtung aber ist eben der wesentlichste Teil jeder Theorie und hat auf diesen

### Für Clausewitz soll die Theorie eine Betrachtung und keine Lehre sein.

Namen ganz eigentlich Anspruch. Sie ist eine analytische Untersuchung des Gegenstandes, führt zu einer genauen Bekanntschaft, und wenn sie auf die Erfahrung...angewendet wird, zur Vertrautheit mit demselben.»<sup>[8]</sup> In diesem Sinne kommt dieser Ansatz auch dem Positivismus gleich, dessen Bedeutungskern ein erfahrungswissenschaftlicher Bezug auf beobachtbare, positive Fakten ist. Der clausewitzsche Theoriebegriff entspricht insofern diesem Verständnis: Für Clausewitz soll die Theorie eine Betrachtung und keine Lehre sein.

### Die Unbrauchbarkeit mathematischer Ansätze

Gegen die kritiklose Anwendung mathematischer Ansätze hatte bereits Clausewitz gespottet: «Immer lächerlicher wird es, wenn man...alle moralischen Grössen von der Theorie ausschliesst und es nur mit dem Materiellen zu tun haben will, so dass alles auf ein paar mathematische Verhältnisse von Gleichgewicht und Überlegenheit, von Raum und Zeit und ein paar Winkel und Linien beschränkt wird. Wäre es nichts als das, so würde sich ja aus solcher Misere kaum eine wissenschaftliche Aufgabe für einen Schulbuben bilden lassen.»<sup>[9]</sup> Clausewitz hatte zuvor bereits festgestellt, «...dass der Krieg keine Tätigkeit des Willens ist, die sich gegen einen toten Stoff äussert wie die mechanischen Künste... son-



[2]

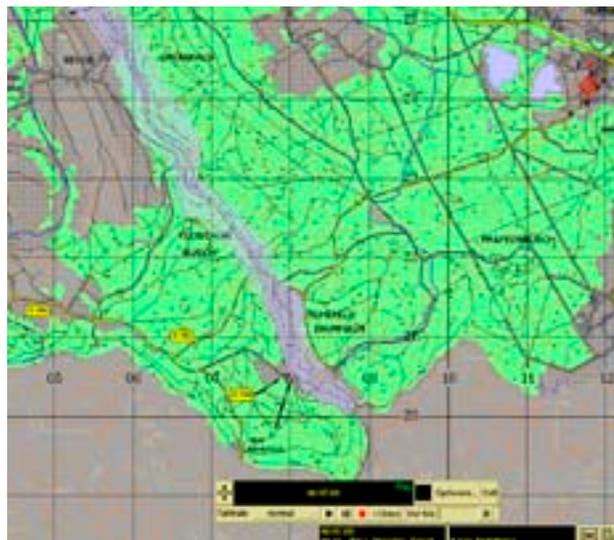
den gegen einen lebendigen reagierenden. Wie wenig auf eine solche Tätigkeit der Gedankengang der Künste und Wissenschaften passt, springt in die Augen, und man begreift zugleich, wie das beständige Suchen und Streben nach Gesetzen, denen ähnlich, welche aus der toten Körperwelt entwickelt werden können, zu beständigen Irrtümern hat führen können.»<sup>[10]</sup> Dieses Suchen und Streben hält an. Immer wieder gibt es Versuche, von Irregulären ausgehende Risiken mathematisch zu bestimmen.

### Die Bestimmung des Terrorismusrisikos

Zur Bestimmung des Terrorismusrisikos gibt es im Wesentlichen zwei mathematische Methodenansätze. Die eine basiert auf der klassischen Risikoanalyse, wobei das Risiko (R) als ungewisser Schaden definiert wird und als Produkt aus Schadenshöhe (S) und Eintrittswahrscheinlichkeit (E) berechnet wird:  $S \times E = R$ . Dabei ist unter Schadenshöhe die Wirkung als die annualisierten Kosten des Ereignisses und unter Wahrscheinlichkeit die Ereignishäufigkeit zu verstehen. Allerdings weist dieser Ansatz die Schwierigkeit auf, dass die Auftretswahrscheinlichkeit üblicherweise mit Hilfe statistischer Methoden abgeschätzt wird. Deswegen kritisiert beispielsweise Beck auch, dass das Rationalitätsmonopol der Wissenschaften gebrochen werde und der Rationalitätsanspruch der Wissenschaften, den Risikogehalt des Risikos sachlich zu ermitteln, sich permanent entkräfte, da er auf spekulativen Annahmen beruhe und sich ausschliesslich im

... sondern der Mensch ist «nicht-linear» mit nicht exakt bestimmbar  
Ergebnissen von «Input» und  
«Output» angelegt.

Rahmen von Wahrscheinlichkeiten bewege.<sup>[11]</sup> Zudem ist auch der klassische Fall ungewollter «Nebenfolgen» sozialen Handelns nicht hinreichend berechenbar. Insofern funktioniert der Mensch nicht als «lineares System», welches auf



[3]

- [2] Niklas Luhmann, Soziologie des Risikos, Berlin, New York 2003, S. 30 f.
- [3] Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe – Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz – Problemstudie: Risiken für Deutschland, Gefahrenpotentiale und Gefahrenprävention für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft aus Sicht des Bevölkerungsschutzes – Auszug – Teil 1, Bad Neuenahr-Ahrweiler, 2005, S. 5
- [4] Carl von Clausewitz, Vom Kriege, in: Werner Hahlweg (Hrsg.), Hinterlassenes Werk des Generals von Clausewitz, 16. Aufl., Bonn 1952, S. 71 ff.; 97
- [5] Carl von Clausewitz, Vom Kriege, in: Werner Hahlweg (Hrsg.), Hinterlassenes Werk des Generals von Clausewitz, 16. Aufl., Bonn 1952, S. 71 ff.; 105
- [6] Ebenda, S. 160
- [7] Ebenda, S. 182
- [8] Ebenda, S. 188 f.
- [9] Ebenda, S. 244 f.
- [10] Ebenda, S. 201
- [11] Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine Moderne, Frankfurt am Main 1986

- [1] Systemgrenze
- [2] Risikokarte
- [3] Geländeabbildung für Simulation

Proportionalität sowie die Vorhersehbarkeit von Ursache und Wirkung angelegt ist, und das bis in alle Konsequenzen berechenbar ist; sondern der Mensch ist «nichtlinear» mit nicht exakt bestimmbar Ergebnissen von «Input» und «Output» angelegt. Mithin sind Individuen auch keine guten Kalkulatoren für das Erfassen des dynamischen Verhaltens von hochkomplexen Systemen.<sup>[12]</sup> Der Mensch ist in sich vor allem anderen frei und in seiner Seele unergründlich, deshalb lässt sich sein Sozialverhalten nur begrenzt aufgrund von (Natur-)Gesetzen erklären.<sup>[13]</sup> Zudem liegt im Schluss auf Dispositionen die Gefahr von Wahrnehmungsverzerrungen. Folglich sind in der sicherheitspolitischen Analyse nicht nur Logik und Intellekt, sondern vor allem Erfahrung und Verstehen gefragt. Mithin hat Clausewitz auch hier recht, wenn er feststellt: «Untersuchung und Beobachtung, Philosophie und Erfahrung dürfen nie einander verachten noch ausschliessen; sie leisten einander gegenseitige Bürgschaft.»<sup>[14]</sup> Dementsprechend wird ein lineares Denken in Kampf gegen Irreguläre Kräfte in der Literatur auch als inadäquat abgelehnt.<sup>[15]</sup>

### Kritik an den Ansätzen

Daase hält das oben vorgestellte mathematische Verfahren auch insofern für grundsätzlich problematisch, als dass die Einstufung der Konsequenzen eines terroristischen Anschlages als «inakzeptabel hoch», und wegen der Höhe des Restrisikos es gleichgültig sei, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist.<sup>[16]</sup> Das Fehlen jeglicher Erfahrungen gerade mit nuklearen Terrorakten verlangt eine andere Betrachtungsweise. Anet schlägt vor, für die Risikoabschätzung des Nuklearterrorismus die technische Machbarkeit zu verwenden. Er geht davon aus,

### Das Fehlen jeglicher Erfahrungen gerade mit nuklearen Terrorakten verlangt eine andere Betrachtungsweise.

dass die Auftretenswahrscheinlichkeit eines Anschlages stark von seiner technischen Machbarkeit abhängt, und unterstellt, dass was machbar ist, auch auftreten kann, also dann auch gemacht wird. Die Abschätzung der Wirkungen und Schäden will Anet in repräsentativen Bereichen vornehmen, also beispielsweise in den betroffenen Flächen, bezüglich der menschlichen Gesundheit, der Umwelt und der Wirtschaft, sowie den psychologischen Reaktionen der Bevölkerung. Insgesamt räumt Anet jedoch ein, dass das Schlussresultat einer solchen Risikoanalyse in hohem Masse davon abhängen wird, wie die verschiedenen Elemente der Analyse interpretiert und gewichtet werden.<sup>[17]</sup> Insofern beinhaltet eine solche Analyse immer die Gefahr der Ungenauigkeit und Unrichtigkeit nicht nur wegen der wissenschaftlichen Fehlinterpretationen, sondern auch wegen politischer Interessen und Rücksichtnahmen in der Bewertung.

### Die mangelhafte Objektivierbarkeit des Faktors «Mensch»

Nach dem zuvor Gesagten ist fraglich, nach welchen Kriterien sich die Eintrittswahrscheinlichkeit bestimmt. Dieses umso mehr, als dass der Faktor Mensch hier die entscheidende Rolle spielt. Wollte man die Richtigkeit einer solchen Formel annehmen, so reduzierte man im Umkehrschluss den Menschen auf eine mathematische Gleichung. Doch ist der Mensch geprägt durch gesellschaftliche, kulturelle, religiöse

und persönlich-charakterliche Rahmenbedingungen und Eigenschaften, welche mit mathematischen Methoden nicht allumfassend zu quantifizieren und zu qualifizieren sind. Der Mensch als Individuum ist somit nicht in allem seinem Tun und Unterlassen, seinem Handeln, errechenbar und ausrechenbar. Folgerichtig tritt die Eintrittswahrscheinlichkeit hinter der Schadenshöhe zurück; das heisst, die Schadenshöhe bestimmt das Risiko. Die Formel müsste also lauten:  $S = R$ . Nach dieser Formel müsste sich konsequenterweise auch der Schutz vor Anschlägen ausrichten.

### Der Mensch als Individuum ist somit nicht in allem seinem Tun und Unterlassen, seinem Handeln, errechenbar und ausrechenbar.

Allerdings wird bei der Betrachtung dieser Formel sofort deutlich, dass sich gerade in hochindustriellen Gesellschaften nicht alle gefährdeten Bereiche, Infrastrukturen und Personengruppen total schützen lassen und immer eine gewisse Angreifbarkeit und Verwundbarkeit besteht. Es gilt also Schwerpunkte zu bilden. Hierzu könnte die «Wahrscheinlichkeits-Wirkungs-Matrix», bei der die Szenarien nach ihrer Wirkung beurteilt werden, möglicherweise einen Ansatz zur Problemlösung bieten. Allerdings bietet auch diese Methode nicht die Möglichkeit, die Eintrittswahrscheinlichkeit objektiv zu quantifizieren, sondern muss sich ebenfalls letztlich auf subjektive Bewertungen abstützen. Die Einschätzung der Wirkung erfolgt somit nach dieser Methode rein subjektiv durch «Expertenmeinung». Daase schlägt nun eine Formel vor, die davon ausgeht, dass sich die Eintrittswahrscheinlichkeit nicht aus statistischen Erhebungen ergibt, sondern aus der Kombination von konkreten Motiven (M) eines sozialen Akteurs und den Gelegenheiten (G), die sich seinem Handeln bieten. Gleichfalls ist nach dieser Annahme der Schaden keine beliebig festlegbare Grösse, sondern errechnet sich aus der Verwundbarkeit des

### ... gewinnt jedoch die Wahrnehmung von Risiken in dem Masse an Präzision, in dem sie den Besonderheiten von Akteuren und Situationen Rechnung trägt.

Opfers (V) und den Kapazitäten (K) des Täters. Demzufolge fliessen also Motive, Gelegenheit, Verwundbarkeit und Kapazitäten gleichermaßen in die Kalkulation ein:  $R = S(V, K) \times E(M, G)$ . Allerdings räumt Daase selbst ein, dass derartige Gleichungen eine Objektivität und Berechenbarkeit suggerieren, die es in der Realität nicht gibt. Seiner Meinung nach gewinnt jedoch die Wahrnehmung von Risiken in dem Masse an Präzision, in dem sie den Besonderheiten von Akteuren und Situationen Rechnung trägt.<sup>[18]</sup> Folglich sind mathematische Formelansätze für die Bestimmung von terroristischen Risiken unzureichend.

### Chancen und Grenzen von Simulation

Das zuvor Gesagte gilt auch für die zunehmenden Versu-



[4]



[5]



[6]

che, alle Lebens- und vor allem alle Risikobereiche durch Simulation beherrschbar zu machen. Simulation meint die künstliche Nachahmung realer politischer, ökonomischer oder sozialer Vorgänge mit Hilfe von Modellen, um das Zusammenwirken und den Wandel von innersystemischen Variablen und Strukturen sowie die Abhängigkeit des Systems von Veränderungen der Umwelt und umgekehrt abzuschätzen. Dabei können spezifische Probleme mittels Beschreibung in einem Modell analysiert und erprobt werden, die in der Realität nicht immer durchführbar sind. Simulation ist also ein Instrument zur Imitation des realen Systems, das für experimentelle Zwecke genutzt wird, um dessen Verhalten zu analysieren und Rückschlüsse von der Struktur auf das daraus resultierende Verhalten des Originals zu erhalten und umgekehrt.

### Simulation ist also ein Instrument zur Imitation des realen Systems ... und kann vom Prinzip her auch als Planspiel bezeichnet werden.

Der Begriff der Simulation umfasst sowohl das Prinzip wie die technische Durchführung und kann vom Prinzip her auch als Planspiel bezeichnet werden. Simulationen, die wiederum auf systemischem Denken beruhen, können als Werkzeug zur Vereinfachung von Komplexität verwendet werden, um die Einsicht in Prozesse, Strukturen und Entscheidungen komplexer Situationen zu verbessern.<sup>[19]</sup> Das mag für viele Bereiche, in denen es im Wesentlichen um technische Abläufe und Verfahren sowie um das Beherrschen sich hieraus ergebender Situationen geht, zielführend und damit auch richtig sein. Auch für den militärischen Bereich kann diese für eine Reihe von Fällen nützlich sein. Die Überlegung der Aufrechnung militärischer Chancen gegen politische Gefahren kann allerdings durch technische Planspiele unterstützt, aber nicht ersetzt werden. In modernen Armeen hat der Einzug der Simulationstechnik für die Zukunft zugenommen, die auch Elemente der mathematischen Theorie der strategischen Spiele beinhalten.<sup>[20]</sup>

#### Clausewitz versus Jomini

Für General Antoine-Henri Jomini, der als führender Kriegstheoretiker gilt und der das strategische Denken des 19. Jahrhunderts, auch in den USA, erheblich prägte, hatten mathematisch reglementierte Theorien und Konzepte Einfluss

auf moderne militärische Planungs- und Führungsprozesse genommen. Diese werden ihrerseits Grundlage von Simulationsmodellen. Die von Jomini vermittelte scharfsinnige, durchaus rationalistische Kriegstheorie, welche das «Kriegstheater» gleich einem «strategischen Schachbrett» einrichtete,<sup>[21]</sup> begriff somit das Operationsgebiet als Schachbrett und somit als Grundlage für die Simulation militärischer Handlungen. Für ihn war die Strategie durch nichtvariable wissenschaftliche Prinzipien festgelegt, bei denen das geometrische Element und Formen der Grundlinie der Strategie von Wichtigkeit sind.<sup>[22]</sup> Damit war Jomini einer derjenigen, welche die Wissenschaft im Militärwesen durchsetzten.<sup>[23]</sup>

[12] Sabine Schmidt, Die Diffusion komplexer Produkte und Systeme. Ein systemdynamischer Ansatz, Wiesbaden 2009, S. 123

[13] Urs Jäger, Beitrag einer «grundlagenkritischen Führungsethik» zur Führungsethikforschung, in: Zeitschrift für die Personalforschung, Heft 1, 2002, S. 62 ff.; 72

[14] Carl von Clausewitz, Vom Kriege, in: Werner Hahlweg (Hrsg.), Hinterlassenes Werk des Generals von Clausewitz, 16. Aufl., Bonn 1952, S. 71 ff.; 82

[15] vgl. Hermann Jung, Preparing for Asymmetry. By examining Joint Vision 2100, 2020, in: Josef Schröfl, Thomas Pankratz (Hrsg.), Asymmetrische Kriegführung – ein neues Phänomen der Internationalen Politik?, Baden-Baden 2004, S. 299 ff.; 320

[16] Christopher Daase, Terrorgruppen und Massenvernichtungswaffen, in: APuZ 48/2005, S. 31 ff.; 33 f.

[17] Bernard Anet, Nuklearterrorismus. Eine unmittelbare Bedrohung? in: Sicherheitspolitik, 2003, Heft 2, S. 12 ff.; 16

[18] Christopher Daase, Terrorgruppen und Massenvernichtungswaffen, in: APuZ 48/2005, S. 31 ff.; 33

[19] Harald Schaub, Simulation als Entscheidungshilfe: Systemisches Denken als Werkzeug zur Beherrschung von Komplexität, in: Stefan Strohschneider (Hrsg.), Entscheiden in kritischen Situationen, Frankfurt 2003, S. 55 ff.; 55

[20] Albert A. Stahel, Ausblick auf die Zukunft, in: Albert A. Stahel (Hrsg.), Konflikte und Kriege. Simulationstechnik und Spieltheorie, Zürich 1999, S. 187 ff. 187

[21] Gustav Däniker, General Antoine-Henri Jomini, in: Werner Hahlweg (Hrsg.), Klassiker der Kriegskunst, Darmstadt 1960, S. 267 ff.; 271; vgl. Albert A. Stahel, Klassiker der Strategie – eine Bewertung, 3. Aufl., Zürich 2003, S. 164 ff.; vgl. Albert A. Stahel, Strategisches Denken. Ziel – Mittel – Einsatz in Politik, Wirtschaft und Armee, Zürich 1997, S. 14; vgl. Antoine-Henri Jomini, Abriss der Kriegskunst, Dresden 1901, S. 127

[22] Hans-Justus Kreker, Antoine Baron de Jomini (1779-1869) – ein militärischer Klassiker, in: Dermot Bradley, Heinz-Ludger Borgert, Wolfram Zeller (Hrsg.), MARS. Jahrbuch für Wehrpolitik und Militärwesen, Jg. 5, Osnabrück 1999, S. 118 ff.; 188

[23] Andrej N. Merzalow, Ljudmila A. Merzalowa, Antoine-Henri Jomini – der Begründer der wissenschaftlichen Militärtheorie. Eine Bewertung aus russischer Sicht, Zürich 2004, S. 237

[4] Carl von Clausewitz

[5] Cockpit eines Helikopters

[6] Der Computer als Stütze der Simulation

Allerdings werden die Grenzen Jominis Denkens darin gesehen, dass er ohne Organ für die im Kriege wirkenden Seelenkräfte ein vorwiegend psychologisches Phänomen in ein System zu pressen versuchte, und dass im Streben nach objektiven Erkenntnissen den gleichfalls wirkenden Kräften der Seele sowie des Gemüts ein zu kleiner Raum zugewiesen wurde und das Wort «Zufall» oft für Erscheinungen steht, welche Jominis Vernunftdenken nicht zu erklären vermochten.<sup>[24]</sup> Dagegen steht der Ansatz Clausewitz', für den die Theorie Jominis ein allzu verbreiteter Hang zum Doktrinären und Normativen darstellt und bei dem nicht die Handlungsanleitung zur Kriegführung im Mittelpunkt der Betrachtung steht, sondern geistig / philosophische Urteilsschulung, die von der Botschaft getragen ist, den Krieg zu denken, nicht ihn zu berechnen.<sup>[25]</sup>

### Damit war Jomini einer derjenigen, welche die Wissenschaft im Militärwesen durchsetzten.

Dementsprechend bestritt Clausewitz (allerdings mit Blick auf einen anderen Autor) die Bedeutung geometrischer Festlegungen und die Absolutheit, hieraus verbindliche Ableitungen berechnen zu können: «Ein witziger Kopf versuchte eine ganze Menge von Umständen, zwischen denen auch sogar einige geistige Beziehungen unterliefen... in einem einzigen Begriff, den der Basis, zusammenzufassen und zuerst diesen Begriff allen jenen Einzelbeziehungen, dann aber wieder die Grösse (Ausdehnung) der Basis ihr selbst und zuletzt den Winkel, welchen die Streitkraft mit dieser Basis macht, mit der Grösse derselben zu substituieren; und dies alles bloss, um auf ein rein geometrisches Element zu kommen, welches ganz ohne Wert ist.»<sup>[26]</sup> Insofern lehnt Clausewitz jede unbedingte Regelmässigkeit ab: «Alle diese Theorieversuche sind nur in ihrem analytischen Wert als Fortschritte im Gebiet der Wissenschaft zu betrachten, in dem synthetischen Teil aber, in ihren Vorschriften und Regeln, ganz unbrauchbar. Sie streben nach bestimmten Grössen, während im Kriege alles unbestimmt ist und der Kalkül mit lauter veränderlichen Grössen gemacht werden muss.

### Somit offeriert Clausewitz Denkweisen zur Analyse komplexer politischer Zusammenhänge, welche Verstandes- und Gemütskräfte gleichermaßen berücksichtigen.

Sie richten die Betrachtung nur auf materielle Grössen, während der ganze kriegerische Akt von geistigen Kräften und Wirkungen durchzogen ist. Sie betrachten nur die einseitige Tätigkeit, während der Krieg eine beständige Wechselwirkung der gegenseitigen ist.»<sup>[27]</sup> Hier also könnte die Methode Clausewitz' hilfreich sein. Dieser bietet keine Verfahrensrezepte an, sondern er formuliert Grundaufgaben, entwickelt deren Schwierigkeiten und sucht erst dann nach einer Lösung, nachdem er sich mit kritischen Einwänden sorgfältig auseinandergesetzt hat. Somit offeriert Clausewitz Denkweisen zur Analyse komplexer politischer Zusammenhänge,

welche Verstandes- und Gemütskräfte gleichermaßen berücksichtigen.

#### Wargaming

Schematisierungen und Reglementierungen im Umgang mit hochgradig interdependenten Systemen sind gefährlich.<sup>[28]</sup> Die Gefahr liegt darin, dass die Komplexität nicht ausreichend berücksichtigt wird. Komplexität erhöht die Menge von Informationen, die berücksichtigt werden müssen und damit die Alternativen, aus denen Entscheidungen ausgewählt werden müssen. Folglich kann es hier rasch zu falschen Entscheidungen kommen. Dennoch findet Simulation von bestimmten Abläufen auch in moderneren militärischen Planungs- und Entscheidungsprozessen statt. Egal wie komplex die Realität ist, muss Komplexität reduziert werden, um Denk- und Handlungsoptionen tatsächlich nutzbar zu machen.<sup>[29]</sup> So wird beispielsweise angesichts der Komplexität multinational verbundener Operationen in Planungsprozessen auf der operativen Ebene als Mittel der Analyse «Wargaming» eingesetzt. Wargaming ist im militärischen Bereich ein häufig angewandtes Verfahren des Operations-Research (OR), bei der einzelne Möglichkeiten des Handelns bzw. der eigenen Operationsführung hinsichtlich Realisierbarkeit, Risiken und Chancen analysiert und bewertet werden.

### Egal wie komplex die Realität ist, muss Komplexität reduziert werden, um Denk- und Handlungsoptionen tatsächlich nutzbar zu machen.

Wargaming hat eine lange Geschichte, die auf das «Kriegsspiel»<sup>[30]</sup> des preussischen Militärs im Jahre 1811 zurückgeht. Es wurde durch die positiven Erfahrungen der USA, die das «Kriegsspiel» im Grundsatz nach den deutschen Vorstellungen handhaben, während des Ersten Golfkrieges zum integralen Planungsprozess der NATO. Es ist nach heutigem Verständnis ein Analyseverfahren, welches der Untersuchung der eigenen Handlungsmöglichkeiten dient. Wargaming ist hierbei ein flexibles Instrument zur Entwicklung, zum Vergleich und zur Optimierung von Möglichkeiten des Handelns (Causes of Action, COA), welches in einem strukturierten Prozess die eigenen Möglichkeiten des Handelns denen der gegnerischen Kräfte (Opposing Forces, OPFOR) gegenüberstellt. Der Faktor Mensch und seine Entscheidungsfindung in der Operationsführung soll durch die Gegenüberstellung der eigenen Möglichkeiten und der Möglichkeiten des Gegners sichtbar gemacht werden.<sup>[31]</sup> Hier wird der Clausewitzschen Erkenntnis Rechnung getragen, dass der Krieg «...eine erweiterter Zweikampf...»<sup>[32]</sup> und damit ein Aufeinanderprallen zweier Willen ist. Als Träger dieses Willens kennzeichnet Clausewitz einen «...[Geist]...eigentümlicher Anlagen des Verstandes und des Gemüts...[der]... mit dem Namen des Genius bezeichnet...[wird].»<sup>[33]</sup> Dementsprechend anerkennt der Leitfaden der Führungsakademie der Bundeswehr den hochauflösenden militärischen Simulationsmodellen für den «symmetrischen Konflikt». Dies, indem quantifizierbare militärische Kräftekomponenten aufeinandertreffen und insofern verhältnismässig exakt rechnergestützt den Faktoren Raum und Zeit zugeordnet werden können. Der Leitfaden räumt

ferner gleichzeitig ein, dass dies naturgemäss nur sehr bedingt im unteren Teil des Konfliktspektrums und noch weniger in asymmetrischen Konflikten möglich ist. Symmetrische Gegner unterliegen in der Regel bestimmten Gliederungen und Einsatzgrundsätzen, denen sie folgen. Dennoch wird durch Wargaming nicht das persönliche Entscheidungsvermögen des militärischen Führers ersetzt.<sup>[34]</sup> Es können nur Trends und Tendenzen aufgezeigt werden, welche die Entscheidungsfindung unterstützen. Somit hat der «Genius» nach wie vor seine hohe entscheidende Bedeutung und entspricht ebenso der clausewitzschen Anschauung: «Alles was solcher dürftigen Weisheit einer einzigen Betrachtung nicht erreicht werden konnte, lag ausser der wissenschaftlichen Einhegung, war das Feld des Genies, welches sich über die Regel erhebt.»<sup>[35]</sup>

### Die Anwendbarkeit von Simulation auf Irreguläre Kräfte

Für die Simulation des Irregulären erscheint die Anwendbarkeit von Simulation als fraglich. Simulation setzt zunächst Modellbildung bzw. Modellation voraus. Modelle sind vereinfachende Übersetzungen der sozialen Realität in symbolische Systeme. Dabei ist es das Ziel dieser Konstruktionen, das Zusammenwirken der in das Modell einflussenden Variablen, ihren Wandel und ihre Abhängigkeit von Umweltveränderungen zu beschreiben, zu erklären und zu prognostizieren. Modelle sollten ein so vollständiges und realitätsnahes Abbild der Wirklichkeit wie möglich geben. Dabei stellen Modelle indes selbst zentrale Eigenschaften des Realitätsausschnitts in den Vordergrund und abstrahieren Details. Es ist anerkannt,

## Modelle sollten ein so vollständiges und realitätsnahes Abbild der Wirklichkeit wie möglich geben.

dass Simulationen nur als approximative und selektive Modellbildung Sinn machen, da die Mathematik und ihre Werkzeuge das turbulente Verhalten vieler komplexer Systeme nicht vollständig erfassen und modellieren können. Jedes Modell kann Realität nur (nach-) konstruieren und immer nur weniger Variablen benutzen, als in der Realität vorfindbar sind. Insofern ist jedes in der Simulation verwendete Modell im Verhältnis zur Realität immer nur ein vereinfachtes Abbild, eine bewusst vereinfachte Nachbildung grundlegender Merkmale eines Sachverhalts oder Vorgangs. So konstatieren die Befürworter von Simulationen auch, dass nicht jedes Detail von Interesse sei, sondern eher die Entwicklungsstrukturen. Es komme daher auch nicht auf präzise sondern konsistente Ergebnisse an.<sup>[36]</sup> Mithin basieren Simulationen auf nachgebildeten Realitätsausschnitten, welche ihrerseits auf einem mathematischen Modell beruhen. Gerade in dieser begrenzten und vereinfachten Repräsentation der Wirklichkeit liegt die Gefahr, dass sich dahinter eine entscheidende Fehlerquelle verbirgt: Jedes Modell kann nur Aufschluss und in dem Masse Informationen darüber geben, wie seine Annahmen vorher gewählt wurden.

Die Vorstellung, dass alles messbar und berechenbar sein müsse, verleitet allerdings zu einer Pseudo-Rationalität im Sinne einer Rationalitätsillusion, welche vielleicht für Maschinen, aber nicht für lebende Systeme und Organisationen geeignet ist. Mithin haben Simulationsmodelle immer nur eine

spezifische Bestimmung, da eine zu grosse Komplexität der Modelle das grundsätzliche Risiko beinhaltet, dass die Ergebnisse einer Simulation zufällig sind. Nun ist es allerdings das entscheidende Wesensmerkmal des Irregulären, also bestimmendes Kennzeichen seiner Identität und seiner Definition, dass es sich nicht bestimmten Regeln unterwirft. Das betrifft Wesen und Erscheinung wie auch sein Verhalten. Damit sind insbesondere die Sicherheitsaspekte betroffen, die als intentionale Gefahren bezeichnet werden, also alle Gefahren, die von Menschen oder Menschengruppen mit (krimineller) Absicht ausgehen.<sup>[37]</sup> Zu der kriminellen Absicht kommt auch noch die kriminelle Phantasie, welche unerschöpflich sein kann. Mithin verlieren auch Analyseverfahren an Bedeutung, die von strukturell und taktisch ähnlich denkenden und handelnden Akteuren ausgehen.<sup>[38]</sup> Die Berechnung der Modelle beruht oftmals auf Parametern, die ihrerseits als Annahmen ermittelt werden.<sup>[39]</sup> Auch Daase hält die rein technische Codierung des Gegners für kontraproduktiv, da diese ein komplexes soziales Umfeld auf zu einfache militärische Variablen reduziere.<sup>[40]</sup> Zudem vermag der logische und rationale Charakter elektronisch simulierter Planspiele kaum

[24] Gustav Däniker, General Antoine-Henri Jomini, in: Werner Hahlweg (Hrsg.), *Klassiker der Kriegskunst*, Darmstadt 1960, S. 267 ff.; 270

[25] Johann Schmid, *Der Präventivangriff. Gedanken zur Dialektik von Clausewitz, untersucht am Beispiel des Sechstagekrieges 1967*, in: ÖMZ 2006, S. 607 ff.; 607

[26] Carl von Clausewitz, *Vom Kriege*, in: Werner Hahlweg (Hrsg.), *Hinterlassenes Werk des Generals von Clausewitz*, 16. Aufl., Bonn 1952, S. 71 ff.; 180

[27] Ebenda, S. 181

[28] Dietrich Dörner, *Die Logik des Misslingens, Strategisches Denken in komplexen Situationen*, 5. Aufl., Reinbek bei Hamburg 2006, S. 144

[29] Harald Schaub, *Simulation als Entscheidungshilfe: Systemisches Denken als Werkzeug zur Beherrschung von Komplexität*, in: Stefan Strohschneider (Hrsg.), *Entscheiden in kritischen Situationen*, Frankfurt 2003, S. 55 ff.; 55

[30] Zur Entwicklung und Methode des preussischen «Kriegsspiels» vgl. Ulrich Blennemann, *Historische Simulationsspiele*, in: Dermot Bradley, Heinz-Ludger Borgert, Wolfram Zeller (Hrsg.), *MARS. Jahrbuch für Wehrpolitik und Militärwesen*, Jg. 6, Osnabrück 2000, S. 523 ff.; 528 f.

[31] *Führungsakademie der Bundeswehr, Fachbereich Führung Einsatz der Streitkräfte, Wargaming-Leitfaden für die Anwendung von manuellem Wargaming auf operativer Ebene*, Hamburg 2006, S. 3

[32] Carl von Clausewitz, *Vom Kriege*, in: Werner Hahlweg (Hrsg.), *Hinterlassenes Werk des Generals von Clausewitz*, 16. Aufl., Bonn 1952, S. 71 ff.; 89

[33] Ebenda, S. 129

[34] Helge Hansen, *Vorwort*, in: *Führungsakademie der Bundeswehr, Fachbereich Führung Einsatz der Streitkräfte, Wargaming-Leitfaden für die Anwendung von manuellem Wargaming auf operativer Ebene*, Hamburg 2006, vor S. 2

[35] Carl von Clausewitz, *Vom Kriege*, in: Werner Hahlweg (Hrsg.), *Hinterlassenes Werk des Generals von Clausewitz*, 16. Aufl., Bonn 1952, S. 181

[36] vgl. Ralf Borchert, Ulrich Weihe, *Simulationsstudie*, in: Dieter Nohlen (Hrsg.), *Lexikon der Politik*, Bd. 2, Politikwissenschaftliche Methoden, München 1994, S. 417 f.; 417

[37] Maximilian Edelbacher, Paul Reither, Werner Preining, *Sicherheitsmanagement. Grundlagen. Kosten/Nutzen im Unternehmen. Technische Massnahmen*, Wien 2000, S. 68

[38] Katherina von Knop, Heinrich Neisser, Martin van Creveld, *Vorwort der Herausgeber*, in: Katherina von Knop, Heinrich Neisser, Martin van Creveld (Hrsg.), *Countering Modern Terrorism – History, Current Issues and Future Threats*, Bielefeld 2005, S. 9 ff.; 10

[39] Daniel Blatter, Martin Blatter, Christian Grütter, Daniel Hümbeli, Andreas Klötzli, Stefan Koller, *Übungen mit Simulink*, in: Albert A. Stahel, Benno Weber (Hrsg.), *Simulation von Konflikten und Kriegen. Anwendung mit Simulink*, Zürich 2002, S. 67 ff.; 74

[40] Christopher Daase, *Den Krieg gewonnen, den Frieden verloren – Revolution und Konterrevolution in Military Affairs*, in: Jan Helmig, Niklas Schönrigg (Hrsg.), *Die Transformation der Streitkräfte im 21. Jahrhundert. Militärische und politische Dimensionen der aktuellen «Revolution in Military Affairs»*, Frankfurt am Main 2008, S. 249 ff.; 258

der programmierbaren Spontanität von Entscheidungen gerecht zu werden. Insgesamt ergibt sich hier ein erhebliches Validitätsproblem: Es werden keine validen Modelle vernetzter, dynamischer Realitätsbereiche abgebildet; Oberflächenvalidität sowie soziale Akzeptanz ersetzen allerdings nicht das substanzielle Gültigkeitsdefizit. Clausewitz hatte bereits festgestellt, dass «...die kriegerische Tätigkeit nie gegen die blosser Materie gerichtet [ist], sondern immer zugleich gegen die geistige Kraft, welche diese Materie belebt, und beide voneinander zu trennen ist unmöglich.»<sup>[41]</sup> Und etwas später konkretisiert Clausewitz diese Aussage noch mal: «[D]er Krieg [ist] keine Tätigkeit des Willens, die sich gegen einen toten Stoff äussert wie die mechanischen Künste, oder gegen einen lebendigen aber doch leidenden, sich hingebenden Gegenstand, wie der menschliche Geist und das menschliche

### Zudem vermag der logische und rationale Charakter elektronisch simulierter Planspiele kaum der programmierbaren Spontanität von Entscheidungen gerecht zu werden.

Gefühl bei den idealen Künsten, sondern gegen einen lebendigen, reagierenden.»<sup>[42]</sup> Mithin ist für Clausewitz auch das Gegenüber eine lebendige Grösse, welche ebenfalls von äusseren Einflüssen abhängig ist und entsprechend dynamisch agiert und reagiert. Diese Einflussgrössen sind auch nicht immer klar zu erkennen und erschliessen sich selbst dann nicht immer unbedingt vollständig in ihrer wahren Bedeutung.

#### Lösungsansatz

Die Quantifizierung des Irrationalen gelingt nicht. Menschliche Stimmungen lassen sich nicht auf einen Nenner bringen. Folglich sind die auf rein mathematischen Grundlagen beruhende umfassende Modellation wie auch die entsprechend abgeleitete Simulation des Irregulären wegen der virtuellen, nicht qualifizierbaren Einflussgrössen unmöglich. Hier können Simulationen allenfalls kalkulierte Entscheidungshilfen mit beschränkter Aussagekraft darstellen. Die als Risiko empfundenen Potenziale, die von Menschen geschaffen werden, können unerwartet, ziellos oder ohne konkreten Anlass ausbrechen und dennoch vorher gefestigte Strukturen nachhaltig zerstören. Das Zerstörungspotenzial eines Akteurs setzt sich grundsätzlich zusammen aus der Bereitschaft und seinen operativen Fähigkeiten.<sup>[43]</sup> Dementsprechend kann man bezogen auf einen Akteur Risiko als die Verfügbarkeit von Mitteln oder Absicht definieren.

### Dementsprechend kann man bezogen auf einen Akteur Risiko als die Verfügbarkeit von Mitteln oder Absicht definieren.

Eine Bedrohung dagegen besteht dann, wenn beides, also die Mittel und die Absicht, auf Seiten des Akteurs vorhanden sind. Insofern kommt es bei der Erstellung von Risikoanalysen im Wesentlichen auf das Wissen um diese Faktoren an. Dabei resultieren die transnationalen Bedrohungen staatli-

cher Sicherheit heute erstens aus der Nutzung der Transnationalisierungs- und Globalisierungsprozesse durch private Gewaltakteure für die Planung und Durchführung von Gewalt, zweitens aus der technischen Entwicklung, die Gewaltmittel sowie das Wissen um ihre Herstellung, Lagerung und Anwendung privaten Akteuren zugänglich macht, drittens aus den wachsenden Fähigkeiten von Unternehmen, sicherheitsrelevante und militärische Dienstleistungen zu erbringen, sowie viertens aus der staatlichen Sicherheitspolitik selbst, die private Akteure für ihre Zwecke einsetzt.<sup>[44]</sup> Entscheidend ist es also, frühestmöglich eine Wahrnehmung darüber zu haben, ob ein Akteur über derartige Fähigkeiten verfügt und wann er in der Lage ist sowie die Bereitschaft dazu besitzt, sie in schädigender Weise einzusetzen. Mittel zur Erkenntnisgewinnung ist die möglichst weit im Vorfeld ansetzende Aufklärung. Die Aufklärung muss darauf gerichtet sein, auf bestimmte Bedrohungen und Verwundbarkeiten ausgerichtete Indikatoren zu erkennen und mit den Fähigkeiten und Mitteln potentieller Akteure abzugleichen. Die Risikoanalyse besteht also insgesamt aus einer umfassenden Informations- und Wissenssammlung, der Auswertung relevanter Feststellungen und der Analyse der Zielsetzungen und Optionen der Akteure. Diese Erkenntnis muss unmittelbar in Sicherheits- und Schutzkonzeptionen einfließen. Informationen sind somit zentrales Element des Risikomanagements und damit des gesamten

### Diese Friktionen können nach Clausewitz nur durch einen eisernen Willen überwunden werden.

Sicherheitsmanagements. Insgesamt betrachtet ist Sicherheitsmanagement auch ein dynamischer Prozess, der einer ständigen, flexiblen Anpassung bedarf. Mithin muss immer noch mit unberechenbaren, unvorhersehbaren Ereignissen gerechnet werden und man muss sich darauf einstellen, hierauf zu reagieren. Diese Friktionen können nach Clausewitz nur durch einen eisernen Willen überwunden werden. Dazu bedarf es Führung. Das Wesen von Führung ist, dass es Entscheidungen bedarf, welche die Ungewissheit und das Ungefährliche beinhalten; oftmals in die Gefahr hinein. Helmut Schmidt betont, dass es sowohl für Politiker als auch für Soldaten als Führungsverantwortliche häufig die Notwendigkeit gibt, zu entscheiden, ohne dass sie eigentlich überzeugt sein können, alle notwendigen Entscheidungsumstände, -ursachen und -faktoren ausreichend erkannt zu haben.<sup>[45]</sup> Erst die Abwägung aller relevanter Gesichtspunkte ergibt eine verantwortungsvolle Politik; der Versuch, menschliche Stimmungen auf einen mathematischen Nenner zu bringen, verführt dazu, die Verantwortung auf einen Apparat abzuschieben.

#### Zusammenfassung

Die Möglichkeit, das Verhalten Irregulärer Kräfte mit Hilfe mathematischer Risikoanalysen und entsprechender Simulationen exakt vorherzusagen zu können, muss also mit Blick auf die vorstehend gemachten Ausführungen in Frage gestellt werden. Mathematische Risikoanalyseansätze und das Vertrauen auf die unbedingte Möglichkeit von Simulationen sowie deren Verlässlichkeiten können zur Annahme verleiten anzunehmen, man könnte bestimmte und auch unbestimmte menschliche Erscheinungen in ihrem Verhalten umfassend

und exakt zutreffend berechnen und damit genau vorhersagen. Damit ist oftmals auch eine entsprechende Erwartungshaltung verbunden, welche auf eine Ausschaltung jeglichen Risikos zielt bzw. darauf gerichtet ist, dass sich keine Risiken verwirklichen lassen, da man ja in der Lage sei, diese zu berechnen, vorauszusehen und demzufolge frühzeitig auszu-schalten. Beide Perspektiven bilden einen Trugschluss, wenn man den Faktor Mensch negiert oder auf eine mathematisch berechenbare Grösse reduziert. Nur der Technokrat glaubt, dass er rein mathematische Bilanzen aufstellen kann. Ein solcher Trugschluss ist gefährlich, weil er eine unbedingte und absolute Beherrschbarkeit aller Risiken sowie obendrein sich daraus ergebender Gefahrenlagen und somit eine Sicherheit vorgaukelt, die nur eine scheinbare ist. Es muss also verstanden werden, dass mathematische Risikoanalysen und entsprechende Simulationen nur gewisse Tendenzen aufzeigen und verdeutlichen, denen bestimmte, zuvor festgelegte Parameter zugrunde liegen.

### Nur der Technokrat glaubt, dass er rein mathematische Bilanzen aufstellen kann.

Eine Exaktheit kann somit nur bei technischen Prozessen und mechanischen Abläufen angenommen werden. Dort, wo der Mensch Gegenstand der Untersuchung ist – insbesondere dort, wo es sich um Irreguläre Kräfte handelt – kann eine solche Exaktheit nicht ermittelt werden. Bei diesen kommt es vor allem darauf an, Motive, Interessen und Verhaltensweisen zu ermitteln. Damit lassen sich allenfalls mit Simulationen Irregulärer begrenzte Trends aufweisen, welche Entscheidungen unterstützen können. Ersetzen können Simulationen diese nicht. Gleichzeitig dient die Anerkennung mathematischer Risikoanalyseansätze der Exkulpation der (politisch) Führungsverantwortlichen, welche das vermeintlich Unvorhersehbare und damit Unvermeidbare nicht haben abwenden können und nun meinen, sie könnten sich hinter dem Formelwerk verstecken. Sich auf ein logisches Formelwerk verlassen zu wollen, entbindet zugleich von der Notwendigkeit der Entscheidung und der Übernahme von Verantwortung. Das Abstellen auf persönliche Fähigkeiten, wie Entschlusskraft und Entschlussfreudigkeit, Durchsetzungsvermögen und -willen sowie Urteilsvermögen hebt dagegen die persönliche Verantwortung und Verantwortlichkeit von Entscheidungsträgern hervor. Es kommt nämlich darauf an, dass «...ein feiner durchdringender Verstand in Anspruch genommen wird, um mit dem Takte seines Urteils die Wahrheit herauszufühlen.»<sup>[46]</sup> Die Verwirklichung eines Risikos – trotz entsprechender Risikoanalysen – führt bei unkritischem und blindem Vertrauen in derartige Risikoanalyseansätze zum Schock über die Wirklichkeit und letztendlich zum Vertrauensverlust in die für die Risikoabwehr Verantwortlichen. Hier-von sind ebenso wieder unmittelbar die Politik und die politische Führung betroffen. Gewissenhaft wahrgenommene Führungsverantwortung stellt sich der Realität, anerkennt die Unzulänglichkeiten und räumt diese auch ein. Gleichzeitig stellt sich Führung aber darauf ein zu handeln, wenn es darauf ankommt.

[41] Carl von Clausewitz, Vom Kriege, in: Werner Hahlweg (Hrsg.), Hinterlassenes Werk des Generals von Clausewitz, 16. Aufl., Bonn 1952, S. 71 ff.; 182

[42] Ebenda, S. 201

[43] Ulrich Schneckener, Transnationaler Terrorismus. Charakter und Hintergründe des «neuen» Terrorismus, Frankfurt am Main, 2006, S. 101

[44] Thomas Jäger, Ordnung, Bedrohung, Identität: Grundlagen aussenpolitischer Strategien, in: Thomas Jäger, Alexander Höse, Kai Oppermann (Hrsg.), Die Sicherheitsstrategien Europas und der USA. Transatlantische Entwürfe für eine Weltordnungspolitik, Baden-Baden 2005, S. 9 ff.; 17

[45] Helmut Schmidt, Die Notwendigkeit, zu entscheiden reicht weiter als die Möglichkeit, zu erkennen. Interview mit Frank Schirrmacher, in: Hertie-Stiftung (Hrsg.), Für Roman Herzog, Vernunft und Politik im 21. Jahrhundert, Hamburg 2009, S. 15 ff.; 17

[46] Carl von Clausewitz, Vom Kriege, in: Werner Hahlweg (Hrsg.), Hinterlassenes Werk des Generals von Clausewitz, 16. Aufl., Bonn 1952, S. 71 ff.; 131

# Zur Planung realer Angriffs- und Verteidigungsoperationen im Warschauer Pakt

Dargestellt am Beispiel der operativen Planung der 5. Armee der Nationalen Volksarmee der DDR im Kalten Krieg (1983 bis 1986)

Nachfolgend werden zwei operative Planungen<sup>[1]</sup> einer Armee im Rahmen der 1. Front der Vereinten Streitkräfte der Warschauer Vertragsorganisation (WVO) auf dem Westlichen Kriegsschauplatz<sup>[2]</sup> in der letzten Dekade des Ost-West-Konflikts analysiert. Dabei werden Aspekte der Einsatzplanungen<sup>[3]</sup> einer der der 1. Front unterstellten NVA-Armeen, nämlich der 5. Armee (Militärbezirk V, Neubrandenburg) beschrieben. Beide Planungen markieren nur einen Teilbereich der operativen Planung der knapp vierzigjährigen Militärgeschichte der NVA – gleichwohl ist dieser Abschnitt aufgrund der essentiellen Veränderungen im operativ-strategischen Denken der WVO aufschlussreich und bemerkenswert.

## Siegfried Lautsch

Diplom-Militärwissenschaftler. Bis 1988 Oberst der NVA. Absolvent der Frunse Militärakademie in Moskau, zuletzt Unterabteilungsleiter im MfNV der DDR, Berlin-Strausberg. Ab 1990 Offizier der Bundeswehr (zuletzt Oberstlt). Heute Mitarbeiter am Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA) der Bundeswehr, Zeppelinstr. 127/128, D-14411 Potsdam, Deutschland.  
E-Mail: [siegfried.lautsch@bundeswehr.org](mailto:siegfried.lautsch@bundeswehr.org)

### **Optionen zum Einsatz der 5. Armee im Krieg**

Die nachfolgenden Schilderungen stützen sich weitgehend auf die Erfahrungen und Erkenntnisse des Autors, der als Leiter der Operativen Abteilung im Militärbezirk V (MB V) von 1983 bis 1986 persönlich an der Ausarbeitung der streng geheimen Einsatzoptionen<sup>[4]</sup> beteiligt war.

Die operativen Planungen der NVA basierten auf dem sowjetischen Kriegsbild und waren ein Resultat des operativ-strategischen Denkens der militärischen Führungselite in Moskau. Sie stellten Einsatzoptionen der Streitkräfte im Krieg dar, die je nach politisch-militärischer Lageentwicklung zur Anwendung kommen konnten. Die Optionen beruhten auf militärtheoretischen Überlegungen und waren zugleich Ergebnis der

Auseinandersetzung mit den möglichen Absichten des Gegners. Entscheidend für alle Planungen waren die Vorgaben des sowjetischen Generalstabes.

Die strategische Gruppierung der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Paktes auf dem Westlichen (zentraleuropäischen) Kriegsschauplatz bestand aus mehreren sogenannten Fronten. Die Front war die höchste Gliederungsform der sozialistischen Koalitionsstreitkräfte und kann nach westlicher Begriffsbestimmung mit einer Armee- bzw. Heeresgruppe verglichen werden<sup>[5]</sup>. Eine Front gliederte sich in mehrere Armeen. Eine Armee war eine

### **Entscheidend für alle Planungen waren die Vorgaben des sowjetischen Generalstabes.**

operative Vereinigung, die sich wiederum aus Verbänden (Divisionen, Brigaden) und selbstständigen Truppenteilen verschiedener Waffengattungen und Spezialtruppen zusam-



[1]

mensetzte und zur Erfüllung operativer Aufgaben bestimmt war<sup>[6]</sup>. In Mitteleuropa plante der sowjetische Generalstab den Einsatz mehrerer Fronten. Im Kriegsfall wurde eine dieser Fronten aus der «Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland» (GSSD) und aus der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR gebildet. Sie erhielt die Bezeichnung «1. Front», oder auch «Westfront».<sup>[7]</sup>

Die GSSD bestand auf dem Territorium der DDR aus insgesamt fünf Armeen der Landstreitkräfte mit neunzehn Divisionen. Ausserdem aus einer Artillerieschwadron und einer Luftarmee mit fünf Divisionen. Der Frontstab wäre ein sowjetischer Stab gewesen, gebildet aus dem Oberkommando der GSSD.

Die Landstreitkräfte der NVA, die der 1. Front zugeteilt waren, bildeten im Ernstfall auf der Grundlage der MB III (Leipzig) und V (Neubrandenburg) zwei Armeen mit insgesamt 11 Divisionen. Die bisherigen Führungsorgane der MB hätten sich jeweils in einen Armeestab und ein Kommando des territorialen MB geteilt. Die Feldarmee mit der Bezeichnung «5. Armee» wäre führungsmässig dem Oberbefehlshaber der aus der GSSD zu bildenden 1. Front unterstellt worden.

Für den Kriegsfall war vorgesehen, die 5. Armee in einem rund 200 km breiten Abschnitt von Wittenberge in nördliche Richtung bis zur Ostseeküste zum Einsatz zu bringen. Im Zusammenwirken mit der 3. Flotte (Volksmarine der DDR) hätte sie zudem die gesamte DDR-Küste einschliesslich der Insel Rügen mit einer Ausdehnung von ca. 360 km zu verteidigen gehabt. Unterstützung sollte sie von der 3. Luftverteidigungsdivision der NVA, den Grenztruppen der DDR, anderen Teilen der Landstreitkräfte und der 16. Luftarmee der GSSD erhalten. Geplant waren in diesem Zusammenhang auch Unterstellungen von sowjetischen Truppen.

Zum Kampfbestand der 5. Armee gehörten die 8., 19. und 20. Mot.-Schützendivision sowie die 9. Panzerdivision der NVA. Die 19. und 20. Mot.-Schützendivision der NVA besaßen in der Friedensstruktur den Status eines «Ausbildungszentrums». Sie wären im Rahmen der Mobilmachung innerhalb von 48 Stunden zu Kampfverbänden aufgewachsen. Unterstellt wurden der 5. Armee in den Planungen der 1980er Jahre die sowjetische 94. Garde-Mot.-Schützen-



[2]

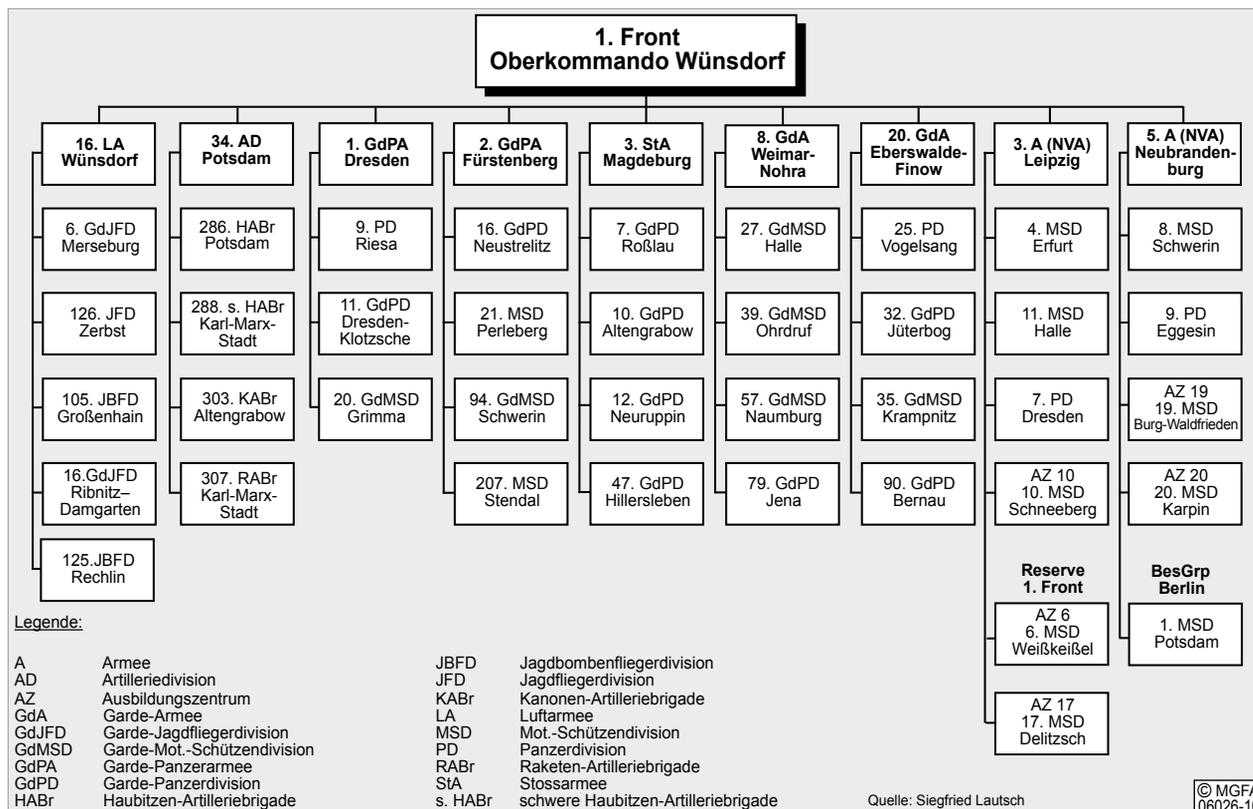
division der 2. Garde-Panzerarmee sowie die sowjetischen selbstständigen 138. und 221. Panzerregimenter.

## Sie wären im Rahmen der Mobilmachung innerhalb von 48 Stunden zu Kampfverbänden aufgewachsen.

Als direkten militärischen Gegner hatten die Aufklärungsorgane der GSSD und der NVA Teile der NATO-Armeegruppe Nord (Northern Army Group – NORTHAG) und des Kommandos Ostseeausgänge (Allied Forces Baltic Approaches – BALTAP) mit dem gemischten westdeutsch-dänischen Jütländischen Armeekorps (Jütl. AK) und dem niederländischen I. Armeekorps [I. AK (NL)] identifiziert. Zu dieser Gruppierung gehörten sieben Divisionen und zwei Infanteriebriga-

- [1] Operative Planung, als Synonyme verwandte Begriffe: Einsatzplanung und Einsatzoptionen.
- [2] Eingegrenztes Territorium mit anliegenden Randmeeren sowie darüber befindlichem Luft- und kosmischen Raum auf dem oder in dem strategische Gruppierungen der Streitkräfte konzentriert und entfaltet werden. Sie entwickeln Kampfhandlungen zur Verwirklichung bedeutender militärpolitischer und strategischer Ziele des Krieges unter Einsatz moderner Kampfmittel. Der Kriegsschauplatz gliederte sich in strategische Räume und strategische Richtungen.
- [3] Zu den operativen Planungen der NVA im Militärbezirk V, die im Rahmen der 1. Front von 1980 bis 1989 durchgeführt wurden, ist im Jahr 2012 ein Buch «Die operativen Planungen der NVA im Militärbezirk V von 1980 bis 1989» (AT) im Auftrag des MGFA durch den Autor in Zusammenarbeit mit Gerhard P. Gross geplant.
- [4] Die angeführten Entschlüsse etc. sind der originalen Befehlsgebung des damaligen Befehlshabers der 5. Armee, Generalleutnant Manfred Gehmert, nachempfunden. Die Originalunterlagen dazu sind vernichtet bzw. befinden sich in Moskau.
- [5] Sowjetische Militärenzyklopädie, Auswahl, H. 23, Berlin (Ost) 1983, S. 91-93.
- [6] Ebd., H. 2, Berlin (Ost) 1978, S. 59-62.
- [7] Siehe dazu u.a. Hans-Werner Deim, Der Kalte Krieg, die Nationale Volksarmee und ihre Führung. In: Hans-Werner Deim [u.a.], Die militärische Sicherheit der DDR im Kalten Krieg. Inhalte, Strukturen, Verbunkerte Führungsstellen und Anlagen, Hönow 2008, S. 9-68, hier S. 64-68; Harald Nielsen, Die DDR und die Kernwaffen. Die nukleare Rolle der Nationalen Volksarmee im Warschauer Pakt, Baden-Baden 1998, S. 25-47.

- [1] Westlicher Kriegsschauplatz
- [2] Strategische Staffel der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Paktes auf dem Westlichen Kriegsschauplatz



[3]

den, u.a. die 6. Panzergrenadierdivision in Neumünster<sup>[8]</sup>, das Raketenartilleriebataillon 650 in Flensburg, die Heimatschutzbrigade 51 in Eutin, die aus Heimatschutzregimentern in Schleswig-Holstein aufwachsende 41. und 61. Infanteriedivision<sup>[9]</sup>, die dänische Jütländische Division sowie drei niederländische Panzerinfanteriedivisionen<sup>[10]</sup>, die selbständige 101. Infanteriebrigade und das Raketenartilleriebataillon 129. Darüber hinaus wurde vermutet, dass bis zu zwei amerikanische und eine britische Infanteriedivision im Streifen der Armee zum Einsatz kommen könnten. Die operativen Planungen der Bündnisstreitkräfte des Warschauer Vertrages gingen stets von einem Kriegsbeginn durch die NATO aus. Vor diesem Hintergrund sollten die Truppen des Warschauer Paktes in der Einsatzplanung von 1983 bereit sein, die Schläge des Gegners abzuwehren, vernichtende Gegenschläge zu führen und mit den nachfolgenden Handlungen den Gegner auf seinem eigenen Territorium zu zerschlagen. Auch die offensive und defensive operative Planung der 1. Front basierte bis in die 1980er Jahre hinein auf dieser strategischen Idee des Generalstabes der UdSSR und entsprach damit der zu diesem Zeitpunkt gültigen sowjetischen Militärdoktrin.

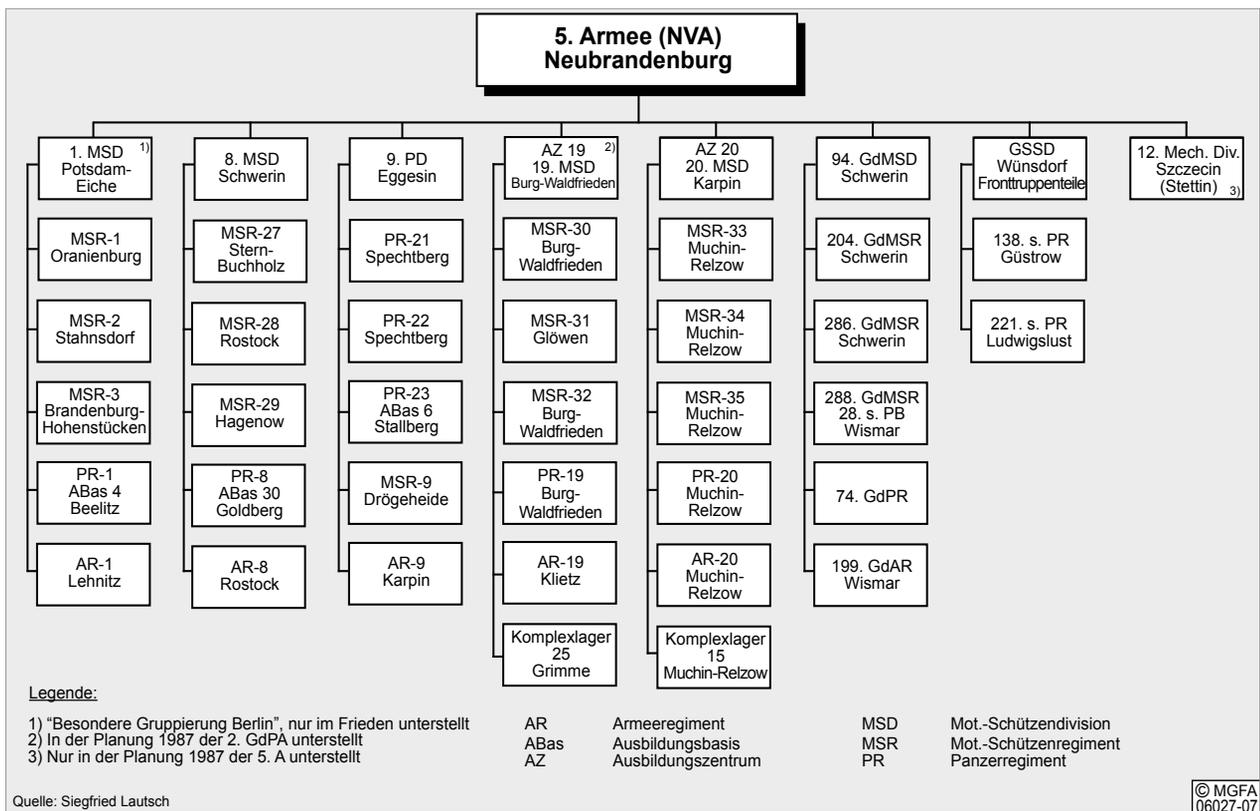
### Die operativen Planungen der Bündnisstreitkräfte des Warschauer Vertrages gingen stets von einem Kriegsbeginn durch die NATO aus.

Zweck der operativen Planung in den Stäben des Warschauer Paktes war die frühzeitige Festlegung wirkungsvoller Einsatzmöglichkeiten der Verbände und Truppenteile sowie begründeter mathematischer Berechnungen von Handlungs-

optionen, mit denen streitkräfteübergreifend politische und militärstrategische Vorgaben in operative Ziele prioritär umgesetzt werden sollten. Es war quasi eine gedankliche Vorwegnahme möglicher Handlungen des Gegners sowie von Reaktion auf denkbar eintretende militärische Situationen.

Die Vorgaben dazu kamen vom Oberkommando der 1. Front. Sie waren grundsätzlicher Art und bildeten eine Orientierung für die weiterführende Detailplanung in den Armeen der Verbündeten. Zu den Vorgaben gehörten u.a. Angaben über den wahrscheinlichen Gegner, die Aufgabe der Armee, die Festlegung des Verteidigungs- und Angriffstreifens (Trennungslinien), die Führung von Schlägen der Raketenruppen und Artillerie sowie der Fliegerkräfte und der Umfang des Pionierausbaus des Geländes. Wie, mit welchen Kräften und Mitteln die definierten Ziele der Operationen zu erreichen waren, oblag jedoch letztlich allein dem Entschluss des Befehlshabers der Armee. Somit war die operative Planung der NVA-Armeen auf dem Territorium der DDR Teil der verbindlichen Gesamtplanung des Generalstabes der UdSSR.

Als Teil des Gesamtplanes erfolgte die grundsätzliche Einsatzplanung für die beiden NVA-Armeen bis 1985 unter besonderer Geheimhaltung zunächst im sowjetischen Oberkommando der 1. Front, d.h. im Stab der GSSD in Wünsdorf (Zossen); die sich anschließende Detailplanung im Ministerium für Nationale Verteidigung MfNV der DDR in Strausberg (Berlin).<sup>[11]</sup> Von den beiden Militärbezirken der NVA, die beim Übergang in den Kriegszustand zu zwei Armeen aufgewachsen wären, waren beteiligt: der Befehlshaber der 3. Armee in Leipzig, sein Stellvertreter und Chef des Stabes sowie dessen Stellvertreter für operative Arbeit; der Befehlshaber der 5. Armee in Neubrandenburg, sein Stellvertreter und Chef des



[4]

Stabes und der Leiter der Abteilung Operativ im Kommando MB V. Sie wurden nacheinander in einer sehr ausführlichen Besprechung durch den Stellvertreter des Chefs des Hauptstabes für operative Fragen und Chef der Verwaltung Operativ im MfNV sowie durch den Stellvertreter des Chefs der Verwaltung Operativ des Oberkommandos der 1. Front in die wesentlichen Aufgaben der operativen Planung eingewiesen. Mit den Offizieren der Militärbezirke wurden die Planung der Operationen und das Zusammenwirken detailliert erörtert.

### Somit war die operative Planung der NVA-Armeen auf dem Territorium der DDR Teil der verbindlichen Gesamtplanung des Generalstabes der UdSSR.

Basierend auf der Idee des Oberbefehlshabers der 1. Front und der vorgegebenen Lage des Gegners planten die «Operateure» den Einsatz ihrer Armee. Beim «Klarmachen der Aufgabe» ging es zuerst einmal darum, die Idee und Absicht des Oberbefehlshabers der Front nachzuvollziehen und in zweckmäßiger Weise umzusetzen.

#### Beurteilung des Gegners der 5. Armee

Zu Beginn der Planung für die 5. Armee konzentrierten sich die zuständigen Offiziere auf eine gründliche Analyse des Gegners in der jeweiligen Operationsrichtung. Aufgrund der vorhandenen Aufklärungsangaben schätzten die Planer bei der Beurteilung des Gegners im Streifen der 5. Armee ein, dass dieser seine Truppen unter dem Vorwand von Komman-

dostabs-, Truppen- und Mobilmachungsübungen in höhere Bereitschaftsgrade überführen würde. Gleichzeitig wurde angenommen, dass über den Luft- und Seetransport Verstärkungen aus den USA auf den europäischen Kontinent verlegt werden sollten. Der Warschauer Vertrag ging daher von einem NATO-Angriff mit einer «Vorwarnzeit» von 30 Tagen und mehr aus. Die verantwortlichen Offiziere beurteilten zudem in der Planung der 5. Armee, dass der Gegner – im Wesentlichen das gemischte westdeutsch-dänische Jütländische Armeekorps und das niederländische I. Armeekorps – nach massierten Schlägen zum Angriff übergehen und vermutlich zwei Schläge zur Umfassung der Hauptkräfte der 5. Armee mit zwei Divisionen in Richtung Schwarzenbek, Crivitz, Demmin bzw. Lübeck, Wismar und drei weiteren Divisionen in

- [8] Die 6. Panzergrenadierdivision Neumünster zählte zu den kampfstärksten Divisionen der Bundeswehr und verfügte über mehr als 250 Panzer (Leopard 1 und 1A2) sowie über rund 220 gepanzerte Kampffahrzeuge vom Typ Marder und M 113.
- [9] Von der östlichen Aufklärung wurde vermutet, dass die dem Territorialkommando Schleswig-Holstein (Kiel) unterstellten drei Heimatschutzregimenter 61, 71 und 81 nach einer Mobilmachung zu zwei Infanteriedivisionen (41. und 61.) aufwachsen.
- [10] Die niederländischen Divisionen wurden in der NVA als Panzer-Infanterie-Divisionen bezeichnet. Grund dafür war die hohe Anzahl von Panzern in den Divisionen von 244 bis 258 Leopard 1V bzw. 2A4. Nach NATO-Terminologie hatten die Divisionen die Bezeichnung Infantry Division (Mech).
- [11] In der Planung 1987 wurde der Kreis der an der operativen Planung beteiligten Offiziere erweitert. Die letzte operative Planung für den Einsatz der 5. Armee im Jahre 1987 wurde im Kommando des Militärbezirkes V beendet.

[3] Übersicht über die Truppen der 1. Front (GSSD und NVA-Landstreitkräfte), 1983 bis 1989

[4] Verbände und Truppenteile der 5. Armee in den 1980er Jahren, Auswahl

Richtung Lüneburg, Grabow, Freyenstein führen würde. Damit sollte die Verteidigung der 5. Armee durchbrochen und ihre Hauptgruppierung eingeschlossen und nach Teilen zerlegt werden. Des Weiteren wurde vermutet, dass der Gegner nach Einführung operativer Reserven im Zusammenwirken mit Luftlande- und Seelandetruppen, Teile der amerikanischen 2. Marineinfanteriedivision im Küstenstreifen mit Schwerpunkt Insel Rügen, Graal-Müritz, Kühlungsborn zum Einsatz bringen würde.

### Der Warschauer Vertrag ging daher von einem NATO-Angriff mit einer «Vorwarnzeit» von 30 Tagen und mehr aus.

Diese prinzipielle Beurteilung des Gegners erfolgte vornehmlich auf Basis der sowjetischen Aufklärungsangaben der 1. Front. Anzumerken wäre jedoch, dass diese Informationen nicht immer mit den Erkenntnissen der Verwaltung bzw. des Bereiches Aufklärung der NVA und anderer Dienste übereinstimmten. Dennoch wurden bei der Beurteilung der gegnerischen Gruppierungen die von der 1. Front stammenden Angaben akzeptiert. Auffallend war auf jeden Fall, dass die gegnerischen operativen Staffeln und das Kräfteverhältnis im Streifen der 5. Armee stets auf eine erhöhte Aggressionsfähigkeit und -absicht der NATO schliessen lassen mussten. Aus politischen und militärischen Erwägungen, möglicherweise auch im Bestreben, die operativen Planungen zu begründen, wurden dem Gegner stets Aggressionsabsichten und Angriffspotenziale unterstellt.

Nach Beurteilung des Gegners und der eigenen Truppen erfolgten dann qualitativ-quantitative Analysen über die Gefechtsmöglichkeiten und das Kräfteverhältnis beider Seiten. Im Anschluss daran wurde die Idee bestimmt und der Entschluss des Befehlshabers im Operationsbefehl dokumentiert.

Der Entschluss reflektierte das Wollen des Befehlshabers. Er fusste auf konkreten Berechnungen der eigenen Kräfte, Mittel und Möglichkeiten sowie auf denen des Gegners. Der Entschluss wurde auf einer Karte dargestellt und die dazu erforderlichen schriftlichen und grafischen Planungsunterlagen der Armee in Russisch, die der Divisionen und Brigaden in Deutsch ausgearbeitet. Ausserdem gehörten dazu

- die Pläne der Angriffs- bzw. Verteidigungsoperationen,
- Gefechtsbefehle und Gefechtsanordnungen an die unterstellten Verbände und Truppenteile,
- der Plan der Heranführung der Truppen in die Bereitstellungsräume an der westlichen Staatsgrenze,
- die Anordnung der Nachrichtenverbindungen,
- der Anordnung der Pioniersicherstellung,
- die Anordnung der rückwärtigen Sicherstellung,
- die Plantabelle des Zusammenwirkens und
- die Pläne der Teilstreitkräfte (Luftstreitkräfte/Luftverteidigung und Volksmarine) sowie der Waffengattungen und Dienste.

Allein bei der Planung 1983 entstanden beispielsweise mehr als 150 Karten im Massstab 1:200 000 bzw. 1:100 000 und

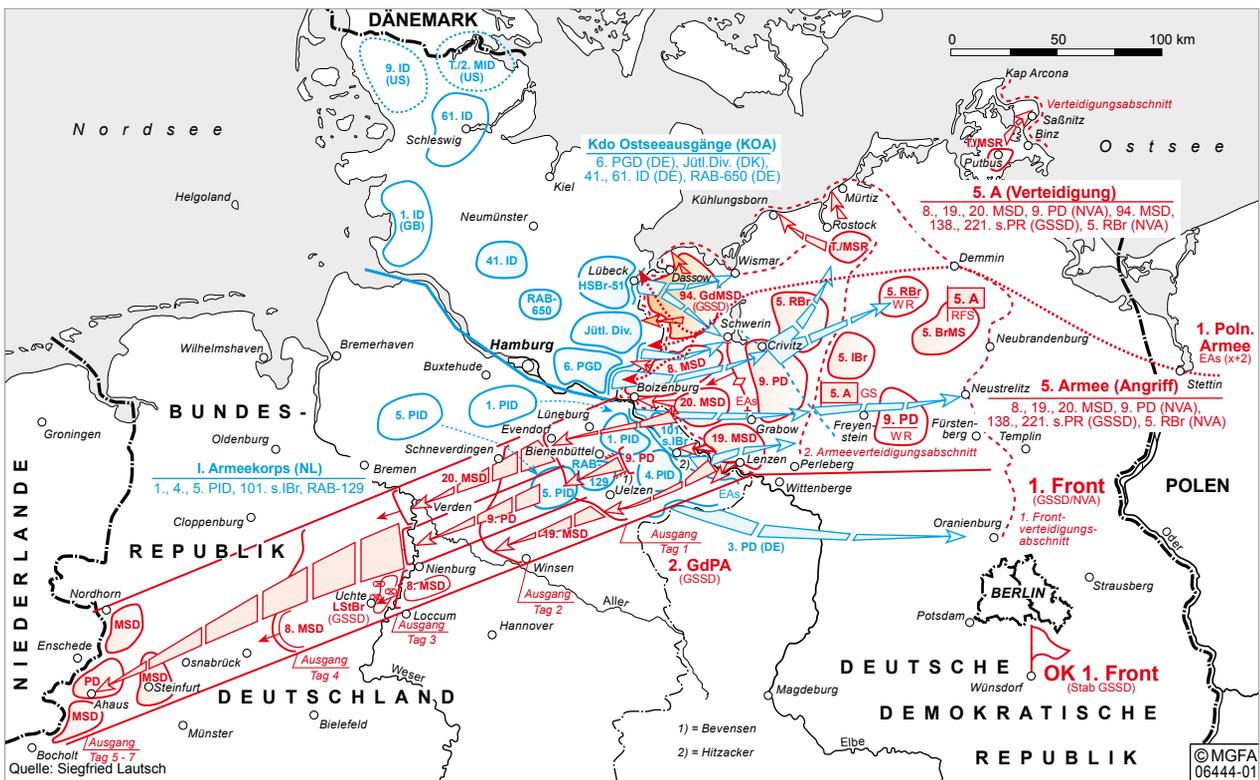
handschriftlich verfasste operative Planungsdokumente im Umfang von etwa 3000 Blatt. Der eigentliche Entschluss der 5. Armee wurde dann auf einer Karte im Massstab 1:200 000 grafisch dargestellt und dem Oberbefehlshaber der 1. Front vorgetragen. Diese sogenannte Entschlusskarte der 5. Armee, das vollständig ausgearbeitete Planungsdokument, wurde vom Befehlshaber sowie vom Chef des Stabes unterzeichnet und vom Oberbefehlshaber der 1. Front bestätigt. Dieses Prozedere galt für alle operativen Planungsdokumente, was bedeutete, dass tatsächliche Planungen von den Entscheidungsträgern unterschrieben und dem Vorgesetzten der übergeordneten Führungsebene bestätigt wurden und damit einen justitiablen Status erhielten. Das hatte zur Folge, dass die eigenen Planungen der Armee durch den Oberbefehlshaber der Front zum Befehl erhoben wurden und die Nichterfüllung zu erheblichen Konsequenzen geführt hätte. Mit der Bestätigung des Entschlusses war die Planung auf der Armee-Ebene abgeschlossen.

### Aus politischen und militärischen Erwägungen, möglicherweise auch im Bestreben, die operativen Planungen zu begründen, wurden dem Gegner stets Aggressionsabsichten und Angriffspotenziale unterstellt.

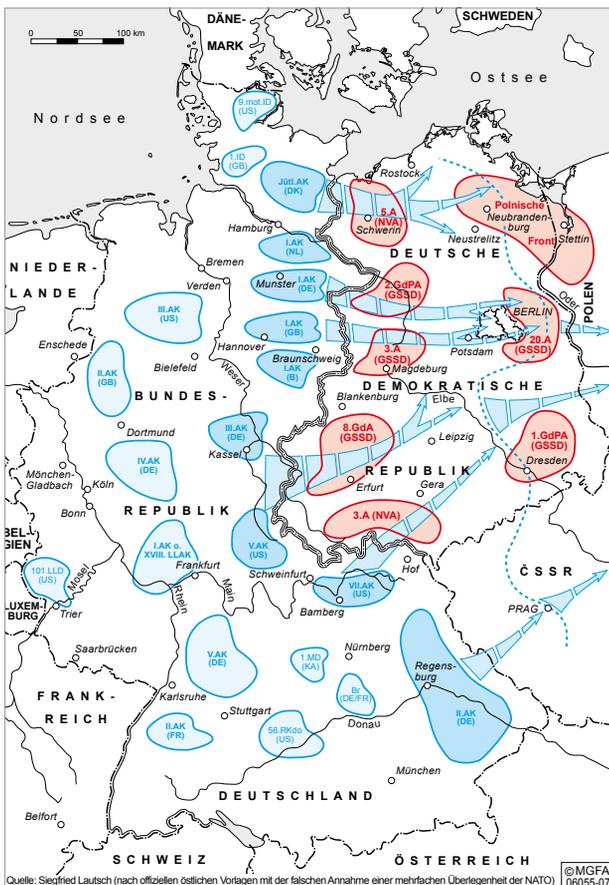
Sie wurde nunmehr im Verteidigungsministerium in Strausberg fortgeführt. Hierzu wurden ausgewählte Chefs und Kommandeure hinzugezogen, wie der Chef Nachrichten, der Chef Pionierwesen des MfNV, Vertreter der Teilstreitkräfte und Grenztruppen sowie die Kommandeure der NVA-Divisionen und der unterstellten sowjetischen 94. Garde-Mot.-Schützendivision. Die Divisionskommandeure erarbeiteten persönlich die Planungsunterlagen (Karten und Gefechtsbefehle) für ihren Verband und die Regimentsebene in dreifacher Ausfertigung in deutscher Sprache. Mit der Einweisung der Regimentskommandeure in die Verteidigungsoperation wurde die Planung beendet. Bemerkenswert ist, dass für diesen Personenkreis eine Einweisung in die Gefechtsaufgaben für die Angriffsoperation ausblieb. Diese Einweisung wäre erst im Rahmen der Überführung der NVA und der Grenztruppen der DDR vom Friedens- in den Kriegszustand oder auf besondere Weisung erfolgt.

### ... dass die eigenen Planungen der Armee durch den Oberbefehlshaber der Front zum Befehl erhoben wurden ...

Die vollständig erarbeiteten Planungsunterlagen der Armeeebene wurden in vierfacher Ausfertigung in Russisch ausgearbeitet und in die höchste Geheimhaltungsstufe der NVA «Geheime Kommandosache»<sup>[12]</sup> eingestuft. Ein Exemplar war für den sowjetischen Generalstab bestimmt, ein weiteres verblieb im Oberkommando der 1. Front in Wünsdorf, die anderen beiden Ausfertigungen wurden schliesslich in besonders gesicherten separaten Räumen des MfNV und der Militärbezirke eingelagert. Dort verblieben sie bis zur Auflösung der NVA.



[5]



[6]

### Die 5. Armee in Angriffs- und Verteidigungsoperationen der 1. Front 1983 und 1985

Bei der Planung stand die Aufgabe, die Verteidigungsoperation 1983 mit dem anschliessenden Übergang zum Gegenschlag zu verbinden. Die strategische Verteidigung war daher so geplant, dass aus den gleichen Räumen im Streifen der Armeen sowohl die Verteidigungs- als auch die Angriffsoperation durchführbar gewesen wären, d. h. dass man auch zuvorkommende eigene Offensivhandlungen für möglich hielt. Zielsetzung dieser «Zwei-Varianten-Planung» war es, die Absichten des Gegners zu durchkreuzen, die Initiative zu erringen und die Kampfhandlungen schnell auf das gegnerische Territorium zu verlagern, um eigene Verluste an Kräften und Mitteln sowie Schäden zu begrenzen. Entscheidend war jedoch die Angriffsoperation. Das Wesen der Angriffsoperation 1983 bestand darin, die gegnerische Verteidigung in ihrer gesamten Tiefe gleichzeitig mit dem Feuer<sup>[13]</sup> niederzuhalten, die taktische und operative Zone in ausgewählten Richtungen mit starken Stossgruppierungen zu durchbrechen und den Erfolg mit Panzer- und motorisierten Verbänden im Zusammenwirken mit taktischen Luftlandungen und Luftsturmtruppen zügig zu nutzen.

[12] Der Begriff «Geheime Kommandosache» wurde für Schriftgut angewandt, das einen «ausserordentlich schweren Schaden» für die Sicherheit der DDR und ihrer Verbündeten mit sich gebracht hätte, wenn es der allgemeinen Öffentlichkeit bekannt geworden wäre.

[13] Das Feuer wurde als Hauptelement des bewaffneten Kampfes definiert, worunter man die Einwirkung auf die Gruppierung des Gegners mit Kernwaffen und konventionellen Waffen von Seiten der Einheiten, Truppenteile und Verbände zum Zwecke der Niederhaltung, der Störung oder der Vernichtung des Gegners verstand. Eine wichtige Erscheinungsform des Feuers waren der Feuerschlag, besonders der Kernwaffenschlag der Raketenverbände sowie Schläge der Fliegerkräfte.

[5] Idee des Befehlshabers der 5. Armee der NVA für die Verteidigungs- und Angriffsoperation, 1983

[6] Vorstellungen des Warschauer Vertrages über einen Angriff der NATO, 1980er Jahre

Dazu mussten u.a. «erstrangige»<sup>[14]</sup> Objekte vernichtet, Wasserhindernisse in einem breiten Abschnitt forciert, die gegnerische Verteidigung durchbrochen, die befohlenen Streifen, festgelegten Abschnitte und Räume eingenommen werden.

### ... dass man auch zuvorkommende eigene Offensivhandlungen für möglich hielt.

Im diesem Kontext beinhaltete die operative Planung für die 5. Armee in der Angriffsoperation von 1983 folgenden Festlegungen:

«Die Truppen der 19. und 20. Mot.-Schützendivision der NVA sowie des sowjetischen selbstständigen 138. und 221. Panzerregimentes sollten mit der links eingesetzten Stossgruppierung (2. Garde-Panzerarmee) aus der Verteidigung heraus, nach massiertem Feuer der Artillerie und Schlägen der Fliegerkräfte unter Einsatz von Vorausabteilungen und taktischen Luftlandungen die Elbe im Abschnitt Boizenburg–Hitzacker auf breiter Front forcieren<sup>[15]</sup>, die Sicherungskräfte des I. AK (NL) westlich der Elbe im Sicherungsstreifen zerschlagen und einen weiträumigen Brückenkopf in einer Tiefe von 10 bis 15 km am Westufer der Elbe bilden.

Am 1. Tag war vorgesehen, die gegnerischen Divisionen der ersten Staffel des I. AK (NL) zu durchbrechen und den Abschnitt Evendorf–Uelzen einzunehmen.

Dabei hatte das Feuer der Artillerie und die Schläge der Fliegerkräfte die Verteidigung der Hauptkräfte des I. AK (NL) aufzubrechen. Die 9. Panzerdivision der NVA, die in einen 4 km breiten Durchbruchabschnitt westlich Bienenbüttel, westlich Bevensen eingeführt werden sollte, hatte die gegnerische Gruppierung aufzuspalten, in die Tiefe vorzustossen, den Durchbruch zu den Flanken hin zu erweitern und den Gegner nach Teilen zu zerschlagen.

### Am 1. Tag war vorgesehen, die gegnerischen Divisionen der ersten Staffel des I. AK (NL) zu durchbrechen und den Abschnitt Evendorf–Uelzen einzunehmen.

Ausgang des 2. Tages sah die Planung vor, mit drei Divisionen in der ersten Staffel den Abschnitt Schneverdingen–Winsen (Aller) einzunehmen. Danach war der Angriff zügig fortzusetzen und durch den Einsatz von Luftsturmtruppen der 1. Front westlich der Aller und Weser die Voraussetzungen für die Einführung der Reserve der Armee, der 8. Mot.-Schützendivision, am 3. Tag im Abschnitt Nienburg–Rehburg–Loccum bzw. Marktlohe–Uchte zu schaffen.

Die 8. Mot.-Schützendivision der NVA sollte zunächst, in der Jütländischen Operationsrichtung einen Deckungsabschnitt an der westlichen Staatsgrenze beziehen und die Einführung von Teilen der polnischen Front (1. Polnische Armee) nach «X+2» Tagen in die Jütländische Operationsrichtung sichern.

Mit Einführung der polnischen Verbände sollte die 8. Mot.-Schützendivision dann bereit sein, zur Erfüllung der nächsten Aufgabe am 3. Operationstag in den Angriffsstreifen der 5. Armee eingeführt zu werden. Damit wurde die Absicht verfolgt, die Anstrengungen zu verstärken und die erforderliche Überlegenheit an Kräften und Mitteln in der Hauptrichtung aufrecht zu erhalten. Bei nicht zeitgerechter Einführung der 8. Mot.-Schützendivision im Streifen der 5. Armee hätte sich dies negativ auf die Operationsführung ausgewirkt. Es wären im Gesamtstreifen der Armee in einer Breite von bis zu 55 km über die gesamte Tiefe der Operation nur drei Divisionen und zwei selbstständige Panzerregimenter zum Einsatz gekommen, da die Armee über keine weiteren Reserven verfügte. Für den Befehlshaber wäre es in dieser Lage darauf angekommen, rechtzeitig eine neue Reserve aus der Angriffsgruppierung zu bilden, um in einer kritischen Lage zusätzliche Kräfte aus der Tiefe in der Rückhand zu haben».<sup>[16]</sup>

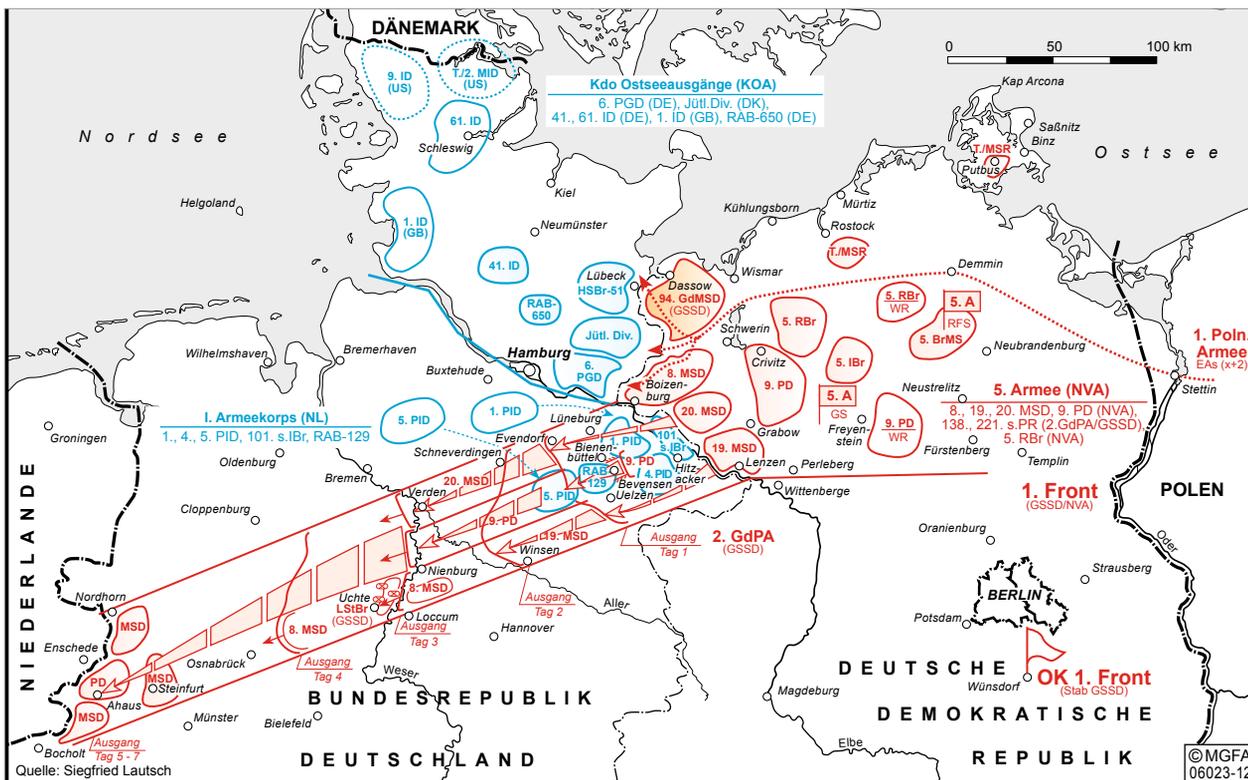
### ... war das Erreichen der deutsch-niederländischen Staatsgrenze innerhalb von 5 bis 7 Tagen ...

Geplantes Ziel der Angriffsoperation der 5. Armee, die in Richtung Ahaus<sup>[17]</sup> geführt werden sollte, war das Erreichen der deutsch-niederländischen Staatsgrenze innerhalb von 5 bis 7 Tagen und die Einnahme des Raumes Nordhorn–nördlich Bocholt–Steinfurt. Der Angriffsstreifen der Armee hatte eine durchschnittliche Breite von 55 km und eine Gesamttiefe von bis zu 350 km. Die Erfüllung der Tagesaufgabe war mit Überschreiten der westlichen Staatsgrenze in einer Tiefe von 50 bis 60 km, der nächsten Aufgabe am 3. Tag (in einer Tiefe von 120 bis 175 km) und der weiteren Aufgabe in 5 bis 7 Tagen (in einer Tiefe von 270 bis 350 km) geplant.

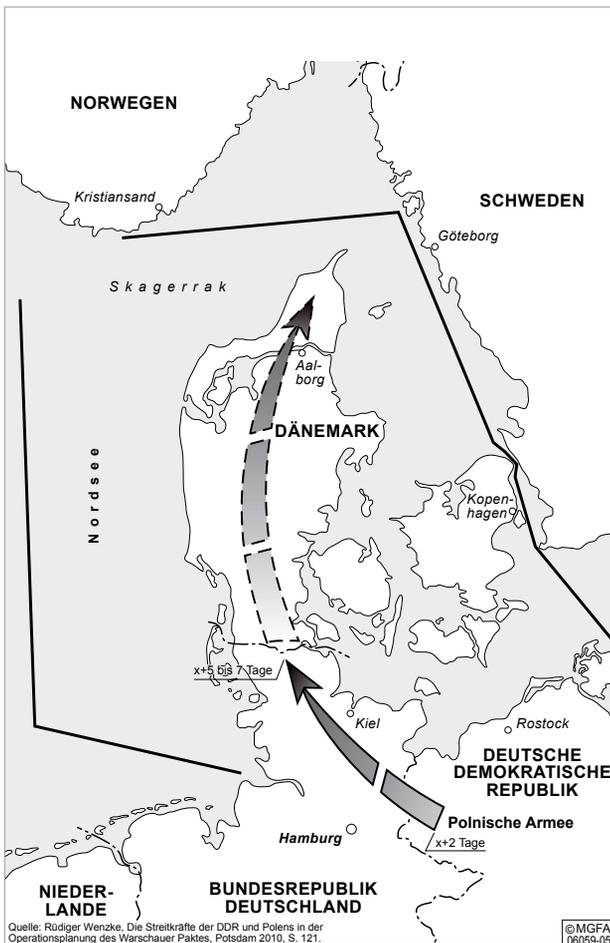
Mit der Angriffsoperation der 5. Armee wollte man die Gruppierungen des Gegners zerschlagen und wichtige Räume, Abschnitte und Objekte seines Territoriums einnehmen. Aber bereits zwei Jahre später waren diese Absicht und die entsprechenden Planungen dazu offenbar obsolet. Die bisher vorherrschende Angriffsoperation wurde in der NVA-Planung durch eine Verteidigungsoperation 1985 ersetzt.

### Sie wurden zur Grundlage einer neuen, primär defensiv begründeten Militärdoktrin, die dann im Jahre 1987 von den Mitgliedstaaten der WVO offiziell angenommen wurde.

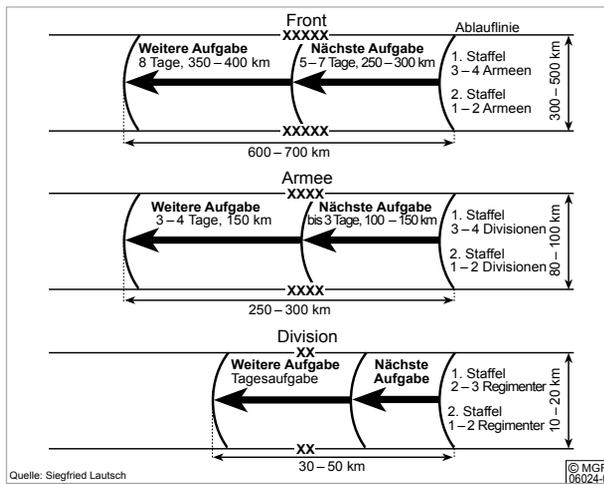
Die Änderungen der strategischen und operativen Planungen, die im Jahre 1985 ihren Anfang nahmen, waren vermutlich das Ergebnis von Überlegungen der politischen Führung in Moskau und des Generalstabes der Streitkräfte der UdSSR zum Abbau politischer Spannungen und zur Verringerung der Gefahr eines möglichen Krieges. Sie wurden zur Grundlage einer neuen, primär defensiv begründeten Militärdoktrin, die dann im Jahre 1987 von den Mitgliedstaaten der WVO offiziell angenommen wurde.



[7]



[8]



[9]

- [14] Erstrangige Objekte, auch als Vorrangziele bezeichnet, waren Einsatzmittel der Kern- und chemischen Waffen, Verbände und Truppenteile der Hauptgruppierung des Gegners, Fliegerkräfte auf Flugplätzen, Fliegerabwehr- und Raketenabwehrmittel, Führungsstellen sowie rückwärtige (logistische) Einrichtungen.
- [15] Forcieren bedeutet das gewaltsame Überwinden von Wasserhindernissen unter Feuerwirkung des am jenseitigen Ufer befindlichen Gegners. Im Gegensatz zum Forcieren eines Wasserhindernisses fehlt beim «einfachen» Überwinden die unmittelbare Feindberührung am Gewässer.
- [16] Siegfried Lautsch, Zur operativen Einsatzplanung der 5. Armee der NVA im Rahmen einer Front der Vereinten Streitkräfte der Warschauer Vertragsorganisation in den 1980er Jahren, in: Die Streitkräfte der DDR und Polens in der Operationsplanung des Warschauer Paktes, hrsg. von Rüdiger Wenzke, Potsdam 2010, S. 35-59, hier: S. 48f.
- [17] Ahaus liegt im westlichen Münsterland nahe der deutsch-niederländischen Grenze.

- [7] Idee des Befehlshabers der 5. Armee der NVA für die Angriffsoperation, 1983
- [8] Jütländische Operationsrichtung, Mögliche Einsatzplanung der polnischen Streitkräfte, 1983
- [9] Allgemeine Kennziffern einer Angriffsoperation

Fraglos beeinflusste das «neue Denken» im sowjetischen Generalstab unmittelbar auch die operative Planung der 5. Armee der NVA. Das Ziel der Operation bestand nunmehr darin, den Gegner in einer Grenzschlacht abzuwehren und den «Status quo ante» wiederherzustellen. Das hiess u.a., die Gruppierung in der Verteidigung der Armeen der 1. Front näher an die westliche Staatsgrenze vorzuverlegen. Die Angriffsoperation war fortan nicht mehr die grundlegende Art der Operation. Vielmehr wurden die Planungen der 1. Front ab 1985 nur noch als Verteidigungsoperation konzipiert.

Im Unterschied zur Verteidigungsoperation des Jahres 1983 hatte man zwei Jahre später das Ziel, die Schläge des Gegners abzuwehren, ihm bedeutende Verluste zuzufügen, wichtige Räume und Abschnitte des Geländes zu halten und günstige Bedingungen für den Übergang zum entschlossenen Gegenschlag zu schaffen. Wesentlicher Inhalt der Verteidigungsoperation bestand in der Vernichtung erstrangiger Objekte, die Führung massierter Raketen- und Artillerieschläge sowie Schläge aus der Luft, die frühzeitige Vorbereitung eines umfangreichen Sperrsystems, konzentrierte Gegenangriffe und Gegenschläge sowie die Abwehr von Luft- und Seelandtruppen.

Die Idee des Befehlshabers für die Verteidigungsoperation im Jahre 1985 umfasste im Wesentlichen folgende Aufgaben: «Unter Einsatz von vorgeschobenen Deckungstruppen sollte der Verteidigungsstreifen Dassow, Lenzen, Templin, Kap Arkona bezogen und der Pionierausbau des Geländes durchgeführt werden. Im Zusammenwirken mit Teilen der Vereinten Ostseeflotte, der sowjetischen 2. Garde-Panzerarmee, Teilen der Luftstreitkräfte, Kräften der Luftverteidigung sowie den Grenztruppen der DDR sollte ein Angriff der Hauptkräfte des Gegners abgewehrt, dem Gegner hohe Verluste zugefügt und ein Ein- bzw. Durchbruch verhindert werden.

Im Falle eines Ein- bzw. Durchbruchs sollte die gegnerische Gruppierung durch Führung von Gegenschlägen vernichtet und die Verteidigung an der deutsch-deutschen Grenze neu organisiert werden. Weiterhin hatte die 5. Armee bereit zu sein, gegnerische Seelandungen, besonders in den Abschnitten Graal-Müritz-Kühlungsborn, Kap Arkona-Binz abzuwehren und taktische Luftlandungen zu vereiteln.

### Für den Fall des Kernwaffeneinsatzes sollten der Armee 36 Kernmittel (operativ-taktische und taktische Raketen) mit TNT-Äquivalenten von 10 bis 500 Kilotonnen zugeteilt werden.

Für die gesamte Operation standen 12 Geschwaderstarts Jagdbomber (insgesamt 245 Flugzeuge) und 16 Geschwaderstarts Kampfhubschrauber (435 Hubschrauber)<sup>[18]</sup> zur Verfügung. Für den Fall des Kernwaffeneinsatzes sollten der Armee 36 Kernmittel (operativ-taktische und taktische Raketen) mit TNT-Äquivalenten von 10 bis 500 Kilotonnen zugeteilt werden. Die rechts handelnde Vereinte Ostseeflotte hatte die Aufgabe, die Seeherrschaft im Ostseeraum zu behaupten, Seelandungen nicht zuzulassen und die Küstenab-

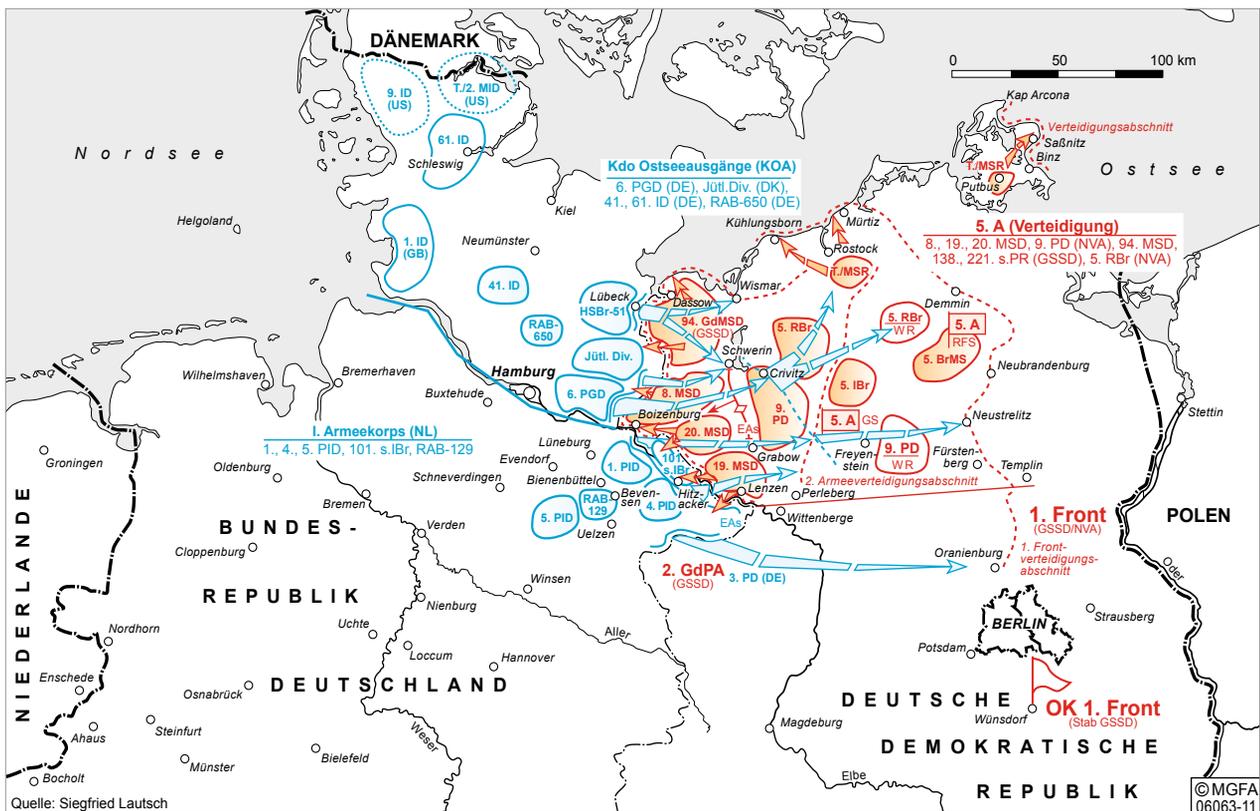
schnitte zuverlässig zu schützen. Links bezog eine Division der 2. Garde-Panzerarmee den Verteidigungsabschnitt.<sup>[19]</sup> Die Verbände und Truppenteile der 5. Armee hatten mit Erhalt der Aufgabe unter Deckung der Mittel der Truppenluftabwehr der Armee und der 3. Luftverteidigungsdivision der NVA-Luftstreitkräfte/Luftverteidigung aus den Dislozierungsstandorten in zwei Nächten auf 12 Marschstrassen in den Verteidigungsstreifen Dassow, nördlich Perleberg, Fürstenberg (Havel) und Insel Rügen in die Bereitstellungsräume an der deutsch-deutschen Grenze zu verlegen. Dort sollten sie eine standhafte und tief gestaffelte Verteidigung mit dem Hauptverteidigungsstreifen (1. Armeeverteidigungsstreifen<sup>[20]</sup> und zweiten Armeeverteidigungsstreifen bis zu einer Tiefe von 120 km ausbauen und im Zusammenwirken mit der 2. Garde-Panzerarmee einen Durchbruch der gegnerischen Hauptkräfte nicht zulassen. Zudem waren Seelandungen abzuwehren und Kräfte zur Vernichtung gegnerischer Luftlandungen bereitzustellen.

Der Entschluss legte zudem fest, mit massierten Schlägen der Raketentruppen, der Luftstreitkräfte, dem Feuer der Artillerie im Zusammenwirken mit der 3. Flotte und der 2. Garde-Panzerarmee dem Gegner maximale Verluste während seiner Heranführung und Entfaltung zuzufügen. Mit aktiven Verteidigungshandlungen sollte im Zusammenwirken mit den Grenztruppen der DDR die Staatsgrenze im Sicherungsstreifen<sup>[21]</sup> gedeckt werden, mit Unterstützung der Armeefliegerkräfte und dem Feuer der Artillerie sollten dann die Hauptkräfte des Gegners im Sperrsystem der grenznahen Zone aufgehalten bzw. gezwungen werden, sich vorzeitig zu entfalten. Zudem hatte die 5. Armee bereit zu sein, auf Befehl am 1. Kernwaffenschlag der 1. Front teilzunehmen. Dabei sollten u.a. Startstellungen und Kernwaffenträger, Fliegerleit- und Meldezentren sowie Gefechtsstände des Gegners vernichtet werden.

### Zudem hatte die 5. Armee bereit zu sein, auf Befehl am 1. Kernwaffenschlag der 1. Front teilzunehmen.

Die Planungen der Verteidigungsoperation sahen vor, «in der 1. Staffel vier Mot.-Schützendivisionen, verstärkt durch zwei selbstständige sowjetische Panzerregimenter, und in der 2. Staffel die 9. Panzerdivision einzusetzen. Zur Deckung der landungsgefährdeten Abschnitte an der Ostseeküste und zur Verteidigung der Insel Rügen war eine «Besondere Gruppierung», bestehend aus Mot.-Schützen- und weiteren Einheiten geplant. Die «Besondere Gruppierung» sollte einen Konzentrierungsraum um Putbus beziehen und erhielt die Aufgabe, im Abschnitt Ostseebad Binz-Mukran sowie Glowe-Juliusruh die Ostseeküste zu verteidigen. Darüber hinaus hatte sie taktische Luftlandungen zu vereiteln und den Fährhafen Sassnitz und den Rügendamms zu sichern.»<sup>[22]</sup>

Die Divisionen der 1. Staffel bildeten zwei Staffeln. Dabei wären die Mot.-Schützenregimenter in der 1. Staffel, die jeweiligen Panzerregimenter in der 2. Staffel eingesetzt worden. Die 8. Mot.-Schützendivision hatte u.a. bereit zu sein, Seelandungen von Teilen der (vermuteten) amerikanischen 2. Marineinfanteriedivision abzuwehren sowie Luftlandeeinheiten zu vernichten.



[10]

Für die 9. Panzerdivision, des Verbandes der 2. Staffel, waren das Beziehen eines Raumes in der Hauptanstrengung der 5. Armee in einer Tiefe von 60 bis zu 85 km und einer Breite von 45 km sowie der Einsatz in zwei Staffeln vorgesehen. Die Division hatte bereit zu sein, die eingebrochenen Gruppierungen des Gegners im Zusammenwirken mit der sowjetischen 94. Garde-Mot.-Schützendivision, der 8. und der 20. Mot.-Schützendivision der NVA zu zerschlagen und die Verteidigung neu zu organisieren. Das zur Küstenverteidigung und als allgemeine Reserve eingesetzte Mot.-Schützenregiment sollte sich im Raum Dummersdorf, Gross Viegelin, Cammin, ausschliesslich Gross Lusewitz konzentrieren, um im Zusammenwirken mit der 3. Flotte und den Fliegerkräften Seelandungen gegnerischer Truppen verhindern zu können.

Insgesamt hätte die 5. Armee einen Streifen mit einer Breite von 115 km und einer Tiefe von bis 150 km zu verteidigen gehabt. Der Sicherungsstreifen war bis in eine Tiefe von 20 bis 25 km diesseits der Staatsgrenze geplant. Der Hauptverteidigungsstreifen wurde bis zu einer Tiefe von 10 bis 15 km und der 2. Verteidigungsstreifen bis zu einer Tiefe von 90 km von der westlichen Staatsgrenze entfernt festgelegt. Der Pionierausbau des Geländes wäre nach Beziehen der Verteidigungsräume befohlen worden.

### Der Pionierausbau des Geländes wäre nach Beziehen der Verteidigungsräume befohlen worden.

Der Kampfbestand der Verbände und Truppenteile blieb im Wesentlichen 1983 und 1985 gleich. Ohne weitere Unterstellungen verfügte der MB V im Rahmen der Überfüh-

rung in die volle Gefechtsbereitschaft und mit Abschluss der Mobilmachung im Einzelnen über einen Personalstand von 95 500 Soldaten, 12 operativ-taktische und 16 taktische Raketen, 811 Panzer, 2.248 Schützenpanzer und -wagen, 815 Artilleriesysteme, 443 Panzerabwehrmittel, 650 Fla-Mittel, 52 Hubschrauber unterschiedlicher Zweckbestimmung und 15.145 Kraftfahrzeuge. Mit der Unterstellung der sowjetischen Verbände und Truppenteile in den Bestand der 5. Armee erhöhten sich die vorgenannten Kräfte und Mittel. Der Kampfbestand der 94. Garde-Mot.-Schützendivision betrug etwa 15 500 Soldaten, 4 Taktische Raketen, 274 Panzer T-64 B, 450 Schützenpanzerwagen (BMP/60-PB), 90 Artilleriesysteme, zuzüglich der selbständigen 138. und 221. Panzerregimenter mit jeweils 124 Panzern T-64 B.

[18] Bei angenommenem Koeffizient der technischen Einsatzbereitschaft (Klarstand) von zunächst 85 %.

[19] Lautsch, Zur operativen Einsatzplanung, S. 51.

[20] Der Hauptverteidigungsstreifen wurde in der Terminologie der WVO auch als 1. Armeeverteidigungsstreifen bezeichnet, er war die vordere Linie der Verteidigung, eine im Gelände festgelegte Linie, die zugleich die frontale Begrenzung der Verteidigungsstellungen der Truppenteile der 1. Staffel darstellte.

[21] Der Sicherungsstreifen konnte entsprechend damaligen Kennziffern eine Tiefe von 20-40 km vom vorderen Rand des Verteidigungsstreifens der Divisionen der 1. Staffel einnehmen, der mehrere Stellungen, Verteidigungsräume und Stützpunkte umfasste. Der Sicherungsstreifen wurde auch als Deckungsabschnitt bezeichnet, somit sind für die vor den Divisionen eingesetzten Truppen die Begriffe Sicherungs- als auch Deckungstruppen geläufig. Bei dem beabsichtigten Übergang zum Angriff wurden die Truppen gewöhnlich als Vorausabteilungen bezeichnet. Zu ihnen gehörten verstärkte Mot.-Schützen- und Panzerregimenter.

[22] Lautsch, Zur operativen Einsatzplanung, S. 53.

[10] Idee des Befehlshabers der 5. Armee der NVA für Verteidigungsoperationen, 1983/1985

Die operative Planung der 5. Armee schloss vielfältige Varianten der Kriegseröffnung ein. Inwieweit sie letztlich einem tatsächlichen Kriegsbeginn entsprochen hätte, bleibt bis heute ungewiss.

### Bewertung

Die offiziellen Ansichten der NATO zum Charakter eines möglichen Krieges basierten auf dem strategischen Konzept der «Flexiblen Reaktion». Im Prinzip wurde zwischen zwei Kriegsorten, dem allgemeinen Kernwaffenkrieg und dem begrenzten Kernwaffenkrieg unterschieden. Die NATO hielt einen Krieg im letzten Jahrzehnt des Ost-West-Konflikts unter den in Europa gegebenen und voraussehbaren Umständen der «nuklearen Parität» für wenig wahrscheinlich, schloss aber seine Möglichkeit nicht aus und bewahrte die Fähigkeit zur Führung eines solchen Krieges.

Der ehemalige amerikanische Verteidigungsminister Robert S. McNamara vertrat die Meinung, dass «Jeder Einsatz von A-Waffen durch die USA oder die UdSSR führe wahrscheinlich zu einer unkontrollierbaren Eskalation, die beide Seiten unabsehbare und inakzeptable Schäden zufügen würde. Aus diesem Grunde hätten A-Waffen keinen militärischen Sinn ausser der Aufgabe, den Gegner vom Ersteinsatz solcher Waffen abzuhalten. Obwohl der Einsatz von A-Waffen zu einer unkontrollierbaren Eskalation führen würde, wirkte die Drohung der NATO, solche Waffen einzusetzen, als Abschreckung für die Sowjetunion, unabhängig davon, ob sie jetzt mit konventionellen oder atomaren Streitkräften angreift.»<sup>[23]</sup>

Angesichts der Verwundbarkeit Europas durch den massiven Einsatz von Kernwaffen sowie im Interesse eines flexiblen politischen und militärischen Einsatzes der Streitkräfte sah die WVO in ihrer strategischen Zielsetzung vor, begrenzte Kampfhandlungen sowohl ohne als auch mit Kernwaffen zu führen. Bei einer militärischen Konfrontation rechneten die Militärs damit, dass die Kampfhandlungen schnell eskalieren würden und selbst mit konventionellen Mitteln grosse Verluste, Zerstörungen und ein enormer Verschleiss an materiellen Mitteln zu erwarten wären. Ausgehend von den eigenen Ansichten der Kampfhandlungen zu Beginn eines Krieges wurden der NATO ebensolche Ziele unterstellt. Daraus resultierte die Wahrnehmung, nach «zuvorkommenden» wuchtigen Schlägen der westlichen Verbündeten, mit entschlossenen zielstrebigem Kampfhandlungen von Beginn an die Initiative zu ergreifen und die Ziele der ersten Operationen zu erreichen.

### Ausgehend von den eigenen Ansichten der Kampfhandlungen zu Beginn eines Krieges wurden der NATO ebensolche Ziele unterstellt.

Der Kriegsentfesselung und Eröffnung von Kampfhandlungen, so die damaligen Ansichten, konnten prinzipiell entweder nur eine kurze Spannungsperiode von wenigen Tagen vorausgehen, andererseits wäre eine längere Spannungsperiode mit Überführung der Streitkräfte in den Kriegszustand möglich gewesen. Für beide Extremfälle hatte die WVO entsprechende Optionen entwickelt. Mit ständig gefechtsbereiten und sofort verfügbaren Truppen konnten jedoch nur

begrenzte operative Zielsetzungen, nämlich Verteidigungshandlungen verfolgt werden. Dabei wäre aber dennoch die Gefahr einer unkontrollierbaren Ausweitung und Eskalation des Konflikts nicht auszuschliessen gewesen. Bei Eröffnung der Kampfhandlungen nach Überführung in den Kriegszustand und Abschluss der Mobilmachung der Streitkräfte wären weit reichende operativ-strategische Ziele, wie der Durchbruch bis zum Rhein und die Besetzung des Territoriums der Bundesrepublik Deutschland eine mögliche Option gewesen. Die zu erwartende Intensität und Hartnäckigkeit des bewaffneten Kampfes und die ständige Gefahr des Ersteinsatzes von Nuklearwaffen durch die NATO wären bereits in kurzer Zeit mit katastrophalen Folgen für das Territorium Deutschlands verbunden gewesen.

Auch zu Beginn der 1980er Jahre wurden seitens der WVO präventive Kampfhandlungen der NATO-Streitkräfte als möglich erachtet. Folglich wurden Methoden zur Erhöhung des Bereitschaftsgrades der Führungsorgane und Teilstreitkräfte weiterentwickelt, die eine «gedeckte Überführung» und eine beschleunigte Gefechtsbereitschaft der Truppen ermöglichten. Durch die «gedeckte Überführung» auf Weisungsbasis, d.h. ohne Auslösung einer Alarmstufe, sollten der zuvorkommenden Entfaltung des Gegners und seiner gezielten Feuerschläge entgegengewirkt werden. Die Zielstellung und der Massstab der Überführung der Führungsorgane und Truppen vom Friedens- in den Kriegszustand waren so zu verschleiern, dass der Gegner nicht einschätzen konnte, inwieweit die Entfaltung und die Einsatzbereitschaft der operativen Gruppierungen fortgeschritten waren. Besonderen Wert legte man dabei auf die «Legendierung» der gedeckten Überführung. Als mögliche Varianten waren die Teilnahme der Truppen an Manövern und Übungen, Verlegungen in Übungsräume, Inspektions- und Überprüfungsmaßnahmen, Reservistenübungen, Lehrvorführungen und andere Ausbildungsmaßnahmen betrachtet worden.

### ... wurden Methoden zur Erhöhung des Bereitschaftsgrades ... weiterentwickelt, die eine «gedeckte Überführung» und eine beschleunigte Gefechtsbereitschaft der Truppen ermöglichten.

Die Geschlossenheit der östlichen Militärkoalition, insbesondere ihr Kernwaffenpotential, konfrontierte das westliche Bündnis mit dem Risiko, bei Entfesselung eines Krieges gegen die WVO einen existenzgefährdenden Gegenschlag herauszufordern. Insofern war keiner der NATO-Partner tatsächlich gewillt, seinen Macht- und Einflussbereich mit militärischen Mitteln zu erweitern, geschweige denn in einer militärischen Aggression die eigene Existenz aufs Spiel zu setzen.

Sowohl der politische, ökonomische und militärische Druck des Westens, als auch die eigene Beurteilung der Nichtführ- und Gewinnbarkeit eines konventionellen oder Kernwaffenkrieges in Europa führten dazu, dass die WVO in den 1980er Jahren die Angriffsfähigkeit ihrer Streitkräfte redu-



[11]



[12]

zierte. An die Stelle der bisherigen vorwiegend offensiven Auffassungen trat nunmehr ein deutlich defensiveres Konzept. Ab 1985 ging das östliche Militärbündnis in seinen strategischen Überlegungen davon aus, die Unantastbarkeit seiner westlichen Staatsgrenzen durch die Vorbereitung einer standhaften Verteidigung in der Grenzzone zu gewährleisten. Der «Aggressor» sollte unter Einsatz konventioneller Mittel und durch Gegenschläge, bei Notwendigkeit aber auch mit einem Kernwaffeneinsatz, abgewehrt und der «Status quo ante» wieder hergestellt werden.

Dies hatte spürbare Auswirkungen auf die operativen Planungen in der NVA. War bis 1983 der Einsatz der 5. Armee innerhalb der 1. Front noch in zwei Varianten vorgesehen – in einer Verteidigungsoperation und in einer Angriffsoperation – so erfolgte danach die operative Planung nur noch für die strategische Verteidigungsoperation auf dem Territorium der DDR. Bezeichnend hierfür ist, dass auch in den Planungen des Jahres 1983 keineswegs die Absicht bestand, diese Planungen ohne vorherige verlässliche Erkenntnisse über gegnerische Angriffsabsichten in die Tat umzusetzen. Vielmehr ging es darum, einem überraschenden Angriff des Gegners zuvorzukommen. Die Planungen der Verteidigungsoperationen der 5. Armee in den Jahren 1983 und 1985 waren prinzipiell identisch, sieht man von der Einschränkung ab, dass bei der 1985er Planung die Truppenteile der 1. Staffel näher an die westliche Staatsgrenze vorverlegt wurden.

Mit ihrer Defensivplanung von 1985 machten die UdSSR und die Warschauer Vertragsstaaten deutlich, keine Kriegshandlungen beginnen und nicht als Erste Atomwaffen anwenden zu wollen. Die geheimen operativen Planungen der 5. Armee nahmen damit bereits etwas vorweg, was offiziell erst 1987 als operativ-strategisches Konzept in die neue Militärdoktrin des Warschauer Vertrages Eingang fand.

Ab 1989 kam es schliesslich zu einem schrittweisen Abzug der sowjetischen Truppen aus der DDR. 1990 fanden keine gemeinsamen Übungen mehr zwischen der zuvor in WGT umbenannten GSSD, der NVA und der Polnischen Armee auf dem Gebiet der DDR statt. 1994 verliessen die letzten russischen Soldaten als Angehörige der ehemals stärksten Streitkräftegruppierung, die «je von einem Staat ausserhalb der eigenen Grenzen über einen derart langen Zeitraum unterhalten wurde»<sup>[24]</sup>, deutschen Boden. Die Militärdoktrin von 1987 stellte eine Resultante der veränderten militär-

politischen Lage zwischen den beiden konkurrierenden Gesellschaftssystemen und der eingeschränkten Möglichkeiten zur militärischen Gewaltanwendung dar. Dies war einerseits Ergebnis einer realistischeren Beurteilung der militärstrategischen Lage in Mitteleuropa, des militärischen Charakters und der möglichen Folgen eines Krieges auf dem westeuropäischen Kriegsschauplatz, andererseits des Strebens nach entscheidenden Veränderungen im wirtschaftlichen Massstab und im regionalen wie globalen strategischen Kräfteverhältnisses zwischen NATO und Warschauer Vertrag.

Beachtenswert ist in diesem Kontext auch die Studie von Harald Nielsen «Die DDR und die Kernwaffen», der als ein wichtiges Ergebnis seiner Forschungen hervorgehoben hatte: «Die militärischen Planungen und Überlegungen der Sowjetunion gingen stets davon aus, dass ein Krieg in Mitteleuropa von der NATO begonnen würde. [...] Um einem solchen Angriff der NATO zuvorzukommen, war die »Angriffsoperation zur Vereitelung einer Aggression«, also der Präventivschlag, fester Bestandteil der Operationsplanung. Daraus kann und sollte aber nicht abgeleitet werden, dass Pläne bestanden, den Westen zu einem günstigen Zeitpunkt »aus heiterem Himmel« anzugreifen<sup>[25]</sup>.»

[23] R. S. McNamara, (US-Verteidigungsminister von 1961 bis 1968) *The Military Role of Nuclear Weapons: Perceptions and Misperception*, Survival, 6/83, Seite 261-271.

[24] Kurt Arlt, *Sowjetische (russische) Truppen in Deutschland (1945-1994)*. In: *Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR*. Im Auftrage des MGFA hrsg. von Torsten Diedrich, Hans Ehlert und Rüdiger Wenzke, Berlin 1998 (= *Forschungen zur DDR-Gesellschaft*), S. 593-632, hier: S. 593; Ilko-Sascha Kowalczyk und Stefan Wolle, *Roter Stern über Deutschland*, Berlin 2001; Hoffmann/Stoof, *Sowjetische Truppen in Deutschland. Ihr Hauptquartier in Wünsdorf 1945-1994. Geschichte, Fakten, Hintergründe*, Berlin 2008, S. 129.

[25] Harald Nielsen, *Die DDR und die Kernwaffen – Die nukleare Rolle der Nationalen Volksarmee im Warschauer Pakt*, Baden-Baden 1998, S. 21.

[11] Der Kommandant eines Motorisierten Schützenregimentes der Nationalen Volksarmee (NVA) erklärt auf seinem Gefechtsstand die Lage anlässlich einer grossen WAPA-Truppenübung im Juli 1987. Links von ihm (in Mütze) Generalmajor Dr Bruno Petroschka, damals Stellvertreter des Chefs des Stabes für Operative Arbeit im Kommando der Landstreitkräfte der NVA. (Foto: J. Kürsener)

[12] Manöverbeobachter aus Ost und West nehmen an einer grossen WAPA-Truppenübung 1987 in der DDR teil. Hier Offiziere aus zwei deutschen Armeen im Gespräch, links der NVA Oberst Peter Herrich, damals Stellvertreter für internationale Arbeit beim Stv Chef des Hauptstabes für operative Fragen im Ministerium für Nationale Verteidigung, und rechts Oberstlt i G Müller von der Bundeswehr. (Foto: J. Kürsener)

Die sowjetische Militärtheorie bis zur Mitte der 1980er Jahre besagte, dass es möglich sei, den eigenen Schaden in Grenzen zu halten, wenn die Kernwaffeneinsatzmittel des Gegners rechtzeitig ausgeschaltet würden. Dabei wurde anscheinend nur die zerstörende Sprengwirkung dieser Mittel in Betracht gezogen und nicht die Gefährdung durch die in der Explosion freiwerdende Radioaktivität. Dies bedeutete, dass die Gewinnbarkeit eines Kernwaffenkrieges über Jahrzehnte möglich erschien.

### Die sowjetische Militärtheorie bis zur Mitte der 1980er Jahre besagte, dass es möglich sei, den eigenen Schaden in Grenzen zu halten, wenn die Kernwaffeneinsatzmittel des Gegners rechtzeitig ausgeschaltet würden.

Der Autor war bei der Planung 1983 – aufgrund seiner Kenntnis über die Teilnahme der 5. Armee am 1. Kernwaffenschlag der 1. Front – der Auffassung, dass ein Nuklearkrieg unwahrscheinlich sein würde, nicht allein wegen der militärischen Folgen, sondern wegen des «Faktors» Zivilbevölkerung. Die medizinische Versorgung der Bevölkerung wäre mit Sicherheit zusammengebrochen. Für eine derartige Katastrophe wären die DDR wie auch andere Staaten in Ost und West nicht vorbereitet gewesen. Der Wasser- und Lebensmittelvorrat wäre in Kürze kontaminiert, der Viehbestand vernichtet oder verseucht worden und Epidemien hätten zu einer überdimensionalen Todesrate geführt. Spätfolgen der Verstrahlung würden Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Den Auswirkungen grosser Staub-, Asche- und Rauchmassen, die infolge von Nukleardepositionen in die Troposphäre und Stratosphäre gelangt wären und auf die Sonnenstrahlung und die Erdoberfläche gewirkt hätten, wurde anscheinend wenig Beachtung geschenkt.

Entschlossene Kampfhandlungen wären unmöglich geworden, das Manöver der Truppen durch die starke Aktivierung des Geländes, durch Zerstörungen, Brände und Überschwemmungen beeinträchtigt worden. Zivile und militärische Einrichtungen, Zonen der Aktivierung und durchgängige Zerstörungen hätten auf die Bevölkerung und die Truppen starke moralische und psychologische Wirkung ausgeübt. Die Truppenführung und letztlich auch die Kampfkraft beider Seiten wären verloren gegangen. Es hätte keine Sieger sondern nur Verlierer gegeben.

Ungeachtet der katastrophalen Folgen eines möglichen Krieges entwickelten sich die Abrüstungsverhandlungen zwischen den USA und der UdSSR nur schleppend, dennoch wirkte die Erkenntnis eines Menschen vernichtenden Nuklearkrieges zur Vorsicht und Zurückhaltung in der Politik. Es war daher unabwendbar, dass beide Seiten, die USA und UdSSR zur Einsicht gelangen mussten, dass eine drastische Reduzierung der Nuklearwaffen für den Erhalt des Weltfriedens zielführender sein würde. Eindringlich waren die Erklärungen des sowjetischen Partei- und Staatschef Michail Gorbatschow zur einseitigen Abrüstung auf der 43. UN-Vollversammlung im Dezember 1988 in New York<sup>[26]</sup>. Beachtenswert in diesem Zusammenhang ist auch die Selbstver-

pflichtung der DDR-Regierung Anfang 1989 zur unilateralen Reduzierung der Streitkräfte um 600 Panzer und 500 Flugzeuge.<sup>[27]</sup> Das tradierte Prinzip der Abschreckung wurde von beiden Führungsmächten und ihren Militärblöcken bis zum Ende der 1980er Jahre beibehalten. Der Westen drohte mit dem Ersteinsatz von Nuklearwaffen, der Osten mit einem Gegenschlag auf den vermeintlichen Aggressor und der schnellen Besetzung des gegnerischen Territoriums. Die kurz aufeinander folgenden operativen Planungen der 1980er Jahre belegen, wie dynamisch sich das operative Denken in der WVO veränderte. Die tatsächlichen Planungen des sowjetischen Generalstabes waren sowohl im Generalstab der Streitkräfte der UdSSR als auch in den General(Haupt-)stäben der Bündnispartner immer nur einem sehr kleinen Führungszirkel bekannt.

### Die tatsächlichen Planungen des sowjetischen Generalstabes waren sowohl im Generalstab der Streitkräfte der UdSSR als auch in den General(Haupt-)stäben der Bündnispartner immer nur einem sehr kleinen Führungszirkel bekannt.

Die Veränderung des Offensivprinzips in ein Defensivprinzip zur Mitte der 1980er wurde durch die Militärs nicht proklamiert. Die Zurückhaltung der Spitzenmilitärs in Moskau war anscheinend darin begründet, dass bis zur Übernahme der politischen Führung durch den Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, im Jahre 1985 kein Politiker zuvor die Konsequenzen einer realistischen Einschätzung der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Lage des Ostblocks offensiv vertreten konnte. Denkbar ist aber auch, dass die Operateure der Auffassung waren, dass eine zu schnelle Veröffentlichung der veränderten Strategie der sowjetischen Militärs vom westlichen Bündnis als Eingeständnis militärischer Schwäche verstanden werden könnte. Sie verfolgten daher eine Mischung von neuen offensiven und defensiven Waffensystemen bei gleichzeitiger Ausrichtung der Kampfhandlungen auf die konventionelle Kriegsführung, um eine glaubwürdige Abschreckung aufrechtzuerhalten.

Zur «Aufdeckung» der Planungen des östlichen und westlichen Militärbündnisses ist eine weiterführende detaillierte und differenzierte Erforschung der realen operativen Planungen der WVO und der Operationspläne der NATO notwendig. Ausschlaggebend für die damalige militärpolitische Einschätzung und historiografische Erforschung ist aber, dass letztlich nur durch Zugang zu den Originaldokumenten oder durch Veröffentlichungen der an den jeweiligen Planungen tatsächlich beteiligten Operateure der militärischen Führungszirkel, beispielsweise den etwa 20 Offizieren in der NVA, als auch einer vergleichbaren Anzahl von Planern in der Bundeswehr, eine sachlich Beurteilung einstiger Kriegsplanungen möglich wäre. Die Gegenüberstellung und Auswertung von Übungen, egal welcher Führungsebene, liefern hingegen denkbare Verfahren, Grundsätze für den Einsatz der Streitkräfte oder ermöglichen Einblicke in das operative und strategische Denken der militärischen Führungseliten beider Militärblöcke.

**Militärterminologie im Vergleich**

<b>NVA</b>	<b>Bundeswehr</b>
Aufgabe	Auftrag
Durchbruch	Einbruch
Einnehmen	Nehmen
Forcieren (gewaltsames Überwinden von Wasserhindernissen unter Feuereinwirkung); Überwinden (ohne Feindberührung)	Überwinden von Gewässern
Gefechtsanordnung	Einzelbefehl
Gegenangriff (taktischer Begriff), Gegenschlag (operativer Begriff)	Gegenangriff (keine Trennung in taktische bzw. operative Begriffsbestimmung)
Idee	Absicht
Klarmachen der Aufgabe	Auswerten des Auftrages
Leiter Abteilung Operativ MB/Armee (in der Regel 5 bis 6 Divisionen)	Keine direkte Entsprechung, da im Vergleich unterschiedliche Strukturen (Korps, Armee-, Heeresgruppe), ggf. könnte er mit dem G3 eines verstärkten Korps gleichgesetzt werden
Nachrichten-(...)	Fernmelde-(...)
Nächste bzw. weitere Aufgabe	Angriffsziele in der Tiefe der Verteidigung des Gegners
Operative Planung, als Synonym verwandte Begriffe: Einsatzplanung und Einsatzoption	Operationsplanung
Operative Planungsdokumente/Gefechtsdokumente	Führungsunterlagen
Pionierausbau des Geländes/pioniertechnischer Ausbau des Geländes	Verstärkung bzw. Gangbarmachen des Geländes
Rückwärtige Sicherstellung	Materielle und sanitätstechnische Versorgung/Logistik
Tagesaufgabe	Tagesangriffsziel
Trennungslinie	Naht
Truppenluftabwehr	Flugabwehr der Landstreitkräfte/Fliegerabwehr aller Truppen
Vorausabteilung (im Angriff)	Vorausverband
Waffengattungen	Truppengattungen

[13]



**Für alle Grafiken in diesem Artikel gilt: Copyright MGFA.**

*Die Military Power Revue bedankt sich bei den Verantwortlichen des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr (MGFA) – insbesondere bei Herrn Dr. Arnim Lang – recht herzlich für die kostenlose Zurverfügungstellung der Karten und Grafiken im Artikel von Herrn Lautsch.*

[26] Michail Gorbatschow verkündete am 7.12.1988, auf der 43. UN-Vollversammlung in New York eine einseitige Abrüstungsinitiative. «Die Sowjetunion hat den Beschluss gefasst, ihre Streitkräfte zu reduzieren. In den nächsten zwei Jahren wird sich die zahlenmässige Stärke um 500000 Mann verringern, auch der Umfang der konventionellen Waffen wird wesentlich reduziert. Diese Reduzierungen werden einseitig vorgenommen, ohne Zusammenhang mit den Verhandlungen über das Mandat des Wiener Treffens. Im Einvernehmen mit unseren Verbündeten im Warschauer Vertrag haben wir beschlossen, bis 1991 sechs Panzerdivisionen aus der DDR, der CSSR und Ungarn abzuziehen und diese aufzulösen. Aus den Gruppen der sowjetischen Truppen, die sich in diesen Ländern befinden, werden ferner Luftsturm- und mehrere andere Verbände und Einheiten abgezogen, einschliesslich Landeübersetztruppen mit Bewaffnung und Kampftechnik. Die in diesen Ländern befindlichen sowjetischen Truppen werden um 50000 Mann und 5000 Panzer reduziert.» Vgl. Europa-Archiv (Dokumente), 1989, S. 23-37.

[27] Wilfried Schreiber, Von einer Militärdoktrin der Abschreckung zu Leitsätzen entmilitarisierter Sicherheit (1987-1990), Dresden Dezember 2007, S. 48.

[13] Heute kann der damalige Ausweich-Gefechtsstand der 3. Armee der NVA bei Kossa-Söllichau in der Dübener Heide (NE von Leipzig) besichtigt werden. Der ehemalige Anlagenkommandant führt durch «seine» Anlage. (Foto: J. Kürsener)

# Süddeutschland als Eckpfeiler der Verteidigung Europas

## Zu den NATO-Operationsplanungen während des Kalten Krieges

Während des Kalten Krieges war Süddeutschland ein wichtiger Eckpfeiler in den Verteidigungsplanungen der NATO. An der Nahtstelle zweier Kommandobereiche, AFCENT und AFSOUTH, drohte ein rascher Vorstoss von Truppen des Warschauer Paktes aus der ehemaligen Tschechoslowakei heraus durch Bayern zum Rhein. Erschwerend kamen die neutralen Staaten Österreich und die Schweiz hinzu. Diese mögliche Einfallsschneise in Ost-West-Richtung musste bei den Planungen daher stets berücksichtigt werden. Der «Fall Süd» war der Deckname für die Alternativplanungen des deutschen II. Korps bei einem Bruch der Neutralität durch Moskau. Der erstmalige Blick auf die bis vor Kurzem noch geheimen «scharfen» Einsatzpläne der NATO für Süddeutschland zeigt die Schwierigkeiten, mit denen die Militärplaner der Nordatlantischen Allianz bis 1989/90 zu kämpfen hatten.

Helmut R. Hammerich

Dr., Oberstleutnant und Mitarbeiter am Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr (MGFA); Zeppelinstrasse 127/128, D-14471 Potsdam, Deutschland.  
E-Mail: [HelmutHammerich@bundeswehr.org](mailto:HelmutHammerich@bundeswehr.org)

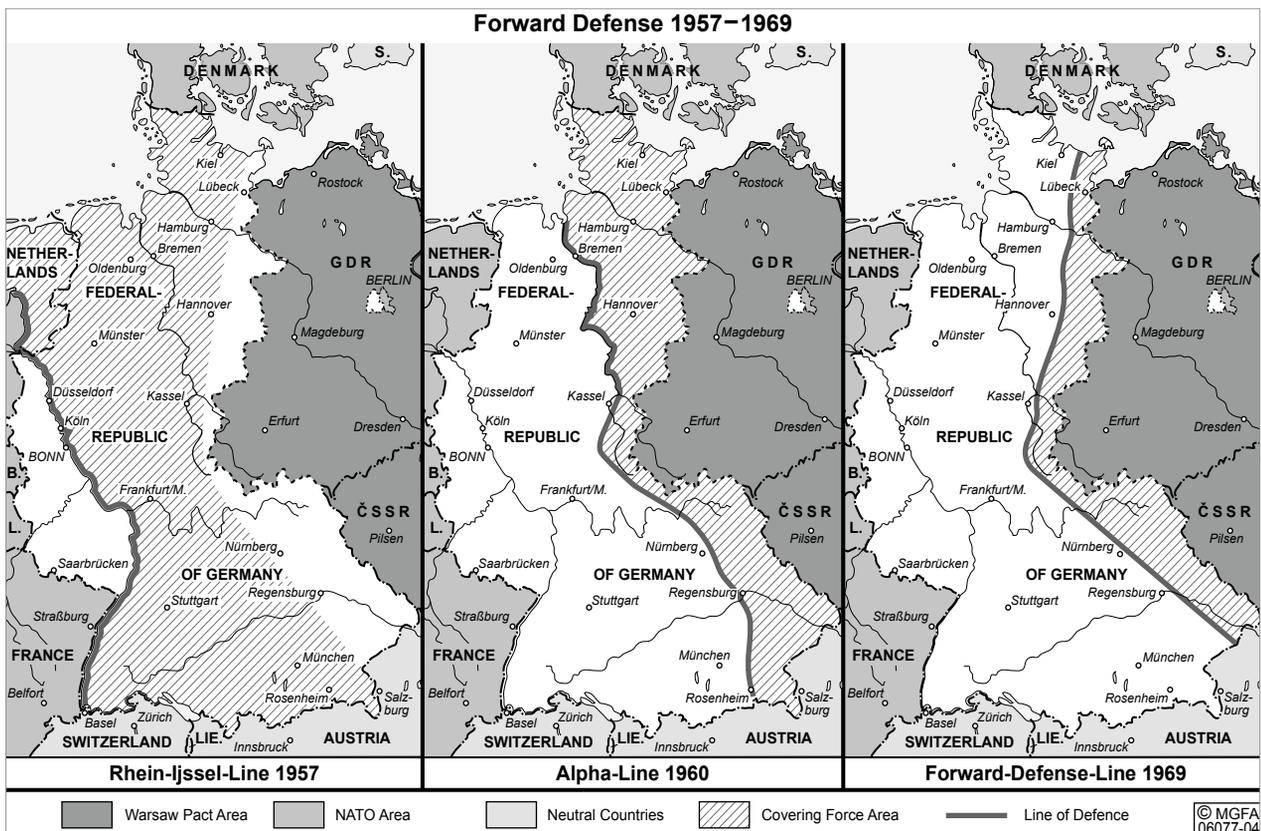
Während des Kalten Krieges waren die Norddeutsche Tiefebene und das «Fulda-Gap» mögliche Einfallstore für die gepanzerten Truppen des Warschauer Paktes nach Westeuropa. Die Mittel- und Hochgebirgslandschaften Süddeutschlands waren für einen Angreifer hingegen weniger günstig<sup>[1]</sup>. Dennoch wurde seitens der NATO mit einem Angriff auf breiter Front aus dem tschechischen Grenzgebiet und durch das neutrale Österreich gerechnet. Dieser so genannte «Fall Süd» hätte die 590 Kilometer

**Dennoch wurde seitens der NATO mit einem Angriff auf breiter Front aus dem tschechischen Grenzgebiet und durch das neutrale Österreich gerechnet.**

lange Frontlinie der NATO-Heeresgruppe Mitte (CENTAG) um weitere 170 Kilometer verlängert. Zudem wäre der Zusam-

menhalt zwischen den NATO-Kommandobereichen AFCENT und AFSOUTH bedroht gewesen<sup>[2]</sup>. Der Alpenraum galt aus geostrategischer Sicht stets als gefährdete Region. Der militärische Verlust dieser Region hätte eine Verteidigung Mitteleuropas – der Central Sector – ebenso erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht, wie der Verlust der Nordflanke in Schleswig-Holstein und Dänemark. Offene Flanken im Norden oder Süden hätten eine Rücknahme der Verteidigungslinien im Abschnitt Europa-Mitte mit nicht abschätzbaren Auswirkungen auf die Kriegsführung zur Folge gehabt<sup>[3]</sup>. Wichtige Schlüsselgelände wären dann nur noch durch den Einsatz atomarer Mittel zu halten gewesen.

Bei den Militärplanern kamen jedoch früh Zweifel auf, ob das Gefecht der verbundenen Waffen unter atomaren Bedingungen überhaupt führbar sei. Selbst der selektive Einsatz nuklearer Waffen auf deutschem Boden konnte nicht im Interesse der Bundesrepublik liegen. Um auf den frühzeitigen Einsatz von Atomwaffen verzichten zu können, fehlten der NATO für die Vorverteidigung allerdings bis weit in die 1970er Jahre hinein die konventionellen Land- und Luftstreitkräfte. In diesem Dilemma mussten die deutschen Truppenführer die Verteidigung der deutschen Heimat ausplanen und üben. Der Kompromiss war einerseits die Umsetzung der «Emergency Defence Plans» (EDP) bzw. ab 1971 der General Defence Plans (GDP) der Kommandobehörden der NATO mit so wenig atomarem Feuer auf deutschem Boden wie möglich sowie die vermehrte Einflussnahme auf die atomare Zielplanung der



[1]

NATO. Insgesamt waren die Operationspläne der NATO zur Verteidigung Westeuropas gegen einen massiven Angriff des Warschauer Paktes in diesen Jahrzehnten trotz des Strategiewechsels der NATO von der Massiven Vergeltung zur flexiblen Reaktion auf einen frühzeitigen Einsatz von Atomwaffen ausgerichtet. Noch in den 1980er Jahren wäre der Griff zu den taktischen Atomwaffen nicht ausgeschlossen gewesen, um wichtige Schlüsselgelände zu halten<sup>[4]</sup>.

### Sowohl die Unterlagen der NATO als auch des Warschauer Paktes sind schwer oder gar nicht zugänglich.

Die Beschäftigung mit den Kriegsplanungen der Militärbündnisse im Kalten Krieg ist nicht ganz einfach. Die Hauptschwierigkeit liegt im Aktenzugang. Sowohl die Unterlagen der NATO als auch des Warschauer Paktes sind schwer oder gar nicht zugänglich. Die Archivsituation in Moskau ist wenig ermutigend. Die NATO begann immerhin auf Nachfrage mit der Herabstufung wichtiger Dokumente, allerdings bleiben die atomaren Einsatzpläne für Historiker wohl auf nicht absehbare Zeit weiter gesperrt. Diese sind deshalb auf Zweitüberlieferungen in nationalen Archiven oder auf Zeitzeugenbefragungen angewiesen. Erste Ergebnisse können sich durchaus sehen lassen, auch wenn immer wieder betont werden muss, dass Übungsunterlagen oder nationale Pläne nicht unbedingt mit den Operationsplänen der Militärbündnisse deckungsgleich sind<sup>[5]</sup>. Zumindest lässt die derzeitige Quellenlage Rückschlüsse auf das damals herrschende Kriegsbild und auf die Umsetzung politischer und strategischer Vorgaben durch die Militärs zu. Die Auswirkungen

dieser Pläne zeichnen sich wiederum an der Sicherheits-, aber auch gesellschaftspolitischen Kontroverse der 1970/80er Jahre über die Führbarkeit eines Atomkrieges ab<sup>[6]</sup>.

Die Verteidigung des Bündnisgebietes so weit östlich wie möglich war ein dringendes Anliegen deutscher Militärs und entsprach auch den gültigen NATO-Strategiepapieren. Mit der Assignierung deutscher Grossverbände konnte der Kampf nahe der innerdeutschen Grenze aufgenommen wer-

- [1] Harald van Nes, Fränkisches Mittelgebirge, Oberpfälzer Wald und Bayerischer Wald. Landschaftliche Erscheinungsformen und ihr Einfluss auf die Bewegungsmöglichkeiten mechanisierter Grossverbände im Gefecht, Jahresarbeit Führungsakademie, Hamburg 1968.
- [2] Andreas Steiger, Vom Schutz der Grenze zur Raumverteidigung: Beiträge zur Geschichte des österreichischen Bundesheeres von 1968 bis 1978, Wien 2000. István Balló, Die Ungarische Volksarmee im Warschauer Pakt. Möglichkeiten und geplante Aufgaben Richtung Österreich vor 1989. In: ÖMZ 2/98, S. 161-166.
- [3] Dieter Krüger, Brennender Enzian. Die Operationspläne der NATO für Österreich und Norditalien 1951 bis 1960, Freiburg i.Br./Berlin/Wien 2010.
- [4] Helmut Hammerich, Die Operationspläne der NATO zur Verteidigung der Norddeutschen Tiefebene in den 1980er Jahren, Vortragsmanuskript 51. ITMG, Potsdam 2010.
- [5] War Plans and Alliances in the Cold War: Threat Perceptions in the East and the West. Ed. by Voitech Mastny, London 2006. Zu den ersten Ergebnissen zu den Operationsplänen des Warschauer Paktes siehe die Web-Seite des Parallel History Project on NATO and the Warsaw Pact: [www.isn.ethz.ch/php/index.htm](http://www.isn.ethz.ch/php/index.htm).
- [6] Rüdiger Schmitt, Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland: Ursachen und Bedingungen der Mobilisierung einer neuen sozialen Bewegung, Opladen 1990; Philipp Gassert, Tim Geiger, Hermann Wentker (Hrsg.), Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011.

[1] Die Vorverteidigung 1957–1969

den. Doch vor allem Briten und Franzosen waren in dieser Frage sehr zurückhaltend. Bis 1957 war die Hauptverteidigungslinie die Rhein-Ijssel-Linie. Davor lag die Verzögerungszone bis zur Ems-Neckar-Linie, davor wiederum eine erste Widerstandslinie an der Weser-Lech-Linie. Die NATO ging allerdings davon aus, dass Feindkräfte bereits nach wenigen Tagen die Ems-Neckar-Linie überschritten hätten. Ein erster Durchbruch aus deutscher Sicht konnte im Juli 1958 mit dem EDP 2-58 und der Aufgabe der Rhein-Ijssel-Linie zugunsten der Ems-Neckar-Linie als Hauptverteidigungslinie erzielt werden. Ab der Weser-Lech-Linie sollte der Feind nun verzögert werden. Im Süden führte die CENTAG ab Sommer 1958 vier nach Osten vorgeschobene Verteidigungslinien ein, die vorderste Linie verlief vom Vogelsberg westlich von Fulda über Schweinfurt und Nürnberg nach Landshut und Rosenheim. Im Süden sollten französische Streitkräfte nun nicht mehr entlang der Iller sondern bereits am Lech den Kampf aufnehmen. Im Norden sprach sich der britische NATO-Oberbefehlshaber aufgrund fehlender Divisionen weiterhin gegen eine Vorverlegung der Verteidigung ostwärts der Weser aus. Dennoch befahl der NATO-Oberbefehlshaber Europa (SACEUR) Lauris Norstad im April 1962, eine bewegliche Verteidigung unmittelbar am Eisernen Vorhang beginnen zu lassen<sup>[7]</sup>. Allerdings wurde in einer NATO-Übung deutlich, dass auch eine Verstärkung des Geländes in der Verzögerungszone und hier der Einsatz von Atomsprengladungen (ADM) und der frühzeitige Einsatz von anderen taktischen Nuklearwaffen für eine erfolgreiche Vorverteidigung notwendig waren<sup>[8]</sup>. Mit dem EDP 1-63 vom September 1963 hatten sich die operativen Vorstellungen vor allem der deutschen Militärs endgültig durchgesetzt. Die Ems-Neckar-Linie als Hauptverteidigungslinie wurde zugunsten der Weser-Lech-Linie aufgegeben. Im Gegensatz zu den früheren Planungen wären damit im Kriegsfall statt bis dahin 50 Prozent rund 90 Prozent des Bundesgebietes verteidigt worden. Der Preis war allerdings hoch, denn die NATO-Oberbefehlshaber gingen davon aus, dass frühzeitig Atomwaffen eingesetzt werden mussten.

### Die Ems-Neckar-Linie als Hauptverteidigungslinie wurde zugunsten der Weser-Lech-Linie aufgegeben.

Nicht nur die Grossübungen der NATO und der Bundeswehr zeigten, dass Ende der 1960er Jahre mit der neuen Strategie der Flexiblen Antwort eine auf konventionelle Streitkräfte abgestützte Vorverteidigung auf tönernen Füßen stand. Angesichts des Ausscheidens Frankreichs aus der militärischen Bündnisorganisation 1966 und angesichts der Truppenreduzierungen anderer Bündnispartner war es zweifelhaft, ob nach einem massiven Angriff so weit vorne verteidigt werden konnte. Dennoch setzten sich Vorstellung vom «begrenzten Krieg» durch, die sich im Zuge des Strategiewandels in den Vordergrund drängten. Zahlreiche Übungen und Manöver waren auf einen konventionellen Krieg ausgerichtet und beeinflussten zunehmend auch die Operationsplanungen der NATO<sup>[9]</sup>. So hatte die Gefechtsübung des Heeres für das Jahr 1968 «SCHWARZER LÖWE» die bewegliche Führung im nicht-atomaren Gefecht zum Thema. Damit war auch die Absicht verbunden, den gültigen EDP im Abschnitt des II. Korps zu überprüfen. Die Übungsauswertung zeigte, dass das be-

wegliche Gefecht unter nicht-atomaren Bedingungen durchaus erfolgreich zu führen war. Allerdings stellte es hohe Anforderungen an Mensch und Material und setzte die Bildung von panzerstarken operativen Reserven - die im Frieden fehlten und im Krieg schwer zu bilden waren - voraus. Die «rote Manöverpartei» konnte sich in der Gesamtbewertung durchsetzen und zeigte, welche Gefahr von einem hoch beweglichen Feind mit weit gesteckten Angriffszielen ausging. Es war daher kaum verwunderlich, dass in der Gefechtsübung des Heeres «GROSSER RÖSSELSPRUNG» im Folgejahr der Übergang zum atomar geführten Gefecht und der selektive Einsatz von taktischen Nuklearwaffen geübt wurde<sup>[10]</sup>.

### Die Planungen zur Verteidigung Süddeutschlands in den 1960/70er Jahren

Mit den in Ostdeutschland und der ehemaligen Tschechoslowakei stationierten mechanisierten Kräften, 1968 immerhin allein 26 sowjetische Divisionen, war der Warschauer Pakt in der Lage, jederzeit ohne Aufmarschvorbereitungen bzw. nach kurzer Vorbereitung überraschende und raumgreifende Angriffsoperationen durchzuführen<sup>[11]</sup>. Bei einem Angriff aus dem Stand lag die Vorwarnzeit unter acht Stunden, was für den Aufmarsch der NATO gemäss den Einsatzplanungen nicht ausreichte. Für einen solchen Überraschungsangriff gab es zwar Notfallpläne, die

### Bei einem Angriff aus dem Stand lag die Vorwarnzeit unter acht Stunden, was für den Aufmarsch der NATO gemäss den Einsatzplanungen nicht ausreichte.

jedoch die Alarmverbände vor kaum lösbare Aufgaben stellten. Am wahrscheinlichsten waren aber Vorwarnzeiten zwischen 48 und mehr Stunden. Die Truppen des Warschauer Paktes wollten entscheidende Geländerräume in schnellem Zugriff nehmen, um die Operationsfreiheit ihrer Panzerverbände zum Stoss in die Tiefe Richtung Rhein – dem ersten operativen Ziel – zu gewinnen. Im Bereich der CENTAG wurde der Hauptstoss aus dem Thüringer Becken heraus in Richtung auf Frankfurt und Nebenstösse über Meiningen und Würzburg auf Mannheim und über Hof-Bayreuth-Bamberg auf Karlsruhe angenommen<sup>[12]</sup>.

Mit Entlastungsangriffen aus dem Gebiet der ehemaligen Tschechoslowakei mit Schwerpunkt nördlich der Donau beiderseits Nürnberg und aus der Further Senke über Cham zum Donau-Abschnitt Regensburg-Straubing-Deggendorf musste ebenso gerechnet werden, wie ein Angriff unter Verletzung der Neutralität Österreichs über München-Ulm-Stuttgart an den Rhein<sup>[13]</sup>. Neuere Aktenfunde, vor allem in den Beständen der ehemaligen Nationalen Volksarmee der DDR, lassen darauf schliessen, dass die Schweiz keine grössere Rolle in den Planungen des Warschauer Paktes spielte. Vielmehr kann davon ausgegangen werden, dass die zwei südlichen Stossrichtungen über Österreich und Süddeutschland und über Österreich und Norditalien bewusst an der Schweiz vorbeigeführt bzw. nur die Nordschweiz leicht tangiert worden wäre<sup>[14]</sup>. Eine erste Angriffswelle des Warschauer Paktes hätte 12 bis 16 Divisionen umfasst. Zudem kam Ende der

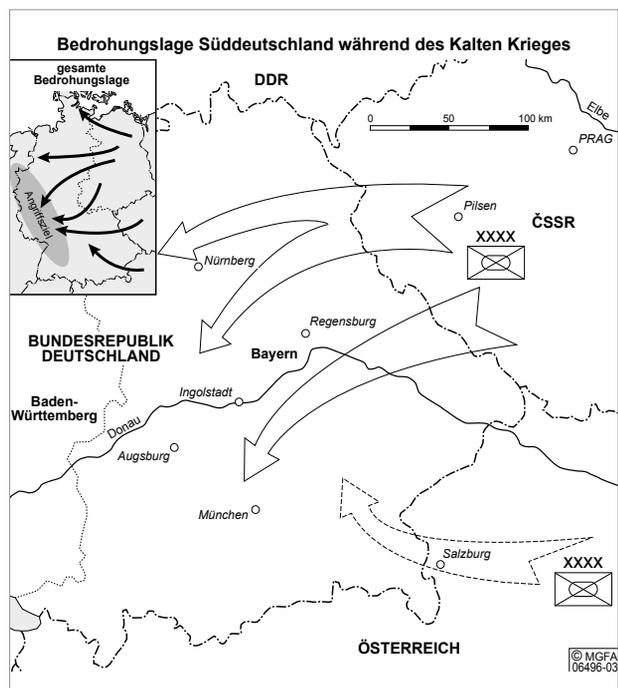
60er Jahre eine 7:1-Überlegenheit bei der Artillerie und eine 4:1-Überlegenheit des Warschauer Paktes an konventionellen Kampfflugzeugen hinzu. Pro Tag wurde von 2500 bis 4000 konventionellen Einsätzen und insgesamt rund 800 möglichen nuklearen Einsätzen mit Strike-Flugzeugen und Flugkörpern gegen Ziele im gesamten AFCENT-Bereich ausgegangen<sup>[15]</sup>. Während die Heeresgruppe Nord (NORTHAG) mit vier Korps nebeneinander im Verlauf der WESER verteidigen sollte<sup>[16]</sup>, beabsichtigte die CENTAG, ebenfalls mit vier Korps beweglich zu verteidigen<sup>[17]</sup>. Dabei sollte das III. deutsche Korps die linke Flanke der Heeresgruppe halten, während das amerikanische V. Korps die schwere Aufgabe hatte, die Fulda-Lücke zu verteidigen. Südlich davon stand das amerikanische VII. Korps und das deutsche II. Korps.

... vor allem der Bestände der ehemaligen Nationalen Volksarmee der DDR, lassen darauf schliessen, dass die Schweiz keine grössere Rolle in den Planungen des Warschauer Paktes spielte.

Das deutsche II. Korps sollte bei einem Überraschungsangriff unter gleichzeitiger Herstellung der vollen eigenen Abwehrbereitschaft den Feind so weit östlich wie möglich auffangen und ihn im Gegenangriff zurückwerfen und damit einen Durchbruch des Feindes aus dem Süden zum Rhein bzw. Ruhr verhindern. Dabei bildeten der Oberpfälzer und der Bayerische Wald den Eckpfeiler der Verteidigung Süddeutschlands. Dazu standen dem II. Korps eine Panzergrenadierdivision und eine Gebirgsdivision mit insgesamt rund 600 Kampf- und Jagdpanzern zur Verfügung. Die verstärkte 10. Panzergrenadierdivision mit vier Brigaden war in den 1960er Jahren Heeresgruppenreserve der CENTAG. Das Korps hatte einen rund 160 Kilometer breiten Gefechtsstreifen zu verteidigen, der sich bei einer Verletzung der Neutralität Österreichs sogar auf über 300 Kilometer erweitert hätte<sup>[18]</sup>.

Allerdings hätte sich erst im Kriegs-falle gezeigt, ob die Planungen nicht zu ambitioniert waren.

Die vorn eingeplanten Brigaden der NATO sowie wichtige Teile der Divisionen hatten bereits im Friedensbetrieb einen hohen Präsenzgrad und eine hohe Einsatzbereitschaft. In sehr kurzer Zeit konnten sie ihre Einsatzräume erreichen und Kampfbereitschaft herstellen. Komplexe Alarmsysteme der NATO und der jeweiligen Bündnispartner sollten gewährleisten, dass alle Verbände schnellstmöglich vom Friedens- in den Kriegszustand versetzt werden konnten. Dazu gab es innerhalb der NATO drei Alarmstufen, Simple Alert, Reinforced Alert und General Alert. Davor gab es noch die Stufe Military Vigilance und für den speziellen Fall eines Überraschungsangriffes des Warschauer Paktes die Stufe Counter Surprise<sup>[19]</sup>. Allerdings hätte sich erst im Kriegsfall gezeigt, ob die Planungen nicht zu ambitioniert waren. Vor allem der Aufmarsch der Verzögerungskräfte bereitete den Militärplanern Kopfzerbrechen. Die Friedensgarnisonen einiger Grossverbände wa-



[2]

ren weit von den Einsatzräumen entfernt, Querverschiebungen und Überkreuzbewegungen wären nicht ausgeblieben<sup>[20]</sup>.

- [7] Schreiben Norstad an CINCENT Jacquet, 6.4.1962, SHAPE/80/62 (P-5 R-150 E 53). Für die Herabstufung zahlreicher Dokumente danke ich Dr. Greg Pedlow, Historical Office SHAPE, Mons.
- [8] NATO EX HOSTAGE BRUN, Juni 1962. BMVg, Füh II Erfahrungsberichte NATO-Übungen, BArch, BH 1/599.
- [9] Johannes Steinhoff und Reiner Pommerin, Strategiewechsel: Bundesrepublik und Nuklearstrategie in der Ära Adenauer-Kennedy, Baden-Baden 1992 (=Nuclear History Program, Bd 30/1).
- [10] III. Korps, G 3, Erfahrungsbericht GROSSER RÖSSELSPRUNG, 19.12.1969, BArch, BH 7-3/14.
- [11] Zur sowjetischen Militärstrategie David M. Glantz, The Military Strategy of the Soviet Union: A History, Abingdon, Oxon 2nd 2004, hier S. 169-213.
- [12] Einen ausgezeichneten Überblick bietet Generalmajor a.D. Dieter Brand, Politische, strategische und operative Rahmenbedingungen, in: 50 Jahre Panzertruppe der Bundeswehr 1956-2006, hrsg. vom Freundeskreis der Offiziere der Panzertruppe, Uelzen 2006, S. 9-53.
- [13] Zu den Operationsplanungen des Warschauer Paktes anhand tschechischer Akten siehe Petr Lunak and Voitec Mastny, Taking Lyon on the Ninth Day? The 1964 Warsaw Pact Plan for a Nuclear War in Europe and related Documents. PHP Publications Series Washington D.C./Zurich May 2000. www.isn.ethz.ch/pubs/ph/details.cfm?lng=en&id=1069.
- [14] Rudolf Jaun, Die Planung der Abwehr in der Armee 61 in ihrem historischen Kontext, in: Peter Braun, Hervé de Weck (Hrs.), Die Planung der Abwehr in der Armee 61, Bern 2009, S. 35-48.
- [15] GI an Insp der Lw, 30.1.1969, Operationsplanung NORTHAG/2. ATAF, BArch, BL 1/4050. Für diesen Hinweis bin ich meinem Kollegen Dr. Bernd Lemke sehr dankbar.
- [16] Dazu Warfare in the Central Sector, 1948-1968, ed. by Jan Hoffenaar and Dieter Krüger (in Vorbereitung).
- [17] CENTAG-EDP-Übung GRAND SLAM II 1963, KTB II. Korps Juni 1963, BArch, BH 7-2/148.
- [18] Helmut Hammerich, Der Kampf ums Edelweiss. Das II. (GE) Korps und die geplante Verteidigung der bayerischen Alpen während des Kalten Krieges, in: Peter Braun, Hervé de Weck (Hrsg.), Die Planung der Abwehr in der Armee 61, Bern 2009, S. 51-73.
- [19] Klaus A. Maier, Die politische Kontrolle über die amerikanischen Nuklearwaffen, in: Christian Greiner, Klaus A. Maier und Heinz Rebhan, Die NATO als Militärralliance. Strategie, Organisation und nukleare Kontrolle im Bündnis 1949 bis 1959, München 2003, S. 251-396, hier S. 332f.
- [20] Ulrich de Maizière, Verteidigung in Europa-Mitte. Studie im Auftrag der Versammlung der Westeuropäischen Union, 3. Aufl., München 1975.

[2] Bedrohungslage Süddeutschland während des Kalten Krieges

Das II. Korps plante die Abwehr mit der 4. Panzergrenadierdivision im Schwerpunkt links und 1. Gebirgsdivision rechts eingesetzt. Erstere sollte mit der Masse ihrer Kräfte an der Naab, rund 30 Kilometer westlich der Grenze zur damaligen Tschechoslowakei, kämpfen. Die 1. Gebirgsdivision sollte das Chamer Becken und die Zugänge zum bayerischen Wald behaupten. Für die Überwachung bis zur österreichischen Grenze war nur ein Deckungsverband (FREYUNG) in Stärke eines verstärkten Panzeraufklärungsbataillons vorgesehen. Einen Durchbruch des Feindes über die Naab und über die Donau galt es zu verhindern<sup>[21]</sup>. Das Korps verfügte über keine grösseren Reserven. Vielmehr standen die jeweiligen Divisionsreserven unter Führungsvorbehalt des Korps. Eine Reaktion auf die fehlenden Korpsreserven war die – jedoch nur zeitlich befristete – Schaffung eines selbständigen Panzerregiments und die Unterstellung einer Luftlandebrigade für jedes deutsche Korps in der Heeresstruktur 3 ab 1970.

### Die Atomartillerie sollte so vorgezogen werden, dass Truppenmassierungen auch ostwärts der Grenze vernichtet worden wären.

Nach Freigabe der Atomwaffen durch den amerikanischen Präsidenten wären entsprechend dem atomaren Feuerplan der Artillerie die taktischen Nuklearwaffen zum Einsatz gekommen. Die Korpsartillerie<sup>[22]</sup> sollte Feindmassierungen, Bereitstellungen und Artillerienester vernichten und auf Abruf zusätzliche atomare Feuerfelder auslösen. Feuerfelder bestanden aus mehreren atomaren Zielpunkten. Diese Feuerfelder bildeten neben weiteren geplanten Einzel-Zielpunkten den Feuerplan der atomaren Artillerie. Die Atomartillerie sollte so vorgezogen werden, dass Truppenmassierungen auch östlich der Grenze vernichtet worden wären. Ziele waren in erster Linie markante Verkehrspunkte und Brücken, aber auch Ortsausgänge, Ortsmitten und Höhengelände. Damit sollten die feindlichen Reserven bzw. Folgestaffeln zerschlagen werden. Die strategischen Reserven des Feindes sollten als Teil des atomaren Feuerplanes durch die Einsatzmittel der Armee und jene der Luftwaffe vernichtet werden. Im Falle eines Bruchs der Neutralität Österreichs war mit dem verstärkten Einsatz von Atomwaffen am Südflügel des II. Korps zu rechnen. Zu Beginn der 60er Jahre hätten dazu von der übergeordneten amerikanischen 7. Armee zusätzlich rund 50 Atomsprengkörper zwischen 1 und 45 KT angefordert werden können<sup>[23]</sup>. Trotz der fehlenden Anhänge mit den Details zum Artillerieeinsatz lässt sich feststellen, dass die zusammengefasste Feuerkraft des Korps und der Divisionen eine verheerende Wirkung auf mögliche Angriffskräfte gehabt hätte.

Den Divisionen standen für das Abwehrgeschehen auch Atomsprengladungen (ADM) zur Verfügung<sup>[24]</sup>. Die Einsatzorte waren in erster Linie Strassen und Strassenkreuzungen. Noch Ende 1965 mussten die Korps alle vier bis fünf Kilometer einen ADM-Punkt festlegen, wobei die ADM-Anschlusspunkte zu den benachbarten Korps vorgegeben waren<sup>[25]</sup>. Bei einer Breite des Gefechtsstreifens des II. Korps von rund 160 Kilometer können somit mindestens 40 vorgeplante ADM-Punkte

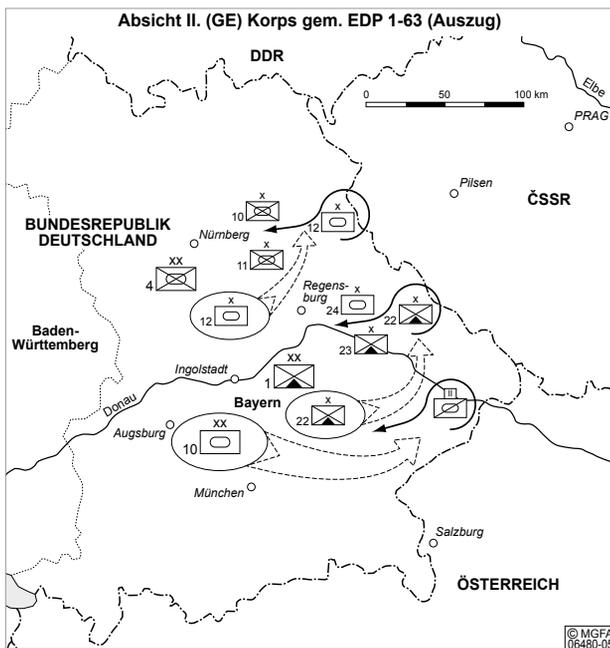
angenommen werden. Der damalige Kommandierende General des I. Korps, Generalleutnant Meyer-Detring, brachte noch während der Erkundung der ADM-Punkte seine Skepsis zum Ausdruck: «Wenn das geschieht, ist es das Ende Deutschlands und wohl auch der meisten Deutschen.»<sup>[26]</sup> Erst 1985 wurde der Abzug aller Atomsprengladungen aus Deutschland angeordnet.

### Den Divisionen standen für das Abwehrgeschehen auch Atomsprengladungen (ADM) zur Verfügung.

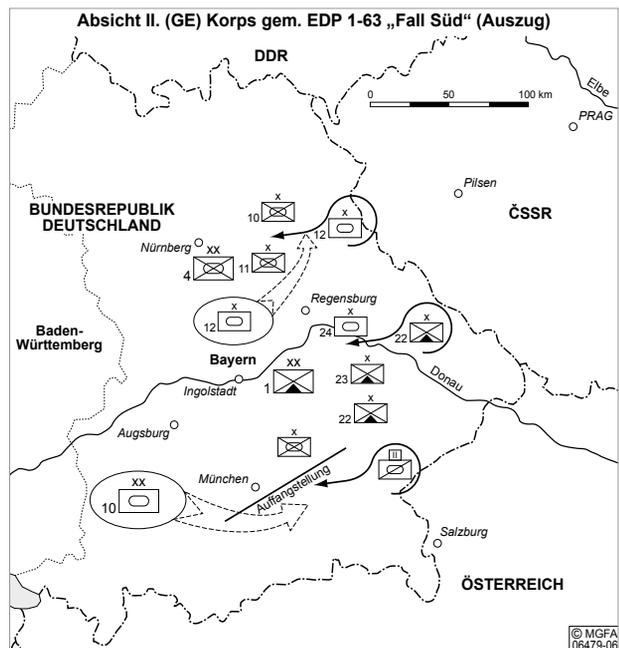
Schliesslich sollten Kampfflugzeuge der 4. Taktischen Luftflotte der NATO (FOURATAF) dem II. Korps durch bewaffnete Aufklärung entlang der Anmarschstrassen des Feindes und durch Luftnahunterstützung («Close Air Support») mit nichtatomaren Mitteln zur Hilfe kommen. Darüber hinaus wären nach Freigabe die Ziellpläne des CENTAG «Nuclear Strike Plan» und das «Armed Strike Recce»-Programm durchgeführt worden. Dabei wären Ziele in der Tiefe vernichtet worden. Dazu standen 1968 rund 400 Kampfflugzeuge zur Verfügung. Allerdings wies die Luftwaffe immer darauf hin, dass die Kräfte zur Unterstützung des Heeres in einer beweglichen Abwehrschlacht aufgrund der Notwendigkeiten, die strategischen Einsatzplanungen durchzuführen, nicht ausreichen würden<sup>[27]</sup>.

#### Der «Fall Süd»

Ein Angriff des Warschauer Paktes durch Österreich hätte die operativen Aufgaben der NATO-Kommandeure deutlich erschwert. Allein die Breite des Gefechtsstreifens des deutschen II. Korps hätten sich fast verdoppelt. Dabei wurden zwei unterschiedliche Lagen angenommen. Zum einen die «kleine Lösung», d.h. der Angriff zweier Panzerdivisionen aus dem Raum Budweis über Linz nach Westen. Zum anderen die «grosse Lösung», d.h. eine Angriffsoperation starker gepanzerter Kräfte über Wien nach Westen. Letzteres Szenario hätte allerdings umfangreiche Mobilmachungsmassnahmen vorausgesetzt, die nicht unerkannt geblieben wären<sup>[28]</sup>. In zahlreichen NATO-Übungen wie z.B. der Stabsrahmenübung «CHECK MATE 1961» oder «WINTEX 75» wurde dieser Fall durchgespielt. Auch hier zeigt sich bei genauer Betrachtung, dass die fehlenden Divisionen durch den verstärkten Einsatz atomarer Gefechtsfeldwaffen ausgeglichen worden wären. In seinem Zustandsbericht aus dem Jahre 1971 stellt der Kommandierende General des deutschen II. Korps fest, dass im gültigen GDP ein sehr wahrscheinlicher Vorstoss feindlicher Grossverbände durch Österreich nicht berücksichtigt sei. Vielmehr seien die im eigentlichen Verteidigungsraum bereits überforderten Kräfte des Korps dafür nicht ausreichend und Reserveverbände der NATO stünden nicht zur Verfügung<sup>[29]</sup>. Um eine erst in der Linie Main-Neckar wirksame Verteidigung zu vermeiden, schlug das Korps auf der einen Seite einen frühzeitigen und grenznahen Einsatz atomarer Mittel und auf der anderen Seite den Aufbau zusätzlicher, mobilmachungsabhängiger Kampfverbände und weiterer «Sperrverbände» auf der Basis der Heimatschutztruppe vor<sup>[30]</sup>. Angesichts der dritten Umgliederung des Heeres und der schwierigen Haushaltslage war der erste Vorschlag realistisch, der zweite eher weniger. Dem Korps sollten deshalb ein zusätzlicher Artillerie-Regimentsstab und meh-



[3]



[4]

rere zusätzliche Artillerieverbände zeitlich befristet unterstellt werden. Es blieb die Improvisation: Um keine Lücken entstehen zu lassen, war es notwendig, frühzeitig Verbindung mit dem rechten Nachbarn, dem italienischen IV. Korps, aufzunehmen und die Korpsgrenze nach Süden und Südosten zu verlagern. Dazu trafen sich mehrmals im Jahr Verbindungs-offiziere aus den Korpsstäben, um Absprachen für den «Fall Süd» zu treffen. Diese reichten von den gemeinsamen Anschlusspunkten entlang der Salzach über gemeinsam zu nutzende Versorgungsanlagen bis hin zur möglichen Verstärkung der italienischen Truppen durch deutsche Fallschirmjäger<sup>[31]</sup>. Streitkräfte des Kommandobereichs LANDSOUTH sollten zudem das Inn-Tal sichern und Angriffskräfte Richtung Italien verzögern<sup>[32]</sup>.

### Um keine Lücken entstehen zu lassen, war es notwendig, frühzeitig Verbindung mit dem rechten Nachbarn, dem italienischen IV. Korps, aufzunehmen ...

Das deutsche II. Korps hätte bei einem Angriff über Österreich die Verteidigung südlich der Donau unter Verlegung des Schwerpunktes geführt, um den Feind noch südlich der Isar zu zerschlagen. Dazu sollten Verbände der 1. Luftlandedivision unter Sicherung des Südens der Salzach und der Flusstäler des Inns ab der Landesgrenze verzögern und den Raum Plattling-Landau-Landshut-Freising zeitlich befristet verteidigen, um damit Feindkräften ein Überschreiten der Isar zu verwehren und ein Vordringen in den Raum München zu verhindern. Die 10. Panzerdivision als Korpsreserve sollte dann Feindmassierungen im Gegenangriff zerschlagen. Die beiden anderen Divisionen des Korps sollten aufgrund des neuen Auftrages und der Schwerpunktverlagerung des Korps durch Heimatschutztruppen sowie durch weitere Reservekräfte verstärkt werden. Eine weitere wichtige Massnahme

für den «Fall Süd» war die frühzeitige Border Crossing Authority für die Luftstreitkräfte und für die eigenen Aufklärungskräfte sowie für den Einsatz der Artillerie. Dabei hatte die Luftwaffe nach Freigabe den Auftrag, den Anmarsch der Feindkräfte im Raum Oberösterreich aufzuklären, Feindannäherung durch das Mühlviertel auf die Donau und die Inn/Salzach-Linie zu verzögern und Feindangriffe über Inn und Salzach abzuriegeln. Eine deutliche Verstärkung der Artillerietruppen war ebenso vorgeplant wie die Aufnahme österrei-

[21] CENTAG-EDP-Übung GRAND SLAM II, KTB II. Korps, Juni 1963, BArch, BH 7-2/148

[22] Honest John: 40 km Reichweite, 2-50 KT; Sergeant: 150 km Reichweite, 2-50 KT. DivArt 6 HJ-Werfer, 12 x 175mm, 4x 203mm-Geschütze. KorpsArt 8 Sergeant-Werfer, 12x 203mm-Geschütze. Erster Raketenab-schuss nach 10-15 Minuten! Zweiter Abschuss nach 10 Minuten (HJ), nach einer Minute (Sergeant).

[23] CENTAG-EDP-Übung GRAND SLAM II 1963, KTB II. Korps Juni 1963, BArch, BH 7-2/148

[24] Reiner Pommerin, General Trettner und die Atom-Minen. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 39 (1991), S. 637-654.

[25] Brief Generalleutnant a.D. Dr. Franz Uhle-Wettler an den Autor vom 30.1.2007.

[26] Zitiert nach Generalleutnant a.D. Uhle-Wettler, Brief an den Autor vom 30.1.2007. Vgl. zum Thema ADM und politische Kontrolle Detlef Bald, Politik der Verantwortung. Das Beispiel Helmut Schmidt, Berlin 2008.

[27] Bernd Lemke, u.a., Die Luftwaffe 1950 bis 1970. Konzeption, Aufbau, Integration, München 2006 (= Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland, Bd 2).

[28] Feindlage gem. Divisionsbefehl Nr. 1/80 für die Verteidigung im BAYERISCHEN WALD (GDP 80), 1. Gebirgsdivision, 9.9.1980, BArch, BH 8-8/207.

[29] Militärischer Zustandsbericht II. Korps für 1971, 14.1.1972, BArch, BH 7-2/476.

[30] II. Korps an FÜH betr. Verbesserung der Abwehrbereitschaft im süddeutschen Raum, 5.1.1973, BArch, BH 7-2/286b.

[31] IV. (IT) Korps an II. (GE) Korps betr. Koordinierungssitzung, 22.1.1975, BArch, BH 7-2/467.

[32] CENTAG EDP 1-60, SHAPE, 35mm, P05 R144, L-028. 1960 war dafür das sogenannte SAVOIA Regiment vorgesehen. Dazu auch Krüger, Brennender Enzian, S. 119-158.

[3] Der Operationsplan des II Deutschen Korps gemäss EDP 1-63 (Auszug)

[4] Der Operationsplan des II Deutschen Korps gemäss EDP 1-63 «Fall Süd» (Auszug)

chischer Verbände, die nach angenommenem 36stündigen Verzögerungskampf die deutsche Grenze erreichten. Auf Befehl des SACEUR war es aber auch möglich, Kampfhandlungen in Österreich durchzuführen. Die CENTAG EDP-Übung «GRAND SLAM II» sah für den «Fall Süd» eine «südliche Eventualgrenze» mit LANDSOUTH entlang der Linie Fernpass-Kufstein-Dachstein-Gebirge vor<sup>[33]</sup>. Allerdings waren diese Kampfhandlungen nicht im EDP vorgeplant. Sämtliche deutschen Korps- und Divisionsbefehle wiesen zudem darauf hin, dass die Grenze nach Österreich nur auf besonderen Befehl überschritten werden dürfe.

### Auf Befehl des SACEUR war es aber auch möglich, Kampfhandlungen in Österreich durchzuführen.

Der geplante Krieg in den 1960/70er Jahren war der Krieg unter atomaren Bedingungen. Die Vorverteidigung hätte vor allem aufgrund fehlender konventioneller Streitkräfte mit dem frühzeitigen Einsatz von Atomwaffen sichergestellt werden müssen. Daran änderte auch der Strategiewechsel der NATO nichts. General de Maizière musste in einem Gespräch mit COMNORTHAG im Januar 1969 erfahren, dass der Operationsplan NORTHAG auf eine Kanalisierung feindlicher Truppen bis zum Erreichen des Abwehrbereiches nahe der Weser ausgerichtet war, um danach mit dem selektiven Einsatz von immerhin 50 Nuklearwaffen die Abwehrschlacht für die NATO entscheiden zu können<sup>[34]</sup>.

### Die NATO-Operationsplanungen für Süddeutschland der 1980er Jahre

Der frühzeitige Rückgriff auf taktische Nuklearwaffen sollte so lange eine Option bleiben, so lange die konventionellen Streitkräfte der NATO hinter den multinationalen Absprachen für einen gemeinsamen Streitkräfteaufbau und vor allem hinter den konventionell kampfkraftigen Armeen im Osten zurück blieben. Gerade in den frühen 1970er Jahren liessen die Aufrüstungsbemühungen der NATO-Mitgliedstaaten jedoch zu wünschen übrig. Die US-Streitkräfte konzentrierten sich auf den Krieg in Asien, während zahlreiche andere Bündnispartner aufgrund wirtschafts- und finanzpolitischer Schwierigkeiten den Streitkräfteaufbau eher vernachlässigten<sup>[35]</sup>. Einzig die Modernisierung wichtiger Waffensysteme machte Fortschritte. Während in den 1960er Jahren die Folgestaffeln der Warschauer Pakt-Streitkräfte durch die

### Zu Recht fragt Dieter Krüger, ob die NATO-Mitgliedstaaten überhaupt bereit bzw. in der Lage waren, die Durchhaltefähigkeit ihrer Streitkräfte für einen rein konventionellen Krieg sicher zu stellen.

Atomic Strike Plans vernichtet werden sollten, konnte dies in den 1980er Jahren durchaus mit konventionellen Mitteln erreicht werden. Das FOFA (Follow-on-Forces-Attack)-Konzept der NATO zur konventionellen Zerschlagung der Folgestaf-

feln des Warschauer Paktes fusste nicht umsonst auf neuen militärtechnologischen Fähigkeiten<sup>[36]</sup>. Dass sich durch die neue NATO-Strategie der Flexiblen Reaktion (MC 14/3) die Sicherheit Deutschlands seit 1968 verbesserte, wird zunehmend bezweifelt. Zu Recht fragt Dieter Krüger, ob die NATO-Mitgliedstaaten überhaupt bereit bzw. in der Lage waren, die Durchhaltefähigkeit ihrer Streitkräfte für einen rein konventionellen Krieg sicher zu stellen<sup>[37]</sup>. Zweifel an der Bereitschaft der Bündnispartner, ihre konventionellen Fähigkeiten auszubauen, kamen aber bereits den Zeitgenossen. General Alexander Haig bezeichnete die Jahre zwischen 1964 und 1974 als «NATO's lost decade».<sup>[38]</sup> Angesichts der Bedrohungsanalyse der frühen 1980er Jahre stellte General Bernard W. Rogers wenige Jahre später fest: «*Under current conditions, if we are attacked conventionally, we can only sustain ourselves conventionally for a relatively short time. I then will be forced to (...) ask for the authorization from my political authorities to use nuclear weapons.*»<sup>[39]</sup> Sein Stellvertreter, General Hans-Joachim Mack, teilte diese Einschätzung. Angesichts der verfügbaren Streitkräfte ging auch er davon aus, in einem Krieg nur Tage, nicht Wochen konventionell standhalten zu können<sup>[40]</sup>. Im NATO-Hauptquartier Europa Mitte (AFCENT) wurde in den 1980er Jahren als «worst-case»-Szenario mit dem massiven Angriff von 16 Armeen als erste Staffel mit über 60 Divisionen, und weiteren 6 Armeen als zweite Staffel der Front mit rund 30 Divisionen gerechnet. Diese konnten innerhalb von zehn bis fünfzehn Tagen in den Kampfzonen sein. In vier bis sechs weiteren Tagen war es möglich, die 34 Divisionen der drei westlichen Militärbezirke zur Verstärkung der ersten Angriffsverbände heranzuführen. Damit war im Bereich der Landstreitkräfte insgesamt eine bedrohliche 3:1-Überlegenheit erkannt, die in bestimmten Durchbruchabschnitten leicht um ein Vielfaches erhöht werden konnte<sup>[41]</sup>. Für den gesamten Bereich Europa Mitte wurden knapp 17000 Kampfpanzer des Warschauer Paktes bei rund 8000 Kampfpanzer der NATO angenommen. Noch deutlicher war die konventionelle Überlegenheit bei den Artilleriegeschützen. Den rund 3000 westlichen Systemen standen über 9000 der Warschauer Pakt-Truppen gegenüber<sup>[42]</sup>. Unterstützt wurde diese gewaltige Landstreitmacht von ca. 4400 Kampfflugzeugen, knapp 2000 Kampfhubschraubern und rund 500 mittleren und schweren Kampfbombern, die im Westen der UdSSR stationiert waren. Darüber hinaus wurde der Central Sector von Verbänden der strategischen Raketenarmee und von starken Luftlandtruppen bedroht. Angenommene Munitionsvorräte für 60 bis 70 Tage und weitere logistische Versorgung für über 100 Tage rundeten das Bedrohungsszenario ab<sup>[43]</sup>. In westlichen Militärkreisen wurden mehrere Angriffsoptionen des Warschauer Paktes gegen die

### Eine zusätzliche Bedrohung identifizierte die NATO ab 1981 in den Operativen Manövergruppen.

NATO diskutiert<sup>[44]</sup>. Darunter galt eine Mischung aus Überraschungsangriff und vorbereitetem massiven Angriff – *der Angriff nach kurzer Vorbereitungszeit* – als am wahrscheinlichsten. Der NATO blieben bei dieser Option nur rund 48 Stunden zwischen Warnung und Kriegsbeginn, davon nur 36 Stunden Vorbereitungszeit für die Truppe<sup>[45]</sup>. Eine zu-

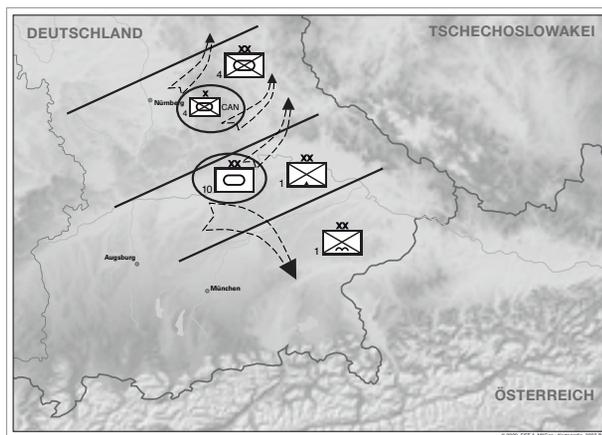
sätzliche Bedrohung identifizierte die NATO ab 1981 in den Operativen Manövergruppen. Militärexperten trauten diesen hochbeweglichen, selbstständig agierenden, gepanzerten Grossverbänden zu, die grenznah eingesetzten Verzögerungskräfte «links liegen zu lassen» und die ersten Verteidigungslinien der NATO rasch zu durchstossen<sup>[46]</sup>. Das Schlagwort «Blitzing NATO»<sup>[47]</sup> machte die Runde und liess die Militärplaner aufschrecken: «*The rapid, concealed movement of 3000-4000 vehicles through one or more divisions already engaged in battle is a staff officer's nightmare*»<sup>[48]</sup>.

Dennoch kamen Wissenschaftler und Militärexperten in der Gesamtschau zu dem Schluss, wie übrigens viele Politiker und Militärs auch, dass trotz der militärischen Überlegenheit des Warschauer Paktes keine akute Kriegsgefahr in Europa bestand<sup>[49]</sup>. Wahrscheinlicher waren Szenarios, die von Grenzstreitigkeiten über verdeckte Aktionen bis hin zum Nehmen von grösseren Geländeabschnitten als politisches Faustpfand ausgingen. Das damals aktuelle Kriegsbild war also nicht unbedingt deckungsgleich mit dem «worst case»-Szenario, welches den «scharfen» Einsatzplänen zu Grunde lag. Wobei anzumerken ist, dass die GDPs durchaus Handlungsoptionen für unterschiedliche Formen militärischer Aggression vorsahen. Doch das «Worst Case»-Szenario war Schwerpunkt des Denkens und der Ausbildung der NATO-Truppen. Die Absicht des NATO-Oberbefehlshabers Europa-Mitte war, den Central Sector so nah wie möglich an der innerdeutschen und tschechischen Grenze zu verteidigen und damit die Integrität des NATO-Territoriums zu behaupten

### So genannte «vital zones» waren das Ruhrgebiet, die Zugangsgebiete zum Rhein zwischen Wesel und Bonn und zwischen Wiesbaden und Karlsruhe.

oder wiederherzustellen. Darüber hinaus sollte die erste operative Staffel der Westgruppe konventionell bei eigener Luftüberlegenheit zerschlagen werden, um danach mit den CINCENT-Reserven gegen die zweite operative Staffel kämpfen zu können. Wenn notwendig und freigegeben, sollten Nuklearwaffen eingesetzt werden, um den Konflikt rasch zu beenden und die Abschreckung wieder herzustellen<sup>[50]</sup>. So genannte «vital zones» waren das Ruhrgebiet, die Zugangsgebiete zum Rhein zwischen Wesel und Bonn und zwischen Wiesbaden und Karlsruhe. Eine Aufgabe dieser Zonen war nicht vorgesehen. CINCENT's «key terrains» waren hingegen der Solling und der Reinhardswald, zwei Mittelgebirgslandschaften in Südniedersachsen und Nordhessen. Auch diese Schlüsselgelände, die Stützpfiler der gesamten Verteidigungsplanung für den NATO-Bereich Europa-Mitte waren, sollten auf keinen Fall von Feindkräften genommen werden.

Im Süden sollte die CENTAG grenznah so verzögern, dass zunächst ausreichend Zeit für den Aufmarsch und das Herstellen der Verteidigungsbereitschaft der Hauptkräfte gewonnen worden wäre. Mit einer Tiefe bis zu 60 Kilometer waren zwischen der Innerdeutschen Grenze und dem Vorderen Rand der Verteidigung (VRV) die Hauptstossrichtungen des Feindes aufzuklären und dem Feind hohe Verluste unter Erhaltung der eigenen Kampfkraft zuzufügen. Eine Verzögerung



[5]

im klassischen Sinne war kaum möglich, die fehlende Tiefe erforderte vielmehr eine zeitlich begrenzte Verteidigung. Zwei bereits damals bekannte Problemfelder waren zum einen die hohe Abnutzung der vorne eingesetzten Aufklärungs- und Kampfverbände, die nach der Aufnahme durch die Hauptver-

- [33] CENTAG-EDP-Übung GRAND SLAM II 1963, KTB II. Korps Juni 1963, BArch, BH 7-2/148.
- [34] GI an Insp der Lw, 30.1.1969, Operationsplanung NORTHAG/2. ATAF, BArch, BL 1/4050.
- [35] Exemplarisch Thomas Robb, The «Limit of What is Tolerable»: British Defence Cuts and the «Special Relationship», 1974-76. In: *Diplomacy & Statescraft*, vol. 22 (June 2011), 2, S. 321-337.
- [36] Hans Henning von Sandrart, Der Kampf in der Tiefe bedingt ein operatives Konzept. In: *Europäische Wehrkunde*, 2/87, S. 71-76; U.S. Congress, Office of Technology Assessment, *New Technology for NATO: Implementing Follow-on-Forces-Attack*, OTA-ISC-309, Washington 1987.
- [37] Dieter Krüger, Schlachtfeld Bundesrepublik? Europa, die deutsche Luftwaffe und der Strategiewechsel der NATO 1958-1968. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 2/2008, S. 171-225.
- [38] Zitiert nach David C. Isby and Charles Kamps, Jr., *Armies of NATO's Central Front*, London 1985, S. 15. Haig war von 1974 bis 1979 NATO-Oberbefehlshaber in Europa.
- [39] Anthony H. Cordesman and Benjamin F. Schemmer, Interview with General Bernard W. Rogers, Supreme Allied Commander, Europe. In: *Armed Forces Journal International*, September 1983, S. 72.
- [40] «Wir können einem Angriff standhalten», Spiegel-Gespräch mit General Hans-Joachim Mack. In: *Der Spiegel*, Nr. 41/1984, S. 153-164.
- [41] Einschätzung Neil Creighton, der 1980 Deputy Chief of Staff for Operations and Intelligence AFCENT wurde. In: *Military Planning for European Theatre Conflict during the Cold War*, S. 46-49.
- [42] Anthony H. Cordesman, *The Role of NATO's Central Region Forces*, London 1987, S. 1-24.
- [43] I. Korps, Befehl Nr. 1 für die Operationsführung im Verteidigungsfall (GDP 88), 31.03.1988, BArch, BH 8-3/437.
- [44] Dieter Farwick, Die Optionen des Warschauer Paktes gegenüber NATO-Europa. In: *Strategiediskussion. NATO-Strategie im Wandel – alternative Sicherheitskonzepte – strategische Defensive*, hrsg. von Hartmut Bühl, Herford/Bonn 1987, S. 91-104. C.J. Dick, *Catching NATO Unawares: Soviet Army Surprise and Deception Techniques*. In: *International Defence Review*, vol. 1 (1986), S. 1-26.
- [45] Korpsbefehl Nr. 1 für die Operationsführung im Verteidigungsfall (GDP 88), 31.03.1988, Anlage A Bedrohung, BArch, BH 8-3/437.
- [46] Chris Bellamy, Antecedents of the Modern Soviet Operational Manoeuvre Group (OMG). In: *The RUSI Journal*, 1984, vol. 129, No. 3, S. 50-58.
- [47] Dazu *Der Spiegel* 48/1984, 26.11.1984, S. 158-160.
- [48] Charles Dick, *Soviet Operational Manoeuvre Groups: A Closer Look*, IDR 6/1983, S. 769-776, hier S. 774
- [49] Siehe auch die Weissbücher der Bundeswehr von 1983 und 1985.
- [50] Stellungnahme General a.D. Hans Henning von Sandrart - von 1987 bis 1991 CINCENT - während der britischen Übung United Shield 2008, an der der Verfasser als militärhistorischer Berater teilnahm.
- [5] Der Operationsplan des II. Deutschen Korps gemäss GDP 1984 – Auszug – (Geo Office V, FST A, 3003 Bern)

teidigungskräfte als Reserven der Divisionen bzw. der Korps benötigt wurden. Den Verzögerungsverbänden wurde zwar eine kurze Zeit der Auffrischung zugestanden, doch zeigten Manöveerauswertungen, dass bei einem massiven Angriff des Warschauer Paktes mit erheblich mehr Ausfällen zu rechnen war als in den Operationsplanungen angenommen.

Zum anderen waren die Zeitberechnungen problematisch. Statt der unbedingt notwendigen 24 Stunden, welche die Verzögerungsverbände standhalten sollten, trauten zahlreiche Militärexperten, die sich auf Simulationen und auf Manöverberichte bezogen, diesen Verbänden angesichts des angenommenen Ansturms aus dem Osten höchsten acht (!) Stunden zu<sup>[51]</sup>. Damit wäre die gesamte Verteidigungsplanung zusammengebrochen, Angriffsverbände in den Aufmarsch der NATO-Truppen gefahren und eine zusammenhängende Verteidigungsoperation kaum mehr möglich gewesen.

Erst Anfang der 1980er Jahre sollte den NATO-Operateuren aufgrund der Verstärkung des deutschen II. Korps durch die Unterstellung der 1. Luftlandedivision, der Ergänzung der 1. Gebirgsdivision durch die Heimatschutzbrigade 56 und der geplanten Unterstellung amerikanischer Verstärkungsartillerie eine nachhaltigere Verteidigungsplanung gelingen<sup>[52]</sup>. Absicht war weiterhin, den Oberpfälzer Wald und den Bayerischen Wald als Eckpfeiler der Verteidigung Süddeutschlands zu behaupten und insgesamt den Durchbruch des Feindes über Naab, Donau und Isar zu verhindern. Das Korps konzentrierte seine Kräfte zunächst nördlich der DONAU gegen einen Angriff aus der ehemaligen CSSR. Die 10. Panzerdivision stand als Korpsreserve nördlich der Donau bereit, konnte aber auch in den Raum südlich der Donau verlegt werden, falls der Hauptangriff über Österreich erfolgen sollte. Weiterhin wurde aber mit einem Angriff auf ganzer Breite des Verteidigungsraumes nördlich der Donau mit Schwerpunkt zwischen Weiden und Cham in Richtung Nürnberg gerechnet. Eine zusätzliche Reserve bildete die kampfkraftige 4. Kanadische Brigadengruppe (4. CMBG), die in das Schlüsselgelände des Korps westlich Nürnberg verlegt wurde. Die kanadischen Panzer und Schützenpanzer sollten in erster Linie eingebrochene Feindkräfte entlang der Bundesstrasse B 14 im Bereich der 4. Panzergrenadierdivision auffangen bzw. im Gegenangriff schlagen. Der Einsatz von weiteren Reservekräften der französischen 1. Armee wurde von CENTAG vorgeplant, war aber von einer entsprechenden Regierungsentscheidung in Paris abhängig.

### Der Einsatz von weiteren Reservekräften der französischen 1. Armee wurde von CENTAG vorgeplant, war aber von einer entsprechenden Regierungsentscheidung in Paris abhängig.

Im Gegensatz zu den Planungen der 1960/70er Jahre war die 1. Gebirgsdivision nur noch für den Raum nördlich der DONAU verantwortlich, für den Raum zwischen DONAU-INN-SALZACH-ISAR waren Teile der 1. Luftlandedivision vorgesehen<sup>[53]</sup>. Im Falle eines Hauptangriffes aus Österreich heraus, hätte das Korps das Verteidigungsgefecht südlich der

Donau mit der geschlossen eingesetzten 10. Panzerdivision geführt, um den Feind noch südlich der Isar abzuwehren. Alle dem Korps verfügbaren Panzerabwehrhubschrauber und die Luftlandebrigade 25 sollten dazu Feindkräfte im Raum zwischen Inn und Isar abnutzen, um Zeit für den Einsatz der Korpsreserve zu gewinnen.

### Zum Einsatz von Atomwaffen

Die CENTAG wollte die Operationen so lange wie möglich nichtatomar führen. Bei selektiver Freigabe von Atomsprengkörpern beabsichtigte die Heeresgruppe vorrangig den Einsatz zur Gefechtsfeldabriegelung rund 80 Kilometer vor den vordersten eigenen Teilen. Bei der generellen Freigabe der Atomwaffen (General Release) war der Einsatz in gesamter Breite und Tiefe des Verantwortungsbereichs der Heeresgruppe vorgesehen. Die Artillerie der Divisionen und der Korps waren

## Für den Bereich des deutschen II. Korps wurde der atomare Feuerkampf gegen Ziele bis zur Linie Karlsbad-Pilsen-Strakonice vorbereitet.

aufgefordert, den atomaren Feuerkampf vorzubereiten, so dass jederzeit der Übergang zum atomaren Einsatz sichergestellt war. Für den Bereich des deutschen II. Korps wurde der atomare Feuerkampf gegen Ziele bis zur Linie Karlsbad-Pilsen-Strakonice vorbereitet. Trotz des geplanten Abzuges von 1000 Nuklearwaffen im Zusammenhang mit dem NATO-Doppelbeschluss verfügte die NATO 1981 noch über etwa 6000 Nuklearwaffen in Europa. Bis 1988 sollten weitere 1400 Nuklearwaffen – vor allem die so genannten Atomminen (ADM), die nuklearen Gefechtsköpfe der Luftverteidigung und ein Teil der nuklearen Gefechtsköpfe der Artillerie – aus Europa abgezogen werden. Der Anteil der nuklearen Kurzstreckenwaffen blieb jedoch hoch. Ende der 1980er Jahre waren zum Beispiel noch 88 LANCE-Waffensysteme in Europa stationiert. 36 davon mit insgesamt 1186 Raketen unterstanden den amerikanischen Streitkräften, 52 mit 553 Raketen den Armeen von sechs weiteren Bündnispartnern, wobei die nuklearen Sprengköpfe in amerikanischer Verfügungsgewalt waren<sup>[54]</sup>.

### Die Französischen Streitkräfte

Bis zum Ausscheiden Frankreichs aus der militärischen Organisation der NATO 1966 spielte die 1. Französische Armee eine wichtige Rolle bei der geplanten Verteidigung Süddeutschlands. Im CENTAG-EDP von 1960 hatten die französischen Streitkräfte den Auftrag, das Verzögerungsgefecht zwischen den Flüssen Lech und Iller zu führen und entlang der Iller zu verteidigen<sup>[55]</sup>. Ein französisches Korps war darüber hinaus CENTAG-Reserve, die 2. Französische Armee war strategische Reserve des Bündnisses. Im CENTAG-EDP 63 war dann bereits eine grenznahe Verteidigung vorgesehen<sup>[56]</sup>. Damit bildeten die französischen Streitkräfte sozusagen die 2. Staffel der Verteidigung Süddeutschlands. Nach 1966 gab es mehrere Vereinbarungen zwischen Paris und der NATO über den Einsatz der konventionellen Streitkräfte bei einem Angriff des Warschauer Paktes<sup>[57]</sup>. 1968



[6]



[7]



[8]



[9]

versicherte General Massu, die französischen Streitkräfte im Kriegsfall an den Lech zu führen. Allerdings konnte dies nur nach einer politischen Entscheidung der französischen Regierung erfolgen. Danach sollten die Verbände der französischen 1. Armee dann CINCENT unterstellt werden. Die operativen Einsatzplanungen für einen solchen Fall wurden daher auch bei CINCENT und auf der Heeresgruppenebene vorbereitet. Die CENTAG plante getrennt vom jeweils gültigen GDP den Einsatz der französischen 1. Armee bzw. des französischen II. Korps im Gefechtsreifen des deutschen II. Korps.<sup>[58]</sup> Unter der Bezeichnung «French Planning» kam es zu direkten Absprachen zwischen einem französischen General und den zuständigen NATO-Generälen und zu Beginn der 1980er Jahre sogar zum gegenseitigen Austausch der scharfen Einsatzpläne. Auf

### Unter der Bezeichnung «French Planning» kam es zu direkten Absprachen ... und zu Beginn der 1980er Jahre sogar zum gegenseitigen Austausch der scharfen Einsatzpläne.

Korpsebene waren Verbindungsstäbe eingerichtet, die auch in zahlreichen NATO-Übungen eingebunden waren. Ein häufiges Kriegsszenario war dabei der Einsatz mechanisierter französischer Streitkräfte bei Gegenangriffen des Korps, zumal angesichts der beachtlichen Gefechtsbreiten kaum eigene Reservekräfte auf Korpsebene verfügbar waren<sup>[59]</sup>. Auch auf

[51] C.J. McInnes, BAOR in the 1980s: Changes in Doctrine and Organisation. In: Defence Analysis, 1988, vol. 4, S. 377-394.

[52] II. Korps, Befehl Nr. 1 (Entwurf) für die Verteidigung Ostbayern (GDP 82), 6.9.1981, BArch, BH 7-2/490.

[53] II. Korps, Befehl Nr. 1 (Entwurf) für die Verteidigung Ostbayerns (GDP 82), 6.9.1981, BArch, BH 7-2/940.

[54] Zu den Gesamtzahlen Briefing Book on NATO Summit in London, 05.06.1990, Bush-Library, [www.php.isn.ethz.ch/collections/colltopic.cfm?lng=en&id=18780&navinfo=14968](http://www.php.isn.ethz.ch/collections/colltopic.cfm?lng=en&id=18780&navinfo=14968) (Letzter Zugriff: 22.09.2011).

[55] CENTAG EDP 1-60, SHAPE, 35mm, P05 R144, L-028.

[56] Erfahrungsbericht GRAND SLAM II, II. Korps 15.5.1963, BArch, BH 7-2/153.

[57] Hier sei vor allem auf das Valentin-Ferber-Abkommen über den Einsatz der 1. (FR) Armee aus dem Jahre 1974 hingewiesen.

[58] Befehl Nr. 1 für die Verteidigung Ostbayerns (GDP 82), OPLAN II. (GE) Korps 33001, 15.02.1982, BArch, BH 7-2/843.

[59] Für die Hinweise bedanke ich mich bei Oberst a.D. Hubertus Mühlig, Regensburg, Oberstleutnant a.D. Jürgen Münz, Paimpol und bei Oberst a.D. Manfred Benkel, München.

[6] Ein Leopard 1 Kampfpfanz der Panzergrenadierbrigade 29 anlässlich der NATO Übung «Lares Team» im Herbst 1976 im Raume Nürnberg - Amberg - Regensburg - Ansbach. (Foto: J. Kürsener)

[7] Der Kommandant eines Aufklärungsradpanzer vom Typ Luchs im Gespräch mit einem Schiedsrichter, anlässlich des NATO Herbstmanövers «Carbine Fortress» 1982 in der Region Würzburg - Bamberg - Wertheim - Fulda. (Foto: J. Kürsener)

[8] Damals ganz neu im Einsatz stand der Kampfpfanz M1 Abrams des 64th Armoured Regiments (Übungspartei Blau) der 3. Infantry Division (Mech) in der Übung «Carbine Fortress» im Herbst 1982. (Foto: J. Kürsener)

[9] Ein amerikanischer M-60 Patton Kampfpfanz durchfährt anlässlich einer NATO-Herbstübung ein bayerisches Dorf. (Foto: wikimedia)

der Verbandsebene fanden Übungen mit französischer Beteiligung statt, so 1980 bei der Panzergrenadierbrigade 13 in Wetzlar<sup>[60]</sup>. Im Gegenzug übten deutsche Verbände in Frankreich. 1987 wurde die Zusammenarbeit während des Grossmanövers «KECKER SPATZ» geübt. Das deutsche II. Korps richtete die Übung im süddeutschen Raum mit 2200 Ketten- und 17 000 Radfahrzeugen aus. Von den 75 000 beteiligten Soldaten kamen über 20 000 Soldaten aus Frankreich.

#### Die 4. Taktische Luftflotte

Die vierte taktische Luftflotte (FOURATAF) hatte den Auftrag, den Gefechtsstreifen der CENTAG gegen feindliche Luftangriffe durch Integrated Air Defence (IAD) zu verteidigen. Des Weiteren sollte sie Luftangriffsoperationen im Rahmen von Offensive Counter Air (OCA), Air Interdiction (AI) mit Schwerpunkt gegen feindliche Reserven bzw. zweite Staffeln in Böhmen und ggf. in Oberösterreich durchführen und die Korps durch Offensive Air Support (OAS) beim Aufmarsch und in der Verteidigung unterstützen<sup>[61]</sup>. Von grossem Vorteil für die Warschauer Pakt-Streitkräfte waren die kurzen Versorgungs- und Verstärkungswege und die zahlreichen grenznahen Fliegerhorste. Die Luftverteidigung war ein weiteres Betätigungsfeld der Luftflotte. Dazu standen zahlreiche Flugabwehrraket Verbände mit den Waffensystemen *Hawk* und *Patriot* für die Bekämpfung feindlicher Flugziele in niedrigen und mittleren Höhen bis zu einer Entfernung von 40 Kilometer zur Verfügung. Eine lückenlose Luftraumüberwachung sollte durch den Einsatz zahlreicher Einrichtungen der Luftunterstützungs-/ Luftverteidigungszentrale und zusätzlicher mobiler Radar-Einheiten der US Air Force sichergestellt werden. Technisch hatte der Warschauer Pakt aufgeholt, so dass rund 400 Jagdbomber Su-24 (Fencer) den Central Sector bedrohten. Modernere Kampfflugzeuge wie die MiG-25, MiG-29 oder die Su-27 und

### Insgesamt war der Warschauer Pakt durchaus in der Lage, in einer sog. Initial Air Operation (IAO) die Luftstreitkräfte der NATO noch am Boden zu zerschlagen ...

Kampfhubschrauber in grossen Stückzahlen standen zur Verfügung. Insgesamt war der Warschauer Pakt durchaus in der Lage, in einer sog. Initial Air Operation (IAO) die Luftstreitkräfte der NATO noch am Boden zu zerschlagen und den Aufmarsch der Landstreitkräfte ernsthaft zu beeinträchtigen. Die 4ATAF war daher gezwungen, ihre Flugzeuge vor einer ersten Angriffswelle zu schützen. Dann wäre die «air campaign» mit Schwerpunkt gegen die ersten ein oder zwei «Wellen», auch mit eigenen Offensivkräften, gefolgt. Danach war eine Gegenoffensive gegen feindliche Luftwaffen-Infrastruktur vorgesehen. Erst dann hätten die Landstreitkräfte der Heeresgruppe direkt unterstützt werden können. Bis 1989/90 blieb allerdings fraglich, ob es möglich gewesen wäre, nach den primären Aufgaben noch die Landstreitkräfte wirkungsvoll zu entlasten<sup>[62]</sup>.

#### Zusammenfassung

General Hans-Henning von Sandrart nannte zahlreiche Grundvoraussetzungen für die Umsetzung seiner operativen

Planungen als NATO-Oberbefehlshaber Europa-Mitte. Einige dieser Voraussetzungen waren allerdings schwer zu erfüllen. Zuerst schätzte er die Alarmierung und Mobilisierung seiner Verbände als problematisch ein. Neben den bereits angesprochenen geringen Vorwarnzeiten sah er einen Zeitbedarf von 96 Stunden, in denen alle Kampfbrigaden aufmarschiert wären. Die nicht weniger wichtigen amerikanischen Verstärkungskräfte benötigten dagegen zwischen 30 und 60 Tage, bis diese auf dem Gefechtsfeld Mitteleuropa verfügbar gewesen wären. Immerhin sollten Teile des amerikanischen III. Korps innerhalb einer Woche in Europa sein und ihre dort gelagerte Ausrüstung aufnehmen. Ab 1969 wurde die Rückkehr von Streitkräften nach Deutschland ein- oder mehrmals im Jahr im Rahmen der Reforger-Übungen praktisch erprobt. Auch das deutsche II. Korps hätte bis zu fünf Tage benötigt, um die volle Gefechtsbereitschaft nach dem personellen und materiellen Aufwuchs zu erreichen<sup>[63]</sup>. Zum Zweiten erkannte der deutsche Vier-Sterne-General ein weiteres Zeitproblem, die Dauer des Verzögerungsgefechtes. Die vorgesehenen 24 Stunden, um die

### Die Vorneverteidigung war durch das Fehlen operativer Reserven geschwächt.

Hauptverteidigungskräfte einsatzbereit in ihre Stellungen zu bekommen, waren angesichts des angenommenen «Red Storm» sehr ambitioniert. Auch die Planung, die abgekämpften Verzögerungsverbände nach kurzer Auffrischung als bewegliche Reserven einsetzen zu können, war sehr optimistisch. Die Vorneverteidigung war durch das Fehlen operativer Reserven geschwächt. Alle alliierten Korps im Bereich Europa-Mitte waren «on line» bzw. an vorderster Front eingeplant. Je nach zugewiesenen Abschnitten konnten die Kommandierenden Generale unterschiedliche Schlachten schlagen. Zum Beispiel wollten die Briten weniger feste Linien wie den Vorderen Rand der Verteidigung als vielmehr die «vital grounds» bzw. die Schlüsselgelände verteidigen<sup>[64]</sup>. Der Feind sollte bewusst tief in den Korpsgefechtsstreifen eindringen, um ihn in beweglicher Verteidigung schlagen zu können. Für deutsche Heeresgenerale stellte dieser Ansatz hingegen eine Bedrohung der Vorneverteidigung dar. Offene Flanken waren zu erwarten, wenn die deutsche Verteidigung am VRV am stärksten geplant war.

### Städte im Kampfgebiet mit einem Stadtkern von über 40 000 Einwohnern sollten trotz der Forderung der Militärs nicht evakuiert werden.

1984 kritisierte General Sir Nigel Bagnall zudem das Fehlen einer Koordinierungslinie, entlang der das Hauptgefecht geführt werden sollte: «Currently this instruction is interpreted in different ways in the four corps without an overall design for battle at Army Group level»<sup>[65]</sup>. Der britische General forderte die Rückkehr der Beweglichkeit in die Operationsplanungen der NATO. Zusammen mit Generalen anderer Bündnisstaaten entwickelte sich so Mitte der 1980er Jahre eine «Neue Operative Schule», die innerhalb der NATO das FOFA-



[10]



[11]

Konzept umsetzen wollte<sup>[66]</sup>. Schliesslich barg der Kampf im eigenen Land grosse Risiken für eine koordinierte, zusammenhängende Operationsführung. Übungsszenarien mit Flüchtlingsströmen nach Westen, verstopften Aufmarschstrassen für die Verteidigungskräfte, usw. vermittelten der militärischen Führung einen Eindruck vom Chaos moderner Landkriegführung. Dabei sollte die Masse der Bevölkerung nicht evakuiert werden. Es gab nur eine sehr begrenzte Evakuierungszone, die dem Gebiet zwischen der innerdeutschen Grenze und den Brigaderäumen entsprach. Evakuierungsbewegungen sollten aber erst nach dem Aufmarsch der Korps stattfinden. Dies setzte eine detaillierte Abstimmung zwischen den Ministerien voraus. Städte im Kampfgebiet mit einem Stadtkern von über 40 000 Einwohnern sollten trotz der Forderung der Militärs nicht evakuiert werden. Evakuierungsstrassen waren ebenfalls nicht festgelegt<sup>[67]</sup>.

### Es stellt sich die Frage, ob letztlich nicht doch allein das strategische Nuklearpotenzial der USA hinreichend für eine funktionierende Abschreckung war.

Den Operationsplanungen der 1980er Jahre lag ein «worst case»-Szenario zu Grunde, welches im Kriegsfall unvorstellbare Folgen für Mitteleuropa und speziell das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland gehabt hätte<sup>[68]</sup>. Die grossen NATO-Herbstmanöver dienten der Überprüfung und Verbesserung der geplanten Abläufe auf Divisions- und Korpsesebene mit Volltruppe. Dabei sollten aber auch taktische und operative Grundsätze in der Praxis geübt werden. Allein die Koordinierungsleistung der höheren Stäbe war dabei beachtlich, mussten doch zum Beispiel bei den Reforger-Manövern Mitte und Ende der 1980er Jahre oft der Einsatz von über 100 000 Soldaten, 10 000 Ketten- und 60 000 Rad-Kfz abgestimmt werden. Doch gerade diese Manöver kamen dem Szenario eines künftigen Krieges sicherlich am nächsten<sup>[69]</sup>. Die bereits von den Zeitgenossen erkannten Problembereiche bei der Umsetzung der scharfen Einsatzplanungen im Kriegsfall deuten auf eine Glaubwürdigkeitslücke der Operationsplanungen der NATO hin, die auch dem Warschauer Pakt nicht verborgen geblieben sein dürfte. Es stellt sich die Frage, ob letztlich nicht doch allein das strategische Nuklearpotenzial der USA hinreichend für eine funktionierende Abschreckung war. Der Einsatz von taktischen Nuklearwaffen

war im betrachteten Zeitraum geplant und hätte aufgrund der konventionellen Überlegenheit des Warschauer Paktes wohl frühzeitig erfolgen müssen, um wichtige Schlüsselgebiete halten zu können. Die Forderung, den konventionellen Streitkräften den Vorrang zu geben, war angesichts der Feindbeurteilung und des eigenen Kräftedispositivs kaum zu realisieren. Parallel zu den letzten grossen NATO-Manövern wies die Politik nicht zuletzt mit der Rede Gorbatschows vor den Vereinten Nationen in New York Ende 1988 mit seinem Angebot der Reduzierung der konventionellen Streitkräfte bereits in eine völlig andere Richtung<sup>[70]</sup>.

*Die Karten sind der Military Power Revue freundlicherweise vom Autor und dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr (MGFA) kostenlos zur Verfügung gestellt worden. Dafür bedanken wir uns recht herzlich – CR MPR.*

- 
- [60] Für die Überlassung der Übungsunterlagen und des Erfahrungsberichtes danke ich Herrn Oberst a.D. Jürgen Eigenbrod, Bad Ems.  
 [61] II. Korps, Befehl Nr. 1 für die Verteidigung Ostbayerns (GDP 82), 15.2.1982, BArch, BH 7-2/940.  
 [62] Sir Patrick Hine, Concepts of Land/Air Operations in the Central Region. In: Journal of Royal United Services Institute, 1984, vol. 129, S. 63-66, hier S. 65. Unberücksichtigt bleibt die nukleare Doppelrolle der taktischen Luftflotte.  
 [63] Stellungnahme General a.D. Hans Henning von Sandrart während der britischen Übung United Shield 2008.  
 [64] Dazu bereits Ende der 1970er Jahre Sir John Hackett, Der Dritte Weltkrieg. Hauptschauplatz Deutschland, Gütersloh 1978.  
 [65] Sir Nigel Bagnall, Concepts of Land/Air Operations in the Central Region: I, Lecture given at the RUSI on 23 May 1984.  
 [66] Shimon Naveh, In Pursuit of Military Excellence. The Evolution of Operational Theory, London, New York 1997.  
 [67] Aufenthaltsregelung für die Zivilbevölkerung, Anlage O, I. (GE) Korps, GDP 88, BArch, BH 8-3/437.  
 [68] J. Michael Legge, Theater Nuclear Weapons and the NATO Strategy of Flexible Response (= RAND R-2964-FF), Santa Monica 1983. Roger L.L. Facer, Conventional Forces and the NATO Strategy of Flexible Response (= RAND R-3209-FF), Santa Monica 1985.  
 [69] Heeresmanöver der Bundeswehr, hrsg. von Gerhard Brugmann, Fürstfeldbruck 2004.  
 [70] Rede vor der UN-Vollversammlung, New York 7.12.1988. In: Europa-Archiv, 44 (1989), Dokumente, Folge 1, D23-D37. Allgemein zum Ende des Kalten Krieges siehe The End of the Cold War: Its meaning and implications, ed. by Michael J. Hogan, Cambridge University Press 1992.

[10] Auch die NATO nutzte Autobahnabschnitte als behelfsmässige Einsatzflugplätze. Die Aufnahme zeigt eine A-10 Warthog der U.S. Air Force bei einer NATO-Übung 1985. (Foto: wikimedia)

[11] Amerikanische F-15 Eagle und eine deutsche F-104G Starfighter überfliegen anlässlich einer Übung das Schloss Neuschwanstein in Bayern. Die F-104 war in den 60er und 70er Jahren das Hauptkampfflugzeug der Bundeswehr. Es war auch nuklearfähig. (Foto: wikimedia)

# Trust Cannot Be Surged – Challenges to Naval Forward Presence

«So my prediction for 2011 is we will begin the cure for «sea blindness» because the oceans of the world will become increasingly important to all of us»<sup>[1]</sup>.

In reaction to the North Korean aggression in November 2010, U.S. naval forces carried out joint naval exercises with South Korea in the Yellow Sea to show force, deter an escalation, and underline support. The involved nuclear carrier USS George Washington was not surged from the Continental United States (CONUS), but from Yokosuka, Japan. It is the only carrier homeported abroad. After the incident, some called for an increased permanent presence in the surrounding waters. But forward presence has been regarded as vital for peace and security the status-quo is endangered. It is increasingly difficult to maintain global presence due to financial restrictions and political considerations, resulting in the lowest number of vessels since World War II.

Larissa Forster

Dr., Postdoctoral Fellow, Ford School of Public Policy, University of Michigan; 7 Richmond Avenue, Worcester, MA 01602, USA.  
E-Mail: larissa.forster@gmx.ch

Today's challenging situation fosters the fear that fewer ships, less presence, lower budgets, and increasing competition will ultimately lead to a loss of U.S. dominance over the world's oceans. The current maritime geopolitical environment, shaped fundamentally by the growing power of China and India, the rapid build-up of the Chinese People's Liberation Army Navy (PLAN) and the increasing strategic importance of the larger Indian Ocean region, constitutes the new realities the U.S. faces. The changing environment is already mirrored in U.S. actions such as a relocation of Marines from Okinawa to Guam. Beginning with the theoretical concept and evolution of forward presence<sup>[\*]</sup>, this paper discusses benefits and challenges, especially pertaining to the Indo-Pacific commons.

## The Concept of Forward Presence

«Forward presence» is one of the core missions<sup>[2]</sup> of the U.S. Navy (USN). Forward presence is comprised of forward sta-

tioned and rotationally deployed forces. The former are dependent on the goodwill and permission of friends and allies. The latter are homeported on U.S. territory and deployed regularly to guarantee a continuous presence. Both forms of presence are important tools of U.S. foreign policy to monitor and influence events. For the past 60 years the service has sent combat credible forces forward. A global navy is characterized by three attributes: dominant, ready, and influential<sup>[3]</sup>. Forward presence enables all these attributes. As the U.S. Navy<sup>[4]</sup> states on its webpage: «The U.S. Navy is engaged. And engaged means being there».

**The great mobility and flexibility of naval power allows for the calibration of action to circumstances.**

At any given time, approximately one third of the fleet is underway. This vast distribution of naval power at all times allows fast reactions, and once the Navy arrives at the crisis location, the ships are immediately ready for action or can adapt a «wait-and see» posture and, if necessary, react to developments. The ability to be present in the neutral medium of the world's oceans permits nations to show their en-



[1]



[2]

gagement more subtly and less intrusively. Fleets are not only highly effective combat tools; they can also be employed as a medium of diplomacy and advance U.S. interests without the use of force<sup>[5]</sup>. For Bouchard<sup>[6]</sup>, it is this ability to deploy in peacetime that distinguishes navies as a unique force. Many naval deployments do not impinge upon another country's sovereignty, and actions will most likely be perceived as less invasive. Furthermore, withdrawal is less costly. Thus, the risks as well as the political costs are more favorable compared to land forces. Cable<sup>[7]</sup> points out that the Air Force and Army cannot be deployed without portraying the threat of high levels of violence and anxiety. The great mobility and flexibility of naval power allows for the calibration of action to circumstances. Other military forces face greater constraints posed by their needs and the environment they operate in, and cannot deploy as freely. They depend on approval of third parties, and are restricted by more legal, logistical and political aspects. Unlike armies and air forces, navies are not reliant on the permission to use foreign air space, or the right to refuel in other countries and are less dependent on access to foreign bases or military facilities. Finally, the deployment of naval forces also provokes less criticism or debate within the United States.

Commander McNulty<sup>[8]</sup> identified seven specific roles for naval forces during presence missions:

1. Supporting U.S. international military commitments,
2. Confirming on a routine basis U.S. political commitments to other nations, by showing the flag in port visits and holding joint exercises with other navies,
3. Demonstrating the capability of U.S. naval forces to act in support of national interests,
4. Asserting continuing U.S. interest in important areas of the world,
5. Demonstrating warfighting capabilities in a tension area to deter potential opponents, and serving as an instrument of crisis management,
6. Providing humanitarian aid, and
7. Coercing an opponent to comply with a preferred course of action.

As this definition shows, presence encompasses most naval peacetime roles. These activities form the international environment in which the Navy operates. In the words of Blechman<sup>[9]</sup> they «provide the backbone of the strategy of global

engagement». Naval forces are often called the principal military arm of U.S. diplomacy. Their presence can symbolize both interest or concern and demonstrate to friends and enemies alike where U.S. global interests lie. Because they can reach nearly globally and respond flexibly, U.S. naval forces can be employed to support policy, threaten and deter potential adversaries, and achieve goals coercively<sup>[10]</sup>. As Miskel<sup>[11]</sup> states, «naval presence is as much a diplomatic as it is a military function». Naval forces are a helpful tool in the diplomatic process to achieve the objective or shape events but the military nature suggests the ability to resort to force when deemed necessary<sup>[12]</sup>. The forward presence produced by the continual rotation of aircraft carrier battle groups in the Mediterranean Sea, the Western Pacific, and the Arabian Sea is a prime factor in ensuring regional stability and shaping the international environment in a manner conducive to American foreign policy goals.

[1] Roughead, Gary, Admiral, CNO. 2010. *Remarks as delivered at the Economist «World in 2011» Festival in Brief: The future of naval warfare.* December 4, 2010.

[\*] This article will focus only on surface fleet presence.

[2] Swartz, Peter. 2009. *U.S. Navy Capstone Strategy Policy, Vision and Concept Documents.* Alexandria, VA: Center for Naval Analyses.

[3] Whiteneck, Daniel, Michael Price, Neil Jenkins, and Peter Swartz. 2010. *The Navy at a Tipping Point: Maritime Dominance at Stake?* Alexandria, VA: Center for Naval Analyses.

[4] United States, Navy. 2010a. *Why the Carriers?* <http://www.chifno.navy.mil/navpalib/ships/carriers/cv-why.html>

[5] Brooks, Linton 1993. *Peacetime Influence Through Forward Naval Presence.* Alexandria, VA: Center for Naval Analyses, p. 6.

[6] Bouchard, Joseph. 1989. *Uses of Naval Force in Crises: A Theory of Stratified Crisis Interaction.* Ph.D. dissertation, Stanford, CA: Stanford University, p. 31.

[7] Cable, James. 1981. *Gunboat Diplomacy 1919 – 1979. Political Applications of Limited Naval Force.* London: Macmillan, p. 109.

[8] McNulty, James. 1974. *Naval Presence: The Misunderstood Mission.* *Naval War College Review*, 27 (3): 20 – 31.

[9] Blechman, Barry. 1999. *Naval Diplomacy in the Twenty-First Century.* In *Strategic Transformation and Naval Power in the 21st Century*, ed. Pelham Boyer and Robert Wood, 241 – 254. Newport, RI: Naval War College Press, p. 245.

[10] Ibid, p. 247

[11] Miskel, James. 2001. *Forward from the Mediterranean.* *Mediterranean Quarterly*, 12 (2): 51 – 65.

[12] Baer, George. 1994. *One Hundred Years of Sea Power.* Stanford, CA: Stanford University Press, p. 283.

[1] Yokosuka Naval Base in Japan (Official US Navy Photo).

[2] Naval Station Souda Bay (Crete, Greece). USNS Lewis and Clark (T-AKE-1), a supply ship approaches the harbor (Official US Navy Photo).

To be successful in changing the other parties' behavior, the presence and movements of the ships have to seize the attention of the political leaders in the region. Maintaining, increasing, and withdrawing forces all draw attention. A periodic deployment or sustained presence serve as a symbolic use of force and can attract the interest of foreign leaders. In order to signal heightened concern or attentiveness the naval force must be augmented or increase its readiness. Conversely, withdrawal underlines a dwindling interest. But Brooks<sup>[13]</sup> also points to possible negative effects of constant U.S. naval presence. The permanent stationing of the U.S. Navy in particular waters signals

### In order to signal heightened concern or attentiveness the naval force must be augmented or increase its readiness.

the importance of that region to the United States, but while sustained presence demonstrates resolve, it may become taken for granted and consequently offer only limited influence. In fact, it may even have a reverse effect: if forces are withdrawn temporarily, their absence may be more visible than their extended presence, and as a result create the impression that the United States is losing interest in the region. Furthermore, signaling by naval forces is said to be prone to misperception as it can lead to very different interpretations about the reasons and intentions. The advantage of observing the events from a distance and showing presence may have a positive influence on the crises, but it may also worsen the situation. Potential enemies could fear an intervention because of the ship presence; this in turn can trigger either a reluctance to continue the fighting or an escalation of an already tense condition. Gouré<sup>[14]</sup> criticizes the shaping function of forward presence as not well defined and empirically unprovable. He even calls naval forward presence a tyranny overstressing naval capabilities. Presence can also be very dangerous for armed forces as the Marine Barracks bombing in Beirut, Lebanon (1983), or the attacks on the Khobar Towers in Saudi Arabia (1996) and on the USS Cole in Yemen (2000) have demonstrated.

Thus, some argue forward presence puts an unnecessary strain on the forces and diverts from combat power in other areas with no clearly visible benefits, while others argue that because of forward presence the Navy is able to demonstrate U.S. national interests and react immediately or prevent crisis escalation.

#### Evolution of the Naval Presence Mission

Beginning with a view of forward presence as a by-product of other functions, the naval presence mission has evolved to the Navy's core contribution to peacetime operations. Since World War II forward presence is a key function. The term «naval presence mission» however, was first defined by Stansfield Turner<sup>[15]</sup> in 1974: the use of naval forces, short of war, to achieve political objectives. During the Cold War the United States Navy identified its principal duties as containing Soviet expansion, destroying the Soviet Navy (in case of war), securing command of the sea, and contributing to



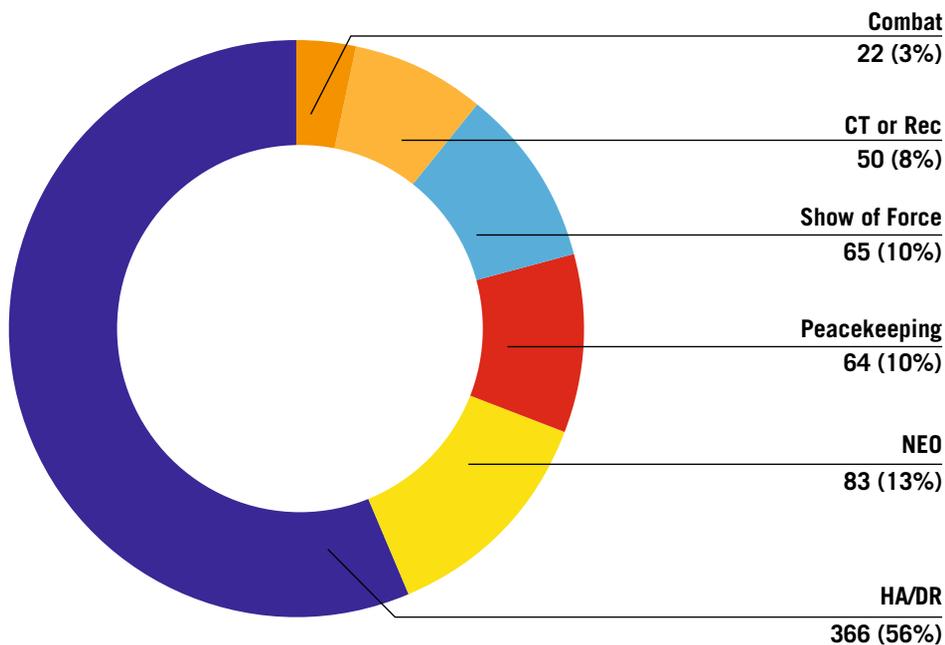
[3]

nuclear deterrence with the help of forward forces. Military forward presence was tasked to do a variety of missions, but all were subordinate to the task of containment. As part of this strategy, the Navy recognized the diplomatic leverage its forces could produce when forward deployed. In the Maritime Strategy from 1986 the mission forward presence encompassed earlier concepts of naval forces as an instrument of foreign policy, and highlighted the importance for daily deterrence, signaling U.S. interests, and supporting allies and friends. With the end of the Cold War, the Navy began searching for a new strategy and the document «From the Sea»<sup>[16]</sup> (1992) stated that the Navy/Marine Corps (USMC) team was reorienting toward a littoral strategy. The document recognized the changed strategic environment moving away from *power at sea* to influencing events ashore. Together with the following strategy "Forward...From the Sea" (1994)<sup>[17]</sup>, these were the first papers to describe a joint vision for the USN and the USMC. As part of this strategy, the Navy declared achieving diplomatic benefits by the forward presence of naval vessels as its highest peacetime priority. Forward presence had finally evolved to a core function of the USN and the importance of the Navy in peacetime had been officially recognized<sup>[18]</sup>. As former Secretary of Defense William Cohen<sup>[19]</sup> declared: «If you don't have that forward deployed presence, you have less of a voice, less of an influence». This idea can still be found in the most recent naval capstone documents. The newest maritime strategy «Cooperative Strategy for 21<sup>st</sup> Century Seapower» (2007)<sup>[20]</sup>, the first combined strategic document for all U.S. maritime forces (USN, USMC, and United States Coast Guard [USCG]), continues to discuss forward

### «If you don't have that forward deployed presence, you have less of a voice, less of an influence».

presence as the first of all USN missions and highlights the importance of preventing wars. The Naval Operational Plan<sup>[21]</sup> (NOP) 2010 lays out the execution of the 2007 strategy and describes forward presence as a facilitator for all other naval missions, thereby summarizing the dramatic shift from a by-product of other naval missions to the most important enabler. The need to employ globally distributed forces

## U.S. military responses to international situations



based on numbers provided by 26

[4]

while maintaining combat credibility raises questions about actual benefits and challenges. What would it mean if the USN was no longer able to sustain current forward presence?

#### Forward Presence: Implications of a Reduction Readiness, Crisis Response and Maritime Cooperation

Many allies around the globe rely on U.S. forces for their own and regional security. Power and influence go hand in hand and a decline of the former will lead to a decrease of the latter. A reduced presence will likely be less deterring, send weaker signals, and render the protection of vital interests more challenging. Naval forces would lose their freedom of action and the ability to react, and if necessary act, promptly. Conversely it can be argued that presence reduces freedom of action by tying up ships in specific locations. But more importantly, abandoning the concept of global presence would provide the adversary with the initiative if the naval forces are not deployed as a precautionary measure from the CONUS. But any preventive deployment or attack involves great costs both domestically and internationally. Policy-decision makers will exercise all preventive action decision only after much deliberation and with great care.

... abandoning the concept of global presence would provide the adversary with the initiative ...

Dismukes<sup>[22]</sup> describes forward forces as immune to this problem. Augmenting already deployed forward forces comes with less political costs and expresses «U.S. commitment in the most compelling form of political communication: the

language of action». The demonstration of U.S. intentions by forward forces is likely to be more credible than mere words. Further, Dismukes points to the lack of experience of CONUS forces with the potential crisis location. Through forward presence the forces become familiar with the conditions and the environments they operate in. They frequently engage in exercises with foreign navies, thereby enhancing their interoperability with potential allies. In 2006 the 1000-ship Navy was announced, now known as Global Maritime

[13] Brooks 1993: p. 32

[14] Gouré, Daniel. 2001. The Tyranny of Forward Presence. *Naval War College Review*, 54 (3): 11 – 24.

[15] Turner, Stansfield. 1974. Missions of the U.S. Navy. *Naval War College Review*, 26 (5): 2 – 17.

[16] United States, Navy. 1992. *From the Sea: Preparing the Naval Service for the 21st Century*. Washington, D.C.: Department of the Navy.

[17] United States, Navy. 1997. *Forward ... From the Sea: The Navy Operational Concept*. Washington, D.C.: Department of the Navy.

[18] Rhodes, Edward. 1999. Classic Roles and Future Challenges: the Navy after Next. In *Strategic Transformation and Naval Power in the 21st Century*, ed. Pelham Boyer and Robert Wood, 307 – 353. Newport, RI: Naval War College Press.

[19] United States Navy 2010a

[20] United States, Navy, Marine Corps and Coast Guard. 2007. *A Cooperative Strategy for 21st Century Seapower*. Washington, D.C.: United States Department of the Navy.

[21] United States, Navy. 2010b. *Naval Operations Concept 2010. Implementing the Maritime Strategy*. Washington, D.C.: United States Department of the Navy.

[22] Dismukes, Bradford. 1994. *National Security Strategy and Forward Presence: Implications for Acquisition and Use of Forces*. Alexandria, VA: Center for Naval Analyses.

[3] US Navy ships support the people at Batumi during the war between Georgia and the Russian Federation (Official US Navy Photo).

[4] US military responses to international situations

Partnership Initiative, a concept to increase cooperation between the USN and foreign navies, coast guards, and maritime police forces, to identify common threats and jointly maintain global maritime security. Recent ideas such as the development of Global Fleet Stations (GFS), with test pilots in Africa and South America, further foster trust and interoperability and can be viewed as specific measures for promoting the global maritime partnership. This is particularly relevant since the 2007 maritime strategy explicitly emphasizes cooperation: a new development

**Cooperation with foreign forces is not only necessary to prepare for combined military operations, but more generally to learn about other customs, habits, and traditions.**

viewed very favorably by other nations and navies. Cooperation with foreign forces is not only necessary to prepare for combined military operations, but more generally to learn about other customs, habits, and traditions. In an article published in 2007, Sanders<sup>[23]</sup> warns of the dangers of lacking cultural and historical awareness, and inadequate information exchange. She draws on the example of Operation Sea Breeze in 2006 in the Ukraine. Designed to improve the collaboration between countries, the planned exercise «became hostage to the political crisis in Kiev over the formation of a new government» because the U.S. forces were not prepared accordingly and had limited experience in the region. Sanders example underlines the need for forward forces to become familiar with foreign habits and customs, and highlights the danger of only sporadic contacts. Forward deployment is crucial to forging patterns of cooperation and building trust without which American influence would rapidly decline<sup>[24]</sup>.

America's ability to react immediately to changes and crises around the world (see graphic page 49) is largely made possible by forward presence. CONUS forces require time and besides their routine deployments surge only after a warning of a possible or actual crisis. In 2002, a Center of Naval Analyses (CNA) study<sup>[25]</sup> researched the warning-times in crises, distinguishing between different situations such as out of the blue (no warning time) or very long build-ups. The authors find that even when there is sufficient warning time, sometimes years long, the forces used most often were those already present overseas. Thus while the biggest advantage of forward forces is their usefulness in smaller-scale crisis and when action is required immediately, even for larger interventions, familiarity with the environment and closer proximity are favored over CONUS forces. Another CNA study from 2005<sup>[26]</sup> researched U.S. military reactions to international situations (not accounting for purely humanitarian missions), and counted 284 responses between 1970 and 2005. Only 22 involved direct combat. 50 are coded as contingent positioning and reconnaissance (CT or Rec), 65 as a show of force, 64 in support of peacekeeping and military supply (peace ops), and 83 for the protection of non-combatants – including evacuations (NEO). An additional 366 responses were identified as humanitarian assistance/disaster relief (HA/DR).



[5]

While combat usually brings long warning times and a surge from CONUS is possible, naval forces are engaged in many small-scale crises that may require immediate first reactions, limited global attention, and familiarity with the environment to operate and better predict developments. The findings of the CNA studies support the predominance of non-combat missions and the overall reliance on forward forces for all types of crisis response.

History provides many examples to illustrate the advantages of forward forces for crisis response. Beginning with the regular deployments to Africa tasked to combat pirates from the Barbary States in the 19th century to the show of force in the Yellow Sea in November 2010 carried out by vessels stationed in Japan. While the first of the following examples presents a lower-level crisis, the second case preceded a larger conflict. After the Second World War the United States promised to support countries struggling against Communist influence. In 1946, when a crisis broke out between Turkey and the Soviet Union, this commitment was put to the test. But before the outbreak of the crisis an important diplomatic event took place. In April 1946 the battleship USS Missouri (BB 63) departed the United States for Turkey carrying the remains of the deceased Turkish Ambassador to the United States. The Missouri is the very same ship Japan surrendered on during World War II<sup>[27]</sup>. It was a clear demonstration of U.S. support for Turkey, and a prelude to a permanent presence in the Mediterranean. Besides visiting Turkey, the battleship also underscored the U.S. commitment to Greece. The Missouri departed Istanbul on 9 April 1946 and entered Phaleron Bay, Piraeus, Greece the following day. The battle-



ship received a warm reception by the Greek people and the government.

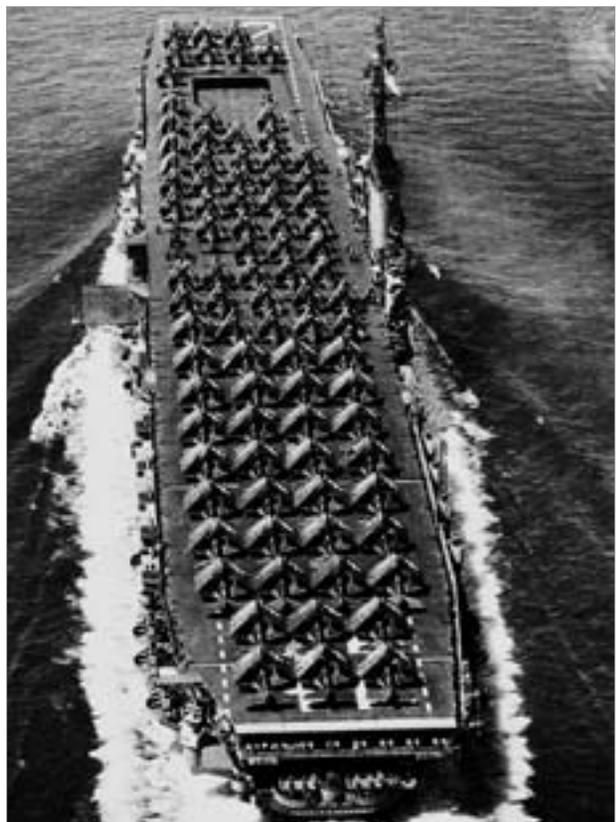
Soviet activities mounted a growing threat to Eastern Europe in 1946. The Missouri demonstrated the unique role of the Navy versus the Air Force and Army. The vessel could be sent to the vicinity without a real commitment. But if necessary, this political use of force could promptly be converted into a military use of force. A crisis between Turkey and the Soviet Union was triggered five months later by two Soviet demands in August 1946. The Soviet Union sought after sea bases and joint control over the Turkish Straits. Simultaneously, the Soviets increased their naval activity in the region. As a direct response to the tensions, the United States expanded naval and army activity in the region. After her visit to Lisbon, the USS Franklin Delano Roosevelt (CV 42) was deployed to the Mediterranean on 8 August 1946<sup>[28]</sup>.

**... it sent a clear message of U.S. intentions to resist Soviet expansion.**

The presence of the then world's largest aircraft carrier was intended to demonstrate the U.S. commitment to Turkey in response to the Soviet buildup on the Turkish border, and to signal concern about the increased Soviet naval activity in the Black Sea. While the carrier did not visit Turkey, it sent a clear message of U.S. intentions to resist Soviet expansion. The deployment of an aircraft carrier offered the possibility of U.S. support on the mainland through power projection ashore, should the Soviet Union invade Turkey. Another



[6]



[7]

- [23] Sanders, Deborah. 2007. U.S. Naval Diplomacy in the Black Sea. Sending Mixed Signals. *Naval War College Review*, 60 (3): 61 – 72, p. 65.
- [24] Binnendijk, Hans. 1995. The Case for Forward Deployment. *Joint Forces Quarterly*, 8 (Summer): 7 - 7.
- [25] Gaffney, Hank. 2002. *Warning Time for U.S. Forces' Responses to Situations: A Selective Study*. Alexandria, VA: Center for Naval Analyses.
- [26] Cobble, Eugene, Hank Gaffney, and Dimitri Gorenburg. 2005. *For the Records: All U.S. Forces Responses to Situations, 1970-2000 (with additions covering 2000-2003)*. Alexandria, VA: Center for Naval Analyses.
- [27] Blechman, Barry and Stephen Kaplan. 1978. *Force without War. U.S. Armed Forces as a Political Instrument*. Washington D.C.: Brookings Institution, p. 1.
- [28] Sheehy, Edward. 1983. *The United States Navy in the Mediterranean 1945-1947*. Ph.D. dissertation. Washington, D.C.: George Washington University.
- [5] USNS Comfort (T-AH 20), a hospital ship, supported the earth-quake stricken people on Haiti (Official US Navy Photo).
- [6] The battleship USS Missouri (BB 63) off Piraeus, Greece, in April 1946 (US Navy Photo).
- [7] The carrier USS Franklin D. Roosevelt (CV 42) underway in the Mediterranean in 1946 (US Navy Photo).

purpose of the visit was to show support for the government in Greece in its battle against the Communists. At the same time it was a perfect occasion to usher in the beginning of permanently stationed U.S. ships in the Mediterranean. Previously, U.S. naval forces in the Mediterranean consisted mostly of destroyers, cruisers, and auxiliary vessels. Soviet power and influence had expanded after the end of 1945 and posed a threat to the strategically important Mediterranean. This body of water provided the opportunity to exploit the diplomatic advantages of naval forces. In the beginning the U.S. was slow to adapt its naval policy. During the first half of 1946, the build-up was not significant. But the deployment of the Missouri coincided with a period of increased tensions. Although the Soviet Union downplayed the importance of the U.S. naval build-up, the permanent U.S. presence, announced in September 1946, was important to convey the message of immediate readiness should any country need support in their struggle against communist influence<sup>[29]</sup>.

Another more recent example is the prelude to the Gulf War and Operation Desert Storm in 1991. When the crisis began, the USN was already on station with six ships of its Joint Task Force Middle East, which had operated in the Persian Gulf since 1949. In the initial deployment phase of Operation Desert Shield the role of the USN was critical. In a matter of days the USS Independence (CV 62) carrier battle group (CVBG) sailed from the Indian Ocean to the Gulf area, followed shortly thereafter by the USS Dwight D. Eisenhower (CV 69) CVBG departing from the Mediterranean and the Saratoga (CV 60) CVBG from Florida. The Independence and Eisenhower were the first U.S. forces in the theater when operation Desert Shield began.

The ships were joined in the Gulf one week later by Marines who had been at a prepositioning station in the Indian Ocean, ready to support the airlifted elements of the I Marine Expeditionary Force (MEF). According to Baer<sup>[30]</sup> this impressive display of readiness was made possible by the forward deployment of Navy and Marine Corps units. In addition, an Atlantic battle group led by the battleship USS Wisconsin (BB 64) was ordered to the region. Saudi Arabian approval to insert U.S. forces was granted in about a week<sup>[31]</sup>. Siegel<sup>[32]</sup> hypothesizes that the display of U.S. military power, underlined by the very early presence of two aircraft carrier battle groups – later on during the war

... «in some cases, where geography and politics combine against the U.S., forces forward are necessary to make the deployment of forces from CONUS possible.

six CVs were involved - had played a crucial role in King Fahd's acceptance of U.S. forces into Saudi Arabia. This force signaled U.S. willingness to defend Saudi Arabia, even with forces from CONUS still on their way. Dismukes<sup>[33]</sup> notes that «in some cases, where geography and politics combine against the U.S., forces forward are necessary to make the deployment of forces from CONUS possible. In the Gulf War, if Saddam had seized the ports or had attacked



[8]

when U.S. forces were still small, the result would have been difficult and costly for the U.S. As it happened, the U.S. had forward forces at sea that provided an answer to those threats. The employability and thus the credibility of CONUS-based forces can depend on forces already overseas».

While these two cases present military crises, events such as the Tsunami in Indonesia in 2004 or the earthquake in Haiti underscore the value of forward presence for humanitarian assistance and disaster relief missions. The USN was the first military force to arrive in the theater, provide crucial immediate help, replace damaged infrastructure and access remote areas.

«There» underlines the need to be globally deployed to be close enough to exert influence and react promptly.

Although Kaplan<sup>[34]</sup> acknowledges the great influence of the Navy-Marine Corps teams without leaving footprints, he argues that «the United States was able to lead the relief effort off the coast of Indonesia only because the carrier strike group USS Abraham Lincoln happened to be in the vicinity and not in the Korean Peninsula, where it was headed». However, even deployment from the Korean Peninsula would have shortened the reaction time dramatically compared to a surge from CONUS. As Admiral Mullen<sup>[35]</sup> said: «We must be able to continue to react quickly in times of humanitarian crises and with resolve in times of conflict. We must deter and dissuade potential adversaries in peacetime through persistent forward presence, and respond instantaneously in war by amassing overwhelming and lethal combat power. As we learned in Indonesia, and as we are seeing in the international relief efforts in earthquake-stricken Pakistan today, virtual presence is not the answer. You need to be there to make a difference». «There» underlines the need to be globally deployed to be close enough to exert influence and react promptly. These statements demonstrate that as long as the United States continues to have global national interests,



[9]



[10]

forward presence helps demonstrate and secure those interests. But as mentioned previously, the budget cuts and the reduced number of vessels threaten the current strategies. Additionally, political considerations can lead host nations to become increasingly reluctant to support basing rights and/or freedom of action.

### Challenges and Implications

Innovative technologies and the changing global security environment pose serious challenges and greatly affect U.S. defense and offense considerations. O'Rourke<sup>[36]</sup>, for example, identified the need to replace the Ohio-Class Ballistic Missiles Submarines (currently 14 SSBNs to be replaced with 12 next-generation SSBNs), and develop Littoral Combat Ships (LCS) and longer-range carrier aircraft. In December 2010, after much negotiation, U.S. Congress approved the building of 20 LCS through 2015. To meet the growing demand of ballistic missile defense, the Navy also calls for a large number of Aegis-equipped cruisers and destroyers. Old vessels will be modernized and the U.S. Congress will decide on the budget for the construction of additional new vessels. Another break-through in 2011 was the beginning of the technology development phase as part of the Ohio-class submarine replacement program – an important and costly step towards a ship construction contract<sup>[37]</sup>.

According to Navy officials, the USN will require a larger fleet to meet its growing responsibilities, including sustained forward presence and maritime security, partnership capacity building, and humanitarian relief operations. As CNO Admiral Roughead<sup>[38]</sup> recently commented, «even the [planned] 313-ship Navy will not be enough for the missions that we're going to be tasked with in the coming years». By fiscal year 2015 the Navy strives to add 50 new battle force ships<sup>[39]</sup>. The planned increase from currently 280 ships to 313 could be realized in theory, but this prospect seems implausible in light of the current budget crises with suggested defense cuts of about \$350 billion over the next ten years. In early May 2010, former Secretary of Defense Gates warned that «our current plan is to have eleven carrier strike groups through 2040 and it's in the budget. And to be sure, the need to pro-

ject power across the oceans will never go away. But, consider the massive over-match the U.S. already enjoys. Consider, too, the growing anti-ship capabilities of adversaries. Do we really need eleven carrier strike groups for another 30 years when no other country has more than one?» While he did not doubt the need for new ships, he pointed to the considerable increase in costs. Today, submarines and amphibious ships have tripled their building costs compared to the 1980s while the overall budget has shrunk by 20 percent. With the aircraft carriers USS Theodore Roosevelt and USS Abraham Lincoln undergoing repair and maintenance, and the USS Enterprise scheduled to retire after the next deploy-

[29] Cane, Guy. 1975. *The Build-up of U.S. Naval Forces in the Mediterranean as an Instrument of Cold War Policy*. Washington, D.C.: National War College.

[30] Baer 1994, p. 448

[31] Gaffney 2002, p. 5

[32] Siegel, Adam. 1995. *To Deter, Compel, and Reassure in International Crises: The Role of U.S. Naval Forces*. Alexandria, VA: Center for Naval Analyses.

[33] Dismukes 1994, p. 40

[34] Kaplan, Robert. 2009. Center Stage For the Twenty-first Century. *Foreign Affairs*, 88 (2): 16-32.

[35] Mullen, Mike. 2006. What I Believe: Eight Tenets That Guide My Vision For The 21st Century Navy. *Proceedings* 132 (1).

[36] O'Rourke, Ronald. 2009b. *Navy Irregular Warfare and Counterterrorism Operations: Background and Issues for Congress*. CRS Report for Congress. Washington D.C.: Congressional Research Service.

[37] United States Navy. 2011. Ohio-Class Submarine Replacement Program Receives 'Milestone A' Authority. [http://www.navy.mil/search/display.asp?story\\_id=58368](http://www.navy.mil/search/display.asp?story_id=58368)

[38] Roughead cited in Work, Robert. 2008. *Strategy for the Long Haul. The US Navy. Charting a Course for Tomorrow's Fleet*. Washington, D.C.: CSBA.

[39] O'Rourke. 2010b. *Navy Force Structure and Shipbuilding Plans: Background and Issues for Congress*. CRS Report for Congress, Washington D.C.: Congressional Research Service.

[8] US Navy and Coast Guard ships regularly patrol the Persian Gulf waters. This photo shows US Coast Guard ship Adak and the US Navy patrol ships USS Chinook and USS Typhoon at Naval Station Bahrain, home of US Fifth Fleet headquarters (Photo: Jürg Kürsener).

[9] An aerial photo of Diego Garcia, an important US base in the midst of the Indian Ocean. Diego Garcia is British territory (Official US DOD Photo).

[10] US naval forces support local authorities following the earth-quake at Haiti (Official US Navy Photo).



[11]

ment in 2012, the number of active and available Carrier Strike Groups (CSG) could temporarily drop from 11 to eight. USS Theodore Roosevelt should be ready to deploy again in September 2012, while USS Abraham Lincoln is likely to return to active service only in 2015. The newest carrier, USS Gerald Ford, is scheduled to replace USS Enterprise and be ready for deployment in 2015 but Prichett suggests 2017 as a more likely activation date<sup>[40]</sup>. Hence, the overall carrier force will drop from 11 to 10 ships between 2012 and 2017. These statements offer a grim outlook for the future of a strong forward presence and speak against the possibility of successfully carrying out all responsibilities. A change from the current status-quo would suggest a loss or at least a visible reduction of the praised capabilities of forward forces. In a recent CNA study, Whiteneck et al.<sup>[41]</sup> conclude that the existing forward strategies based on combat-credible forward presence are unsustainable. It is a fact that while the demand remains constant, the resources stagnate or even shrink. In addition, great costs are associated with modernization, people and infrastructure. The Navy battle forces have decreased by 20% while the number of deployments has remained more or less the same. If the current forward presence is not reconsidered the USN is at risk of losing influence and credibility. The authors suggest a two hub (credible combat power in East Asia *and*

### If the current forward presence is not reconsidered the USN is at risk of losing influence and credibility.

Arabian Sea/Indian Ocean with reduction of global forward presence) or one hub (credible combat power only in East Asia with robust global forward presence – although less than currently) to preserve sufficient forward presence to reassure allies and deter adversaries but not to overstrain naval forces. The first option would result in fewer resources for lower-end missions such as humanitarian assistance, disaster relief, engagements, shaping, and maritime policing. The one-hub scenario presents an unbalanced fleet with consequential lesser flexibility but more resources for small-scale activities. Alternatives such as reducing combat-credibility overall while maintaining the global presence or significantly reducing forward presence while focusing more on surging naval forces from CONUS are less attractive. The idea of surging forces from CONUS was discussed in detail in the Fleet Re-



[12]

sponse Plan (FRP), adopted in 2003. The plan states that half of the U.S. Navy's aircraft carriers need to be capable of deploying within 30 days after receiving orders and an additional two carriers within 90 days (this response requirement was reinforced in the NOP 2010, in addition to three permanently forward deployed CVNs). After the release of the Quadrennial Defense Report (QDR) in 2001, the naval forces had to adapt to the requirement to respond quickly to aggression and develop a new surge strategy. With the implementation of the FRP, the rate at which naval forces are ready for deployment increases significantly. As the USN<sup>[42]</sup> states «these deployments provide «presence with a purpose» and can also occur in less predictable patterns, thereby forcing potential adversaries to adjust to our operational timelines». During «Summer Pulse» 2004, seven carriers were deployed simultaneously (one from Japan, six from the U.S.) for coalition operations<sup>[43]</sup>, but in 2006 O'Rourke<sup>[44]</sup> criticized that the concept has not been tested in full. The latest maritime strategy mentions FRP and the importance of surge only in passing<sup>[45]</sup>.

Whiteneck's<sup>[46]</sup> emphasis on combat credible forward forces calls for a strong force that, while rarely engaged in direct combat, may be able to influence without force because of their combat credibility. The suggestion to concentrate on East Asia while keeping smaller forward forces globally dispersed would leave much of the globe with limited combat credible forward presence. It remains to be seen if, for example, deterrence will have the same effect with smaller forces. The focus on East Asia however reflects the new geostrategic environment with the steadily rising importance of the Indo-Pacific commons.

### The Rising Importance of the Indo-Pacific Commons

New U.S. documents such as the National Security Strategy (NSS)<sup>[47]</sup> or the QDR<sup>[48]</sup> 2010, have defined the larger Indian Ocean region as an area of growing interest to the United States and the 2007 maritime strategy reorients the focus from the Atlantic and the Pacific to the Indian Ocean and the Pacific. Sullivan<sup>[49]</sup> states, that «as home to a number of the world's most dynamic economies, two rising powers, and six nuclear states, Asia is a region of enormous strategic importance to the United States. For over six decades, America has functioned as the preeminent power in Asia, playing a vital role in providing security and ensuring a stable balance of power that has allowed the region's states to flourish politi-



[13]

cally and economically». Within the Indo-Pacific commons, China and India are of particular U.S. interest. Holmes and Yoshihara<sup>[50]</sup> speak of a strategic triangle in the region. The rise of the Chinese People's Liberation Army Navy (PLAN), is a topic of highest priority in Washington. Some believe China's preoccupation with Taiwan is the main reason behind the PLAN buildup, while others

### Within the Indo-Pacific commons, China and India are of particular U.S. interest ... a strategic triangle in the region.

emphasize the Chinese desire to control sea lines, the manifestation of the status as a major world power, securing regional interests such as for example the disputes over the South China Sea and in particular the resource rich Spratly and Paracel Islands, and the opposition to U.S. regional military influence<sup>[51]</sup>. China depends on access to the Indian Ocean for trade routes, especially for the import of energy resources. While the country officially abides by a non-intervention policy, this becomes increasingly difficult in light of Chinese power ambitions. The Chinese contributions to UN peacekeeping missions and the anti-piracy efforts go counter to official policy and also point to the need of overseas infrastructure. According to KostECKA<sup>[52]</sup>, a regional support network is already in place. For example, PLAN warships operating in the Gulf of Aden rely on the port of Salalah in Oman. China underlines its peaceful rise with its intention to seek places (mere access to facilities), rather than bases (stationing of forces abroad). The concept of seeking places aims to secure agreements with friendly governments allowing China access to national facilities rather than placing military forces abroad.

### China underlines its peaceful rise with its intention to seek places ..., rather than bases ...

Observers note the dual-use capacity of these facilities as they could easily be transformed to be operational for military purposes. The strategy to create a chain of maritime facilities in various host countries with the stated purpose



[14]

of purely commercial interests is often referred to as «string of pearls»<sup>[53]</sup> and demonstrates the expansion of influence. China is also building defenses (anti-access forces) against hostile naval intervention with the aim of delaying arrival or reducing effectiveness. O'Rourke compares the strategy to the Soviet sea denial during the Cold War. What makes the Chinese strategy more dangerous is its possession of anti-

[40] Pritchett, Raymond (Gahran). 2011. Down to 9. *Information Dissemination Blog*, 5 August 2011. [http://www.informationdissemination.net/2011/08/down-to-nine.html?utm\\_source=feedburner&utm\\_medium=feed&utm\\_campaign=Feed%3A+InformationDissemination+\(Information+Dissemination\)](http://www.informationdissemination.net/2011/08/down-to-nine.html?utm_source=feedburner&utm_medium=feed&utm_campaign=Feed%3A+InformationDissemination+(Information+Dissemination))

[41] Whiteneck et al. 2010

[42] United States Navy. 2003. *Naval Transformation Roadmap 2003: Assured Access and Power Projection from the Sea*. Washington, D.C.: Chief of Naval Operations Office.

[43] United States Navy. 2004. *Seven Carrier Strike Groups Underway for Exercise «Summer Pulse 04»*, Story Number: NNS040603-02. Washington, D.C.: Department of the Navy.

[44] O'Rourke, Ronald. 2006. *Navy Ship Deployments: New Approaches — Background and Issues for Congress*. CRS Report for Congress, Washington D.C.: Congressional Research Service.

[45] Swartz 2009

[46] Whiteneck et al. 2010

[47] United States, President of the. 2010. *National Security Strategy*. Washington, D.C.: White House.

[48] United States, Department of Defense. 2010. *Quadrennial Defense Report*. Washington, D.C.: Department of Defense.

[49] Sullivan, Tim. 2010. *Deter and Assure. Charting a Course for America's Asian Alliance in a New Nuclear Age*. Center for Defense Studies Working Paper. November 2010, p. 2.

[50] Holmes, James and Toshi Yoshihara 2008. China and the United States in the Indian Ocean. An Emerging Strategic Triangle? *Naval War College Review*, 61 (3): 41 – 60, p. 41.

[51] O'Rourke 2010c. *China Naval Modernization: Implications for U.S. Navy Capabilities – Background Issues for Congress*. CRS Report for Congress, Washington D.C.: Congressional Research Service.

[52] KostECKA, Daniel. 2011. Places and Bases: The Chinese Navy's Emerging Support Network in the Indian Ocean, *Naval War College Review*, 64 (1): 59-78.

[53] Roychowdhury, Shankar. 2011. Noose or Necklace. *Deccan Chronicle* (India). 11 January 2011.

[11] Naval Station Rota is an important base north-west of Gibraltar. The US Navy shares the installations with the host-nation Spain. This photo shows the command building of the American part of the Base (Photo: Jürg Kürsener).

[12] View from the cruiser USS Leyte Gulf (CG 55) the carrier USS Enterprise (CVN 65) enters the Mediterranean through the Straits of Gibraltar in Spring 2011 (Photo: Jürg Kürsener).

[13] The Chinese guided-missile destroyer Qingdao (DDG 113) visits Pearl Harbor (Official US Navy Photo).

[14] The US Naval Base at Apra Harbor on Guam. Three US Navy submarines are forward based here which saves about three weeks of transit time between the West coast and the West Pacific (Official US DOD Photo).

ship ballistic missiles (ASBMs). There are unconfirmed reports that the PLAN has been buying naval mines and ballistic missiles, capable of hitting targets at sea in motion as well as technology to

### What makes the Chinese strategy more dangerous is its possession of anti-ship ballistic missiles (ASBMs).

block GPS signals. According to Kaplan<sup>[55]</sup>, China is producing or acquiring submarines at five times the rate of the United States. Furthermore, PLAN is striving for a fifth-generation of stealth fighters, new submarine models, aircraft carriers, and advances in space<sup>[56]</sup>. In August 2011, China conducted sea trials with its first aircraft carrier – an old retrofitted Soviet vessel formerly known as Varyag<sup>[57]</sup>. At some point in the next decade, the PLAN will surpass the USN in number of warships. These modernization efforts have implications for the USN as they affect deliberations about forward homeporting, forward basing, ship-building, and the advancement of other naval capabilities such as improved anti-submarine warfare weapons and anti-missile defense to protect the ships. According to Work<sup>[58]</sup>, «China is now the largest builder of merchant ships in the world, and it has embarked on an impressive buildup of naval warfighting capabilities — many of them directly targeting the US fleet». Realistically, some day in the future China will be able to challenge U.S. sea control in the region.

The Chinese maritime ambitions trigger different reactions in the region. India, the other major growing power with close ties to the United States has shown great concern about the rise of the Chinese Navy, especially in the Indian Ocean region in close proximity to India. The country is determined to defend its influence in the surrounding waters and a stronger PLAN presence is likely to prompt Indian maritime

### India ... has shown great concern about the rise of the Chinese Navy ...

countermeasures. Holmes and Yoshihara<sup>[59]</sup> see possibilities in a more rapid build-up of naval forces or an expansion of Indian naval presence in both directions, towards the South China Sea and Horn of Africa. A possible example is offered by the Indian reaction to the Sino-Pakistani cooperation in building a modern seaport in Pakistan (Gwadar). Access to the port in Gwadar would provide China with both surveillance and dual-use (civilian-military) facilities in the Indian Ocean. India thus turned to Iran and offered help in modernizing the port of Chabahar<sup>[60]</sup> to expand its reach. However, while there is no doubt a certain rivalry between China and India, especially in the maritime sector, there is much potential for collaboration and economic exchanges. Other countries in the region such as Australia, Indonesia, Singapore and Vietnam have also expressed concern about Chinese intentions. Conversely, few signs of worry are visible in Cambodia and Laos. According to Green<sup>[61]</sup>, the Philippines and Thailand are mainly focused on internal challenges and Malaysia even interprets the rise as a sign of Asian exceptionalism. Among the countries involved in the Spratly islands

dispute, China and Vietnam are the most engaged and have been in standoffs over fishing vessels and maritime surveillance boats. The year 2011 has also seen an increase of tensions between China and the Philippines<sup>[62]</sup>.

### ... many U.S. allies and friends are worried regarding U.S. ability to guarantee their safety and the future of the U.S. security umbrella.

Overall, many U.S. allies and friends are worried regarding U.S. ability to guarantee their safety and the future of the U.S. security umbrella. Sullivan<sup>[63]</sup> argues that it becomes increasingly important to reassure them and listen to their concerns. A reduced forward presence and a constantly shrinking U.S. fleet heighten their fears. Such deliberations affect the decision-making and policies which could result in changes unfavorable to U.S. interests. For example states may seek bandwagoning with China if they believe the U.S. can no longer effectively protect them against a possible Chinese threat.

The U.S. debate about China's military modernization programs is shaped by both worried and welcoming voices. Some point out the dangers for the United States while others see the build-up of the PLAN as a natural phenomenon for a rising power, and urge for increased interactions. For the U.S., the establishment of military-to-military relations with China is difficult, in particular because of the Taiwan question, but non-traditional security issues such as the counter-piracy efforts, joint search-and-rescue exercises or humanitarian missions offer alternatives to increase interactions and create an environment to foster a relationship. The accidental NATO bombing of the Chinese embassy in Belgrade in 1999, the collision of an EP-3A U.S. intelligence aircraft with a Chinese fighter jet near Hainan and the subsequent emergency landing on that island in 2001, and the 1995-1996 Taiwan Strait crisis had serious implications for U.S.–Chinese military relations. Promoting mutual trust and building consensus are essential preconditions for future Sino-US security cooperation.

A report by the Heritage foundation<sup>[64]</sup> argues that misperception and misunderstanding are only part of the problem and different goals and incentives help further explain the difficulties of US-Chinese military relations. In May 2011, the Chinese General Bingde met with his counterpart Admiral Mike Mullen, U.S. Chairman of the Joint Chiefs of Staff. They met in Washington D.C. for talks which both sides described as a positive step towards a stronger relationship<sup>[65]</sup>.

The Indo-Pacific commons is an important body of water for many actors. Therefore even though the area is in many regards characterized by a power struggle for influence, the involved countries also share common interests such as the securing of shipping routes. The last half-century has seen a quadrupling of seaborne trade, now accounting for around 90% of total global commerce. Thus concerns for trade protection offer a natural starting point for increasing maritime cooperation in non-traditional security areas.



[15]

### Forward Presence – the Way Ahead

U.S. forward presence matters, as it embodies credibility, dominance and influence. Regular presence, as opposed to sporadic presence, has more power to prevent and shape events. Since World War II nearly all naval reactions to situations, at least the initial actions, were executed by forward forces. Naval forces contribute on a daily basis to U.S. interests by reassuring friends and allies, dissuading potential enemies, and deterring events from escalating. Benefits of forward forces are often overlooked, as it is difficult to establish a direct correlation between successful U.S. foreign policy and naval presence. The future of forward presence not only depends on the budget and ship numbers, but on how and where the U.S. defines its interest in the world, and on the kind of a naval forward force necessary for adequate protection. It is important to distinguish between the two different forms of presence. Permanent U.S. presence or forward homeporting are often viewed as unfavorable by the local population and impacts the political environment. There is an increasing reluctance to grant the U.S. basing rights. Places instead of bases, and regularly deployed forces offer a less imposing alternative. While constant influence and real familiarity with the environment call for permanent presence, the question can be raised about whether this puts an unnecessary strain on U.S. forces. Some permanent presence could be transformed into periodical visits, exchange, and exercises using surged and regularly deployed forces, coupled with an increasing reliance on seabasing as well as allies and friends to uphold regional security on a daily basis. In Europe, the U.S. can more likely rely on its allies, and because

of the proximity of Latin and South America, surging forces from CONUS is much simpler, even on a frequent basis. Such deliberations are reflected in the focus away from the Atlantic and are likely to influence future forward deployment strate-

- 
- [54] O'Rourke 2010c  
 [55] Kaplan, Robert. 2009. Center Stage For the Twenty-first Century. *Foreign Affairs*, 88 (2): 16 - 32.  
 [56] Stewart, Phil. 2011. U.S. warns on China's cyber, space capabilities. *Reuters*, 13 January 2011.  
 [57] Wines, Michael. 2011. China Begins Sea Trials of Its First Aircraft Carrier. *The New York Times*, 10 August 2011.  
 [58] Work 2008, 53  
 [59] Holmes, James and Toshi Yoshihara. 2010. China and the United States in the Indian Ocean. An Emerging Triangle? In *China, the United States, and 21st-Century Sea Power: Defining a Maritime Security Partnership*, ed. Erickson Andrew, Lyle Goldstein and Nan Li, 385 – 410. Annapolis, MD: Naval Institute Press, pp. 388 – 389.  
 [60] Jaffrelot, Christoph. 2011. A Tale of Two Ports: Chinese-Indian Rivalry Grows in the Arabian Sea. *Jakarta Globe*, 10 January 2011.  
 [61] Green, Michael. 2010. US-China Maritime Cooperation: Regional Implications and Prospects. In *China, the United States, and 21st-Century Sea Power: Defining a Maritime Security Partnership*, ed. Erickson Andrew, Lyle Goldstein and Nan Li, 355 – 364. Annapolis, MD: Naval Institute Press, pp. 359 – 361.  
 [62] Wong, Edward. Beijing Warns U.S. About South China Sea Disputes. *The New York Times*, 22 June 2011.  
 [63] Sullivan 2010  
 [64] Cheng, Dean. 2011. U.S. Must Focus Military Talks with China. The Heritage Foundation, Web Memo, No. 3261 May 17, 2011. [http://thf\\_media.s3.amazonaws.com/2011/pdf/wm3261.pdf](http://thf_media.s3.amazonaws.com/2011/pdf/wm3261.pdf)  
 [65] Daniel, Lisa. U.S., China Military Officials Call Talks Frank, Fruitful. *American Forces Press Service*. 18 May 2011.

[15] Changi Naval Base at Singapore with the modern frigate Intrepid (FFG 69). This base is increasingly used by the US Navy. An extra Pier (see background) was built to host an entire Carrier Strike Group (Photo: Jürg Kürsener).

gies. The increase of forces in the Pacific and the build-up of Guam suggest a shift to a USN with strongest forward presence – both combat credible and smaller scale – in the Indo-Pacific commons. Plans such as the relocation of Marines, and the development of aircraft-carrier capable piers and U.S. Army air and missile defense facilities point to the build-up of a strategic hub in Guam. The island is U.S. territory and this new strength brings U.S. forces 3,700 miles closer to Asia than Hawaii without any territorial

**Plans such as the relocation of Marines, and the development of aircraft-carrier capable piers and U.S. Army air and missile defense facilities point to the build-up of a strategic hub in Guam.**

restrictions<sup>[66]</sup>. While forces will move from Okinawa, Japan to Guam, the forward bases in Japan and South Korea continue to be crucial for U.S. strategy, as stressed in recent remarks by former Defense Secretary Robert Gates<sup>[67]</sup>: «Without the forward presence of US forces in Japan, there would be less information sharing and coordination, and we would know less about regional threats and the military capabilities of our potential adversaries». Diego Garcia, although British territory, also plays a crucial role for forward presence while being less provocative and visible<sup>[68]</sup>. Possible alternatives to bases in the Indo-Pacific Commons include an increasing reliance on seabasing and scenarios such as the United States–Singapore Memorandum of Understanding, which permits the U.S. Navy access to the Changi Naval Base. In return, the U.S. allows the Singapore Air Force the use of Air Force bases and airspace in the continental United States for training<sup>[69]</sup>. In March 2001 a deep draft pier was finished to accommodate aircraft carriers.

Allies and friends are likely to be less reluctant to agree to such basing agreements. Permanent bases require long-term planning, often characterized by many uncertainties. For example the uncertain political future of Bahrain, home to the Fifth Fleet, highlights some of the difficulties in regards to permanent basing. Globally, but especially in the Indo-Pacific commons, the U.S. is striving to find the right balance between dominance and cooperation by increasing interaction and building trust, while at the same time assuring allies of continued U.S. protection and the ability to guarantee regional stability. The future U.S. strategy for the Indo-Pacific commons, according to Auslin<sup>[70]</sup>, should include: «an enhanced, superior, forward-based U.S. presence in the region, an innovative new approach to allies and partners, and a political goal of helping create a more liberal Indo-Pacific region». He argues that the USN must be forward present to lead cooperatively, dominate challengers, and defeat chaos or disruptive trends<sup>[71]</sup>. But considering the consequences of U.S. presence in the region also requires taking into account a possible destabilizing energy. U.S. presence in the Indo-Pacific commons is often discussed from a deterrence theory perspective, as a necessary action to prevent crises from unfolding and to secure U.S. interests. However,

Jervis<sup>[72]</sup> contrasts deterrence with the spiral theory of interaction which suggests that higher levels of coercive capabilities are more likely to trigger an arms race. While deterrence assumes that military power instills fear and prevents undesirable action, spiral theory sees power displays as a trigger for retaliation. In this regard increased levels or even current levels of U.S. presence could be interpreted as unnecessarily provocative, given the repeated Chinese assurance of a peaceful rise. In the coming years, the U.S. faces the challenges of finding a good balance between reassurance, conflict prevention, and permanent and regularly deployed forces; influenced by budget restrictions, national interests and policy decisions.

[66] Goodenough, Patrick. Small Pacific Island Becoming A U.S. Strategic Hub. *CNSNEWS.com*, 22 September 2010.

[67] Gates, Robert. *Speech As Delivered by Secretary of Defense Robert M. Gates*, Keio University, Tokyo, Japan, Friday, January 14, 2011.

[68] Erickson, Andrew; Walter Ladwig III, and Justin Mikolay. 2010. Diego Garcia and the United States' Emerging Indian Ocean Strategy. *Asian Security*, 6 (3): 216 – 218.

[69] Kostecka 2011

[70] Auslin, Michael. 2010. *Security in the Indo-Pacific Commons*. Washington, D.C.: American Enterprise Institute for Public Policy Research.

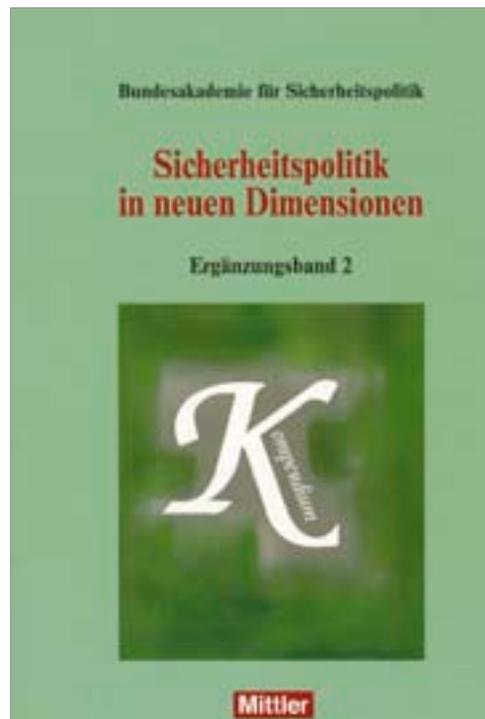
[71] Whiteneck et al. 2010

[72] Jervis, Robert. 1976. *Perception and Misperception in International Politics*. Princeton, NJ: Princeton University Press.

# Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen

## Ergänzungsband 1 und 2

Bundesakademie für Sicherheitspolitik (Hrsg), 488 respektive 496 Seiten, Hardcover, ISBN 978-3-8132-0823-8 resp 978-3-8132-0895-5, SFr je 47.90, Verlag E.S. Mittler&Sohn, Hamburg 2004 resp 2009



Die immer komplexer werdenden Herausforderungen des 21. Jahrhunderts verlangen nach einem neuen Verständnis von Sicherheitspolitik. Das Kompendium zum erweiterten Sicherheitsbegriff greift als erstes Grundlagenwerk mit Beiträgen namhafter Wissenschaftler und Politiker die neuen Dimensionen der Sicherheitspolitik auf (z.B. Peter Eickenboom, Hans Frank, Alexander Rahr, Klaus Olshausen, Thomas de Maizière, Gernot Erler, Franz Josef Jung, Wolfgang Schäuble, Jürgen Bornemann, Karsten Voigt, Herfried Münkler, Jörg Schönbohm, Lothar Rühl, Wolfgang Schneiderhan, Dirk Freudenberg, u.a.m.). Das 2001 erschienene Grundwerk wird regelmässig durch aktuelle Ergänzungsbände – wie die beiden vorliegenden von 2004 und 2009 – komplettiert. Der erste Ergänzungsband widmet sich vornehmlich sicherheitspolitischen Herausforderungen für Deutschland, während sich der zweite internationalen Organisationen, den Beziehungen Deutschlands zu den USA, Russland und China und Themen von aktueller Brisanz wie Energiesicherheit, Demografie und Migration zuwendet. JKL

# No exit – North Korea, Nuclear Weapons and International Security.

Jonathan D. Pollack

The International Institute for Strategic Studies, Arundel House,  
13-15 Arundel Street, Temple Place, London WC2R 3DX, 2011.



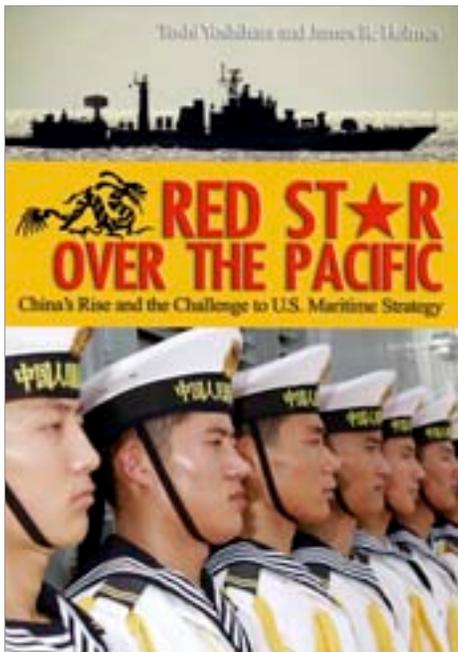
Dieses Buch untersucht die militärpolitische Entwicklung Koreas seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und versucht Antworten auf die Frage zu geben, wie weit die Nukleartechnologie die Entwicklung auf der koreanischen Halbinsel, aber auch darüber hinaus beeinflusst hat. Dabei fokussiert der Autor auf Nordkorea, auf dessen Führungsriege und auf die Institutionen und analysiert, ob und in welcher Form die Aktivitäten Nordkoreas Auswirkungen auf die Politik Südkoreas, Chinas, Japans, Russland und der USA haben. JKL

# Der Rote Stern über dem Pazifik

## Chinas Aufstieg als Seemacht – und wie antworten die USA

Toshi Yoshihara/James R. Homes

Verlag E.S. Mittler & Sohn GmbH. 259 Seiten. ISBN 978-3-8132-0929-7. Hamburg/Berlin/Bonn 2011.



Die Originalausgabe ist 2010 im Verlag des U.S. Naval Institute in Annapolis, MD, unter dem Titel *Red star over the Pacific: China's rise and challenge to U.S. maritime strategy* erschienen.

Die militärische Rüstung Chinas und die Ambitionen der aufsteigenden Macht im Fernen Osten sind zunehmend ein Thema. Jüngste Ankündigungen, wonach das Land eigene Flugzeugträger zu bauen gedenke und mit der Dong Feng 21 bald auch über eine ballistische Lenkwaffe verfüge, die gegnerische Schiffe ernsthaft bedrohen könne, sind in Fachkreisen nicht unbemerkt geblieben. Diese Bestrebungen werden als Zeichen betrachtet, dass China insbesondere das Südchinesische Meer nicht mehr nur als «Tummelplatz» für fremde Seestreitkräfte tolerieren wird. Hinzukommt, dass das Land in zunehmendem Masse von der Einfuhr von Rohstoffen, insbesondere von Oel, abhängig wird und realisiert, dass es die entsprechenden Seeverbindungswege schützen muss. Auf-

gefallen sind ferner auch die teils forschen Ansprüche, die China auf rohstoffreiche Archipels in der Region (Region der Spratly und Parcel Inseln) stellt.

Das vorliegende Buch gibt Einblick in diese seestrategischen Überlegungen, es stellt die Seestreitkräfte der Volksbefreiungsarmee Chinas (PLAN) vor, bewertet diese und vergleicht sie dabei mit den Seestreitkräften der USA, die in diesem Raume bisher dominierten. Die Autoren, beide promovierten an der namhaften Fletcher School of Law and Diplomacy der Tufts University in Boston und sind nun als Professoren am Naval War College in Newport, Rhode Island tätig, bürgen für solide und fundierte Angaben und Analysen.

Angesichts der stets an Bedeutung gewinnenden sicherheitspolitischen Szene im Fernen Osten, ist dieses Buch einem breiten Leserkreis zu empfehlen. Es beleuchtet eine wichtige Komponenten dieser Entwicklung. JKL



Die MILITARY POWER REVUE ist ein offenes Forum. Sie fördert das Studium und die Diskussion aktueller sicherheitsrelevanter Themen, insbesondere in Bezug auf die Anwendung militärischer Macht.

Die MILITARY POWER REVUE unterstützt die Armee

- mit Beiträgen zur sicherheitspolitischen Debatte
- in der Förderung des nationalen und internationalen Dialoges sowie
- bei der Entwicklung von Doktrin und Konzepten

La MILITARY POWER REVUE constitue un forum ouvert. Elle est destinée à encourager l'étude et la discussion sur des thèmes actuels de politique de sécurité, en particulier ceux liés à la mise en oeuvre de la puissance militaire.

La MILITARY POWER REVUE apporte une contribution

- au débat en matière de politique de sécurité,
- à la promotion du dialogue national et international,
- aux réflexions doctrinales